



- *Demonstrationen gegen Atomkraft*
- *Journalismus in der Beschleunigungsfall*
- *Tipps für wirksame Pressearbeit*

Das ÖDP-Journal
Nr. 150 Mai 2011

Ökologie *Politik*



- 150 Ausgaben ÖkologiePolitik

Termine

| | |
|--------------------------|--|
| Sa 07.05.2011 | Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Ansbach) |
| Sa - So 21. - 22.05.2011 | ÖDP-Bundesparteitag (in Veitshöchheim) |
| So 22.05.2011 | Bürgerschaftswahl in Bremen |
| Mi - So 01. - 05.06.2011 | Evangelischer Kirchentag (in Dresden) |
| Sa 04.06.2011 | Anti-Atomkraft-Großdemonstration (in Landshut) |
| Sa 02.07.2011 | Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg |
| Fr - Mo 12. - 15.08.2011 | ÖDP-Sommerncamp (bei Dresden) |
| So 04.09.2011 | Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern |
| So 11.09.2011 | Kommunalwahlen in Niedersachsen |
| So 18.09.2011 | Abgeordnetenhauswahl in Berlin |
| Sa - So 08. - 09.10.2011 | Landesparteitag der ÖDP NRW (in Bad Driburg) |
| Sa 15.10.2011 | Bundeshauptausschuss |
| Sa 22.10.2011 | Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg |
| Di 06.03.2012 | Jubiläum: 30 Jahre ÖDP!!! |
| So 05.05.2012 | Landtagswahl in Schleswig-Holstein |

Wahlergebnisse der ÖDP

ÖDP in Baden-Württemberg erreicht 0,9 Prozent, ÖDP in Rheinland-Pfalz erreicht 0,4 Prozent bei den Landtagswahlen. Wir gratulieren allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern. Bei beiden Landtagswahlen konnte die ÖDP ihr Ergebnis verbessern. Das können wir auf die kontinuierliche Arbeit in der Vergangenheit zurückführen. Schließlich kämpfen wir seit 25 Jahren gegen die Atomenergie und lassen uns nicht verbiegen. Wir sind uns all die Jahre treu geblieben und dieses Verhalten ist von den Wählern belohnt worden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bitte beachten Sie: Dieser Ausgabe von ÖkologiePolitik liegen insgesamt drei Briefe bei:

- der Anmeldebogen für das ÖDP-Camp (12. bis 15. August)
- eine Leserbefragung für alle ÖP-Leserinnen und -Leser
- eine Unterschriftenliste für den Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag

Mit freundlichen Grüßen, Die Redaktion

Der ÖDP Landesverband Bayern mit Sitz in Passau sucht zum 1. September 2011 eine/n

Auszubildende/n zur/zum

Kauffrau/-mann für Bürokommunikation

Ausbildungsinhalt:

- Büroorganisation
- (Mit-)Organisation von Veranstaltungen
- Beantwortung von Anfragen (schriftlich und per Telefon)
- Betreuung von Mitgliedern und Untergliederungen
- Assistenz- und Sekretariatsaufgaben
- Unterstützung bei Erstellung von Berichten

Bemerkungen:

PC-Kenntnisse (MS-Office), gute Team- und Kommunikationsfähigkeit, Interesse an der politischen Arbeit der ÖDP

Schriftliche Bewerbungen bitte an:

ÖDP Bayern, z. Hd. Jörn Rüter
Postfach 2165, 94032 Passau

Weitere Informationen unter (08 51) 93 11 31

ÖDP lädt ein:

Sommerncamp vom 12. bis 15. August

Liebe ÖDP-Mitglieder,

da immer wieder der Wunsch an uns herangetragen wurde, erneut ein „ÖDP-Sommerncamp“ ins Leben zu rufen, bereiten wir nun ein neues Sommerncamp in diesem August vor. Der Termin ist vom 12. bis 15. August 2011 in der Nähe von Dresden. Näheres zum Ort finden Sie hier: <http://www.openhouses.de/Schloss Oberau>.

Ein Anmeldebogen liegt dieser Ausgabe von ÖkologiePolitik bei.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Herzliche Grüße,

Doris Hüben

Im Team der Bundesgeschäftsstelle der ÖDP
doris.hueben@oedp.de, Tel. (09 31) 4 04 86 13

Vortrags- und Filmveranstaltungen der ÖDP München

Di 10.05.2011 Vortrag
Hintergründe der Ölkatastrophen
Prof. Dr. Edmund Lengfelder

Di 14.06.2011 Film
Der Handykrieg (60 min)

Di 12.07.2011 Vortrag
Münchner Sicherheitskonferenz verändern – Politischer Dialog als Prozess der Konfliktlösung
Isolde Teschner, Gudrun Haas

Di 13.09.2011 Vortrag
Christliches Menschenbild, Aufklärung, Humanismus – Worauf basieren die Werte unserer Gesellschaft?
Johannes Grössl

Di 11.10.2011 Film
Kryorecycling und Abfallwirtschaft (45 min)

Di 08.11.2011 Vortrag
Demokratieabbau und das Ende der sozialen Marktwirtschaft
Prof. Dr. Klaus Buchner

Di 13.12.2011 Filme
Blumengrüße vom Äquator (25 min)
Fair Pay (12 min)

17:00–19:30 Uhr: Informeller ÖDP-Treff

19:30–21:30 Uhr: Vortrag / Film

Teilnahmegebühr: kostenfrei

Veranstaltungsort: Hansahaus, Briener Straße 39, Rückgebäude
U-Bahn-Stationen: U2 „Königsplatz“ / U1 „Stiglmaierplatz“

Organisation: Rosemarie Buchner, Telefon (0 89) 3 51 61 14,
rosemarie.buchner@oedp.de

Neue Flyer

zu den Themen Landwirtschaft, Tierschutz und Vorstellung der ÖDP eingetroffen: Alle Flugblätter können zum Preis von je 6 Cent pro Stück plus Versandkosten bei Martin Eichler bestellt werden: martin.eichler@oedp.de, Telefon (09 31) 4 04 86 11



Lieber Leserinnen und Leser,

Sie halten eine Jubiläumsausgabe in den Händen: die Ausgabe Nr. 150. Allerdings ist natürlich niemandem nach Feiern zumute. Als wir mit dem Layout der Nr. 150 begannen, nahm die Atomkatastrophe von Fukushima ihren Lauf. Bei Druckbeginn sind der Ausgang und die Folgen noch gar nicht absehbar. Hat sich also zwischen der Ausgabe Nr. 1, die zwei Jahre vor Tschernobyl erschien, und der Ausgabe Nr. 150 nichts zum Positiven verändert? Waren das 27 verlorene Jahre? Nicht ganz. Die technischen Möglichkeiten sind heute ganz andere als damals. Die Erneuerbaren Energien sind marktauglich und bieten zusammen mit Maßnahmen zur Energieeffizienz große Potentiale. Es fehlt nur an einem: am politischen Willen.

Während in Fukushima die Betreiber immer mehr die Kontrolle über ihre Kraftwerksanlage verlieren, beschließt unsere Regierung die Senkung der Fördermittel für Photovoltaik. Ihre Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke versuchte die Kanzlerin prompt als „Ausstieg mit Augenmaß“ zu verkaufen. Und dann kamen sie wieder, die beiden Totschlagargumente: „Wir müssen aber darauf achten, dass Strom in Deutschland bezahlbar bleibt und dass keine Arbeitsplätze verloren gehen.“ Eine als Besorgtheit verkleidete Drohung.

Eine wirksame Drohung: Obwohl die deutsche Bevölkerung schon lange mehrheitlich gegen Atomkraft ist, brachte sie die Angst um ihre Arbeitsplätze dazu, Parteien zu wählen, die auf Atomkraft setzen. Arbeitsplätze sind natürlich gerade für Familien von essentieller Bedeutung, erst recht seit der Einführung der rot-grünen Hartz-Gesetze. Deshalb lässt sich ein ökologischer Strukturwandel nur durchsetzen, wenn er Familien nicht in Armut stürzt. Ein Erziehungsgehalt, das die ÖDP seit langem fordert, ist dabei ein wichtiger Baustein. Der andere Baustein ist ein gerechteres Wirtschaftssystem mit Vollbeschäftigung.

Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem verteidigt selbst die Kanzlerin gar nicht mehr als „gut“, sondern nur als „alternativlos“. Dabei ist es nicht naturgegeben, sondern menschengemacht. Und alles Menschengemachte ist jederzeit änderbar – wenn man denn will. Fukushima hat viele Menschen zum Grübeln gebracht. Vielleicht führt es ja auch zur Kernschmelze vieler Scheinselbstverständlichkeiten und Lügengebäude. Dazu beizutragen, ist eine der Aufgaben der ÖkologiePolitik.

Viel Erkenntnisgewinn beim Lesen dieser Ausgabe wünschen Ihnen
Ihre

Günther Hartmann

Günther Hartmann
Verantwortlicher Redakteur



Florence von Bodisco

Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche Redakteurin



Politik aktuell (Auszug)

| | |
|--|---|
| ÖDP verweist auf Alternativen zur Atomenergie Atomkraft – Nein Danke! | 5 |
| „Orientierung am ständigen Wachstum ist Grundübel unserer Zeit“ Politischer Aschermittwoch in Passau | 6 |
| Atomausstieg in die Hand nehmen – AKW Isar 1 abschalten! Aufruf des Anti-Atomkraft-Bündnisses Bayern | 7 |
| Volksentscheid über „Gleichwertige Lebensbedingungen“ mit Verfassungsrang? Landtagspetition beantragt | 7 |
| Eine Geschichte zweier Sinnbilder Gentechnisch Veränderte Organismen in Deutschland und den USA | 8 |

Titelthema: 150 Ausgaben ÖkologiePolitik

| | |
|--|----|
| Der Rückblick auf den Anfang verblüfft Zur ÖkologiePolitik Nr. 1 | 10 |
| Ursachen der ökologischen Krise Kulturkritik der 1980er-Jahre | 15 |
| „Informieren, aufklären und Denkanstöße geben“ Interview mit Günther Hartmann | 17 |

Meinungsbildung

| | |
|---|----|
| Das Wettrennen im Hamsterrad Journalismus in der Beschleunigungsfalle | 20 |
| „Den Wettbewerb gewinnt nicht unbedingt der Schnellere“ Interview mit Prof. Dr. Hartmut Rosa | 23 |
| Redakteure machen nur ihren Job Tipps für wirkungsvolle Pressearbeit | 24 |

ÖkologiePolitik intern (Auszug)

| | |
|-----------------------------|----|
| Brief an alle Mitglieder | 32 |
| Neues aus dem Bundesverband | 32 |
| Landesverbände | 33 |
| Junge Ökologen | 34 |
| Geschäftsstellen | 35 |
| Ökolumne | 4 |
| Impressum | 9 |
| Pressespiegel | 25 |
| Leserbriefe | 29 |

Titelfoto: Archiv ÖkologiePolitik

Fukushima von Ulrich Brehme

Nach dem schweren Erdbeben und der nachfolgenden Flutwelle wurde das AKW Fukushima zwar abgeschaltet, aber in allen 6 Atomreaktoren und den Brennelemente-Lagerbecken fiel das Kühlsystem aus.

Wegen der weiter entstehenden Restwärme verkochte das Kühlwasser, so dass die Brennstäbe nicht mehr vollständig mit Wasser bedeckt waren. Die Folge waren Brände, Beschädigungen der Brennelemente, Wasserstoffexplosionen und die Zerstörung der Reaktorhülle. Nun gelangen die hochradioaktiven Stoffe im Reaktor in die Umwelt. Im Reaktor 3 sind Brennelemente mit besonders giftigem Plutonium eingesetzt.

Weil sich die Brennelemente immer mehr erhitzen, entstehen Temperaturen von mehreren tausend Grad. In der Folge schmelzen die Brennelemente zusammen und bilden eine formlose, glühende Masse am Boden. Diese Masse kann man nicht mehr mit Wasser kühlen. Diese Rettungsversuche sind sinnlos.

Die Hitze nimmt dort weiter zu und die Brennelemente verdampfen zu Gasen und Rauch, bis alles weg ist. Diese Rauchwolken verteilen sich in der Umgebung, wo der Wind die radioaktiven Stoffe hinbläst. Mit dem Regen kommt der Fallout dann irgendwo an. Das Fernsehen zeigte, wie bereits dichte Rauchschwaden von der Anlage aufstiegen.

In Tokio leben 12 bis 13 Millionen Menschen, im Großraum Tokio sogar 35 Millionen. Diese vielen Menschen kann man nicht evakuieren. „Es kann sein, dass es eine geringe Kernschmelze gab“, sagte inzwischen der japanische Regierungsspre-

cher. Es ist das hilflose Eingeständnis der aussichtslosen Situation.

Die Bundesregierung hat nun beschlossen, die sieben ältesten Reaktoren für eine gründliche Überprüfung drei Monate lang abzuschalten, um die Sicherheitsvorkehrungen zu prüfen.

Der Kabarettist Georg Schramm sagte am 14.03.2011 auf der 67. Montagsdemo gegen Stuttgart 21: „Das Moratorium wird solange halten, bis die Landtagswahlen vorbei sind.“

Bis die Strahlung in der Unfallzone wirklich wieder auf ein natürliches Maß gesunken ist, vergehen aber mehrere hunderttausend Jahre. Plutonium etwa strahlt nach 250.000 Jahren immer noch mit einem Tausendstel seiner Energie. Viele Generationen von Menschen werden für die Lagerung des heutigen Atommülls zahlen müssen. Und sichere Lager dafür kann es nicht geben.

Das Versuchslager Asse hat nur einige Jahrzehnte gehalten und wir wissen zum Teil nicht einmal, was dort wirklich eingelagert wurde.

Merkels Politik ist: wir müssen jetzt unbedingt irgend etwas tun, was die Sorgen der vielen Fernsehzuschauer mildert, zerstreut, entschärft. „Wir halten inne“, so hat es der CDU-Generalsekretär gesagt. Das ist die Unfähigkeit einzugestehen, dass die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke eine korrupte Entscheidung für die Unterstützung der Atomlobbyisten war. Es ist der hilflose Versuch, vor wichtigen Landtagswahlen politische Schadensbegrenzung zu betreiben.

Schauen Sie doch mal ins Internet! Aktuelle Informationen zu

- Familienpolitik
- Demokratie
- Klimaschutz
- Wirtschaft

finden Sie unter:

www.oekologiepolitik.de

ÖKOPRESSETICKET

Programm des Umweltausschusses auf dem Prüfstand

ÖDP gegen Biosprit E10

Die ÖDP spricht sich gegen den neuen Kraftstoff E10, dem zehn Prozent Biokraftstoffe beigegeben sind, aus.

Dazu Prof. Dr. Klaus Buchner, Sprecher der Bundesprogrammkommission der ÖDP: „E10 ist weder umweltfreundlich, noch sozial verträglich. Die Autofahrer benötigen bis zu drei Prozent mehr Sprit und die Energie-Pflanzen werden in Ländern angebaut, die die Äcker lieber für die Produktion von Nahrungsmitteln nutzen sollten.“ Der Bioanteil in E10 werde meist aus südlichen Ländern importiert, die sich so schnelle Gewinne erhoffen, deren Ackerfläche aber dann nicht mehr für die Bevölkerung zur Verfügung stehe. „Daher besteht in den meisten Fällen ein direkter Zusammenhang zwischen dem Anbau von Biokraftstoffen und dem Hunger in diesen Ländern“, begründet Buchner seine ablehnende Haltung.

ÖDP zur Stellungnahme des Ethikrates:

Keine Embryonentests

„Embryonentests markieren den Beginn der Diskriminierung behinderter Menschen und müssen verboten bleiben.“ Das sagt Verena Föttinger, Theologin und Mitglied der Programmkommission der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), anlässlich der aktuellen Stellungnahme des Deutschen Ethikrates bezüglich der Präimplantationsdiagnostik (PID).

„Seiner Verantwortung, europäische Tendenzen eindeutig zu verurteilen, wie es bei der Reform des §218 angezielt war und logischerweise auf die PID angewendet werden muss, ist der Ethikrat nicht gerecht geworden. Das ist äußerst bedauerlich.“ Bei der PID wird der im Reagenzglas erzeugte Embryo vor dem Einpflanzen in die Gebärmutter auf Erbkrankheiten untersucht und gegebenenfalls aussortiert. Die ÖDP spricht sich in ihrem Programm ganz klar gegen eine vorgeburtliche Selektion aus. (...)

ÖDP fordert Änderung des Parteiengesetzes

Anlässlich der dubiosen Parteispenden eines Automatenherstellers an die Bundestagsparteien, fordert die ÖDP eine Änderung des Parteiengesetzes.

„Die Parteien müssen gezwungen werden, transparenter zu arbeiten und den Bundestag schneller und umfassender zu informieren“, so Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP. So müssten beispielsweise Parteispenden auf eine bestimmte Summe beschränkt sein und alle Spenden zeitnah veröffentlicht werden. „Außerdem müssen Firmenspenden an Parteien verboten werden. Sonst setzen sich Parteien immer dem Vorwurf der Käuflichkeit aus“, sagt ÖDP-Chef Frankenberger und verweist auf die eigene Partei, die ihn ihrer Satzung festgeschrieben hat, keine Firmenspenden anzunehmen. „So können unsere Mandatsträger unabhängig von Lobbyinteressen politische Entscheidungen treffen“, begründet Frankenberger die Entscheidung der ÖDP. (...)

ÖDP begrüßt Baustopp von Stuttgart 21

„Wir begrüßten den Baustopp von Stuttgart 21 als Zeichen der Annäherung an die Bürger.“ Das sagt Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP, anlässlich des eben bekannt gewordenen Baustopps von Seiten der Bahn.

Die Bahn hatte angekündigt, bis zur Wahl des neuen baden-württembergischen Ministerpräsidenten im Mai den Bau des umstrittenen Bauprojekts Stuttgart 21 zu stoppen, weil die neue Regierung vermutlich einen Volksentscheid über das weitere Vorgehen in die Wege leiten will. „Der Baustopp hätte schon viel früher kommen müssen, um Zeit zum Innehalten zu bekommen. Ein solches Großprojekt kann nicht gegen den Willen der Bürger durchgesetzt werden“, so Frankenberger, der sich für mehr direkte Demokratie einsetzt. (...)

Atomkraft – Nein Danke!

ÖDP verweist auf Alternativen zur Atomenergie

Anlässlich des Super-Gau im japanischen Atomkraftwerk Fukushima und der Erinnerung an das Tschernobyl-Unglück vor 25 Jahren, stellt die ÖDP ihre energiepolitischen Alternativen zur Atomkraft vor, ihre Petition zum Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag und ihre Aktionen zum Tschernobyl-Tag.

von Florence von Bodisco

Wir müssen mit dem Ausstieg aus der gefährlichen Atomtechnik sofort beginnen.“ Das sagt Prof. Dr. Klaus Buchner, Atomphysiker und Sprecher der Programmkommission der ÖDP.

Buchner weist darauf hin, dass zur Zeit in Deutschland alleine zwei Atomkraftwerke für den Export laufen, außerdem könnten durch den Verzicht auf die stromfressenden Stand-By-Schaltungen bei Elektrogeräten zwei weitere AKW stillgelegt werden. „Hier ist der Gesetzgeber gefragt: Stand-By-Schaltungen sollten sofort durch energiesparende Schaltungen ersetzt werden.“ so der ÖDP-Politiker.

Weitere Atomkraftwerke könnten vom Netz genommen werden, wenn Erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenkraft ausgebaut würden. „Falls kein Wind weht und keine Sonne scheint, können Energieengpässe sehr leicht mit Pumpspeicherwerken oder Gaskraftwerken überbrückt werden. Diese können sehr leicht von Null auf Vollast hochgefahren werden.“ erläutert Buchner. Ausbaupotential sieht der ÖDP-Experte auch im Ausbau von Off-Shore-Windparks. Das sind Windkraftanlagen, die weit draußen im Meer stehen und vom dortigen starken Wind profitieren. „Man muss nur darauf achten, dass die Windparks weit genug von der Küste weg stehen, damit dem Ökosystem möglichst wenig Schaden zugefügt wird.“ erklärt Buchner. Des Weiteren präferiert er die Nutzung von Biomassekraftwerken, die ebenfalls schnell hochfahren könnten, wenn sie gebraucht würden. „Aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen sollte allerdings Biomasse, die auf unseren Äckern wächst, nicht

weiter ausgebaut werden.“ sagt Buchner.

Der ÖDP-Politiker fasst zusammen, dass es nur innerhalb kurzer Zeit möglich sei, aus Windkraft, Solarenergie und Biomasse so viel Strom zu erzeugen, wie durch die Abschaltung aller Atomkraftwerke benötigt werde, wenn sofort mit dem Umbau der Energieversorgung begonnen werde. „Um dieses Ziel zu erreichen, müssten in den nächsten Jahren 3.600 Kilometer neue Hochspannungsleitungen errichtet werden und die Erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Für den Übergang sollten neue Gaskraftwerke gebaut werden. Leider ist bisher keine Bundesregierung dieses Ziel entschlossen angegangen.“

Ausstieg Deutschlands aus dem Euratom-Vertrag

Parallel zu den Forderungen der ÖDP, die Atomkraftwerke schnellstmöglich abzuschalten, hat die Partei eine Petition zum Ausstieg Deutschlands aus dem Euratom-Vertrag ins Leben gerufen. Da die Online-Petition vom Petitions-Ausschuss des deutschen Bundestages bis Redaktionsschluss noch nicht freigeschaltet war, sind die Mitglieder und Interessenten nun aufgefordert, im Internet Unterschriftenlisten herunterzuladen und zu unterschreiben. Sowohl online-Unterschriften als auch Unterschriften auf Papier sind gültig. Auch dieser Ausgabe von ÖkologiePolitik liegt ein Unterschriften-Formular bei. Ziel ist es, 50.000 Unterstützer zusammen zu bekommen. Dann hat der Petent, ÖDP-Chef Frankenberg, die Möglichkeit, im Bundestag zu sprechen. Zur Begründung der Petition heißt es: „Der EURATOM-Vertrag aus dem Jahre 1957 verpflichtet die Mit-

gliedsstaaten zur Förderung der Atomenergie und zur ‚schnellen Bildung und Entwicklung der Nuklearindustrie‘ in den Mitgliedsländern. Der Vertrag gewährt der Atomenergie und somit auch den Betreibern von Atomkraftwerken eine Vielzahl von Privilegien bei der Atomenergieforschung, bei der Gewährung von Krediten für den Bau und die Sanierung von Atomkraftwerken und auf dem Energiemarkt.

privilegiert der Vertrag einseitig und ohne zeitliches Ende die Nutzung der Atomenergie. Der Wettbewerb auf dem ansonsten liberalisierten Energiebinnenmarkt wird dadurch verzerrt. Insofern behindert der Euratom-Vertrag eine nachhaltige Energiepolitik. Die fortlaufende Förderung und Begünstigung einer alten, für die Menschen äußerst gefährlichen Technik verlangsamt den Durchbruch ungefährlicher, erneuerbarer Energieträger.

Es liegen mehrere Gutachten von Völkerrechtlern vor, die nachweisen, dass ein einseitiger Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag für ein Mitgliedsland möglich ist, ohne dass dadurch die Mitgliedschaft in der EU betroffen wird.“

Gedenken an Tschernobyl

Am 26. April jährt sich der Super-Gau von Tschernobyl zum 25. Mal. Grund genug für uns, die Kreisverbände mit ausreichend Informationsmaterial zu



Wie hier in Berlin im vergangenen September demonstrierten viele ÖDP-Mitglieder in den vergangenen Monaten gegen Atomenergie.

Wesentliche Fragen zur Sicherheit, dem Bau und Betrieb von Atomkraftwerken und deren Stilllegung sowie die Endlagerung von atomaren Abfällen werden in diesem veralteten Vertrag nicht angesprochen.

Der Vertrag steht in seiner Zielsetzung dem Mehrheitswillen der Bevölkerung in Deutschland, Österreich und vielen weiteren Mitgliedsstaaten der EU entgegen. Selbst das Ziel der gegenwärtigen Bundesregierung, der Atomenergie nur noch eine ‚Brückenfunktion‘ ins solare Zeitalter der Energieversorgung zuzugestehen, findet sich im Euratom-Vertrag nicht. Vielmehr

versorgen. Unser Mitarbeiter Martin Eichler hat Plakate für Stellwände entworfen, auf denen die Gefahren der Atomenergie verdeutlicht werden. Außerdem wird aufgezeigt, wie die Atomlobby mit der Politik verknüpft ist und warum der Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie so lange verzögert wurde. Wir hoffen, dass sich viele Kreisverbände mit Infoständen in der örtlichen Fußgängerzone an den angebotenen Aktionen beteiligen. Selbstverständlich werden die Kreisverbände auch mit Musterpressemittellungen versorgt. Bei Fragen steht ihnen Martin Eichler mit Rat und Tat zur Seite. ■

Politischer Aschermittwoch in Passau

„Orientierung am ständigen Wachstum ist Grundübel unserer Zeit“

Der bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Bernhard Suttner kritisiert Ausrichtung am materiellen Wachstum und schlägt Umwidmung des Solidaritätszuschlags vor: „Bessere Bildungsstartbahnen für Kinder statt Asphaltierung des Landes!“

von Urban Mangold

Die Orientierung von Politik und Gesellschaft am absurden Ziel des ständigen materiellen Wachstums bezeichnete der ÖDP-Landesvorsitzende Bernhard Suttner bei der Aschermittwochskundgebung seiner Partei in Passau als Grundübel unserer

Leistung nicht ins Bruttoinlandsprodukt ein und wird deshalb auch immer weniger gewürdigt“ kritisierte Suttner.

Für die tonangebenden Kräfte in den großen Parteien aller Farbrichtungen, „beginnt der Mensch erst mit der außerhäu-

„Familienarbeit in Betreuung und Pflege ist zwar unverzichtbar, wird aber von Politik und Gesellschaft mehr und mehr verachtet.“

Zeit: „Dieses falsche Ziel hat uns in die irrsinnige Staatsverschuldung von 2 Billionen Euro geführt. Dieses falsche Ziel treibt uns dazu, mit Diktatoren und Menschenrechtsverächtern Geschäfte zu machen. Dieses Ziel bringt das Klima zum Kippen und zerstört die Schönheiten der Schöpfung!“

Auch die Zurückdrängung des Familienlebens und die Kinderarmut habe ihre tiefere Ursache in der Ausrichtung an einseitig materiellen Zielen. „Da Mütter und Väter nach wie vor keinen Lohn bekommen, fließt ihre

lichen, sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit“. Dabei sei es nach wie vor der erklärte Wille der großen Mehrheit, die kleinen Kinder in den ersten Jahren familiär zu betreuen und im Alter nicht ins Heim zu müssen. „Wie soll das aber gehen, wenn in einer durchökonomisierten

Zur Hartz IV-Reform sagt Bernhard Suttner: „Nach Überzeugung des Bundesrechnungshofes wird das Bildungspaket der Bundesregierung für arme Kinder zu rund 25 % von der nötigen Verteilungsbürokratie aufgezehrt werden. Flötenstundenzuschussgewährungsformulare samt Rechtsmittelbelehrung werden unvermeidlich sein... Wieso braucht man ein Bildungspaket, wenn es in diesem Land Schulen gibt? Die Schule, vor allem die Grundschule könnte das Geld sinnvoll verwenden, ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag, einschließlich eines individuellen Förderauftrages optimieren, wenn sie Jahr für Jahr das Bildungspaketgeld bekäme!“

Zur Rekordverschuldung der öffentlichen Haushalte von jetzt 2.000 Milliarden sagt Bernhard Suttner: „Die Verschuldung aller Industriestaaten schreitet voran. Wir Deutsche sind jetzt bei 2 Billionen angelangt. Die älteren unter uns erinnern sich noch, dass man mit Millionen gerechnet hat. Seit etwa 10 Jahren regiert die Milliarde als Haupt-Rechnungseinheit. Jetzt beginnt ein neues Erdzeitalter: Das Billiozän.“

Gesellschaft die Familien und die sie tragenden Frauen und Männer systematisch benachteiligt und mehr und mehr verachtet werden?“ fragte der ÖDP-Vorsitzende, in seiner weitgehend unpolemisch und nachdenklich ausgerichteten Rede.

Das Bruttoinlandsprodukt als magische Zahl, auf die alle großen Parteien und Wirtschaftsverbände starren, messe in Wahrheit keinen Fortschritt oder gar das Glück des Menschen: „Ein Massenunfall auf der Autobahn mit vielen kaputten Autos, das Beheizen schlecht gedämmter Häuser oder auch die Kanalisierung der Donau steigern zwar das Bruttoinlandsprodukt, bringen aber keinen Nutzen, sondern schlimmen Schaden!“

Zur Verharmlosung der Plagiatsaffäre sagt Bernhard Suttner: „Es kommt einer moralischen Klimakatastrophe gleich, wenn Treu und Glauben für entbehrlich erklärt werden! Auf Treu und Glauben ist jeder Konsument angewiesen. Eben weil nicht in jeder Bäckerei, nicht in jeder Autowerkstätte, nicht in jedem Futtermittelwerk stets und ständig ein staatlicher Kontrolleur stehen kann, brauchen wir den bürgerlichen Anstand und die prinzipielle Gesetzestreue der anständigen Handwerker, Händler, Dienstleister, Ärzte, Wissenschaftler und Politiker. Wer Treu und Glauben entwertet, wer ein gebrochenes Ehrenwort für nicht so tragisch hält, der sägt am Tragbalken der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, nicht nur an dem des Wissenschaftsbetriebes!“



Foto: Landesverband Bayern

Bernhard Suttner bei seiner Aschermittwochsrede in Passau vor rund 230 Zuhörern.

Der ÖDP-Vorsitzende forderte eine stärkere Ausrichtung von Politik und Gesellschaft an nicht-materiellen Werten und trat deshalb für die Umwidmung des Solidaritätszuschlages ein: „Wir haben genug Autobahnen, Flughäfen und Gewerbegebiete, aber es fehlen uns gute Startbahnen für die Bildung unserer Kinder und Landebahnen für die letzte Phase unseres Lebens in Würde!“ Der „Soli“ solle künftig nicht nur dem Bund zufließen sondern gleichberechtigt auch den Ländern und Kommunen, um eine Qualitätsoffensive in Schulen und Pflegeeinrichtungen finanzieren zu können. Konkret trat Suttner dafür ein, in jeder Grundschulklasse 2 Fachkräfte zur individuellen Förderung der Kinder einzusetzen, wie das im Kindergarten, in vielen Reformschulen und in weiten Teilen Skandinaviens seit langem üblich sei. Für derartige Qualitätsverbesserungen müsse man die Menschen gewinnen und dürfe ihnen nicht die Illusion von Steuersenkungen vorgaukeln: „Wenn schon in Aufschwungsjahren wie diesen die Staatsverschuldung weiter ansteigt, ist das Versprechen von Steuersenkungen nur noch lächerlich und beleidigt eigentlich den Verstand der Bürger.“ ■

Die Reden von Bernhard Suttner, Sebastian Frankenberger und Urban Mangold können angesehen werden auf: www.oedp-bayern.de/medien/oedptv/

Die Rede von Bernhard Suttner ist unter www.oedp-bayern.de abrufbar und kann auch in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern unter Tel. (0851) 93 11 31 angefordert werden.

X 4. Juni, 13 Uhr!

Aufruf des Anti-Atomkraft-Bündnisses Bayern zur Reaktorumzingelung und Großdemonstration

Atomausstieg in die Hand nehmen – AKW Isar 1 abschalten!

Die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke war und ist ein großer Fehler. Mit diesem Beschluss der schwarz-gelben Bundesregierung können „alte“ AKWs um acht Jahre und „jüngere“ um 14 Jahre länger laufen. Das Risiko steigt um ein Mehrfaches, weil die alten Reaktoren mit zunehmendem Alter störanfälliger und unsicherer werden.

Die Laufzeitverlängerung ist aber nicht nur gefährlich – sie behindert auch den dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Schon

heute verstopft Atomstrom unsere Netze und bremst die Einspeisung von Strom aus Sonne, Wind und Co.

Diese Bundesregierung hat gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung den alten Atomkonsens aufgekündigt. Und sie hat diesen Beschluss in wenigen Wochen durch das Parlament gepeitscht, die Klagerechte der Bürgerinnen und Bürger beschränkt und die Bundesländer von der Entscheidung ausgeschlossen.

Das nehmen wir nicht hin!

Schlimmstes Beispiel in Bayern ist der Uralt-Reaktor Isar 1 bei Landshut. Isar 1 wäre nach dem alten Atomgesetz im Juni dieses Jahres stillgelegt worden. Es ist der älteste und unsicherste bayerische Reaktor. Er hat gefährlich dünne Wände, die Grundkonstruktion stammt aus den 60er Jahren. Die Risse in den Rohren hat der Betreiber E.ON bis heute nicht in den Griff bekommen.

Aber der Reaktor Isar 1 ist nicht nur gefährlich. Er ist längst überflüssig geworden. Dank des Ausbaus der Erneuerbaren

Energien brauchen wir den Strom aus Isar 1 nicht mehr. Er läuft vor allem für den Stromexport und die Dividende von E.ON.

Deshalb rufen wir auf, am Samstag, den 4. Juni um 13 Uhr den alten Atomreaktor Isar 1 zu umzingeln!

AKW Isar 1 – umzingeln und abschalten!

Die ÖDP Bayern ist Mitglied des Trägerkreises der Großdemonstration.

www.anti-atom-bayern.de



Volksentscheid über „Gleichwertige Lebensbedingungen“ mit Verfassungsrang?

Schon wieder ein Plagiat? Seehofers Aschermittwochnaller entspricht einer aktuellen Petitionsaktion der bayerischen ÖDP.

„So schnell hat die CSU unsere Vorschläge noch nie aufgegriffen“, freut sich ÖDP-Landesgeschäftsführer Urban Mangold. Mitte Februar haben Bernhard Suttner, Urban Mangold und weitere ÖDP-Aktive mit einer Landtagspetition beantragt, dass „Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen“ als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert werden sollen – eine Reaktion auf die Debatte über das Zukunftsrat-Gutachten. Und schon ein paar Tage später kündigt Ministerpräsident Horst Seehofer beim Politischen Aschermittwoch an, dass er genau das jetzt auch vorhat.

Entscheidend ist jetzt, dass die neue Verfassungsergänzung auch bei der Aufstellung des



Passau ist eine von vielen Städten, die Opfer des Zukunftsrat-Gutachtens wäre. Die Dreiflüssestadt soll sich laut Zukunftsrat nach Österreich orientieren und von der bayerischen Strukturförderung abgekoppelt werden. Passaus 2. Bürgermeister und ÖDP-Landesgeschäftsführer Urban Mangold war deshalb zusammen mit dem ÖDP-Kreisvorsitzenden Jörn Rütter einer der ersten Unterzeichner der neuen Petitionsaktion.

Staatshaushaltes gelten muss, sonst ist das Ganze nicht viel wert“, meint der ÖDP-Landesvorstand. Deshalb empfiehlt die

bayerische ÖDP-Spitze die Petitionsaktion nun auf breiter Ebene zu starten, um den politischen Druck zu erhöhen. „Wir wollen

eine klare Formulierung, die wirklich dem ländlichen Raum hilft“, so Mangold.

Sollte es zu einer Änderung kommen, müsste – weil es sich um eine Verfassungsergänzung handelt – ein Volksentscheid stattfinden. Mangold: „Es macht uns nichts aus, dass der als Sensation empfundene Vorschlag des Ministerpräsidenten zuvor schon von Vertretern der ÖDP Bayern vorgetragen wurde. In diesem Fall, wenn es um die gute Sache geht, ist Abschreiben ausdrücklich erlaubt“. Die ÖDP Bayern rechnet nun mit einer zügigen Behandlung des von ihr eingereichten Textvorschlages im Rechts- und Verfassungsausschuss. (red)

Wer die Petition noch unterstützen will, kann sie unter www.oedp-bayern.de herunterladen oder in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern unter Tel. (08 51) 93 11 31 anfordern.

Foto: Landesverband Bayern

Gentechnisch Veränderte Organismen in Deutschland und den USA

Eine Geschichte zweier Sinnbilder

Während in Deutschland gegen Gentechnisch Veränderte Organismen (GVOs) und Lebensmittel protestiert wird, drängen die Vereinigten Staaten nach wie vor andere Länder, GMOs aus der Produktion von Monsanto und der biotechnologischen Industrie zu importieren. In dieser Frage spielt Symbolik fast eine ebenso große Rolle wie die Realität. Welche Symbole werden sich durchsetzen?

von Mark Worth (übersetzt von Ingo Biermann)

Die in der Öffentlichkeit wie auch in der Politik stattfindenden Auseinandersetzungen über GMOs sind in hohem Maße von Sinnbildern geprägt – durchweg, von den Strategien der Befürworter über die wissenschaft-

ungewöhnlich ist, dass Bürger ihre Besorgnis und Verärgerung über die Rechtschaffenheit der Lebensmittelindustrie so lautstark kundtun, sind vergleichbare öffentliche Zeichen in den USA nahezu nicht existent. Dort sind

nigten Staaten nicht gekennzeichnet werden müssen.

Bis zu 80 Prozent der Sojabohnen und 40 Prozent des in den USA angebauten Mais sind genetisch verändert. Rund zwei Drittel aller verarbeiteten Lebensmittel, die in amerikanischen Geschäften verkauft werden, enthalten GMOs, von Suppen über Limonaden und Chips bis hin zu Gewürzen. Menschliche Gene werden mit Schweinen zusammengefügt, und Gene von Fischen in Rind und Tomaten eingeflochten. Nun sagt die US-Regierung, dass Fleisch, Milch und Eier von geklonten Tieren sicher in der Nahrungsaufnahme seien.

Laut dem Center for Food Safety, dem Zentrum für Lebensmittelsicherheit, einer Non-Profit-Organisation zum Verbraucherschutz in Washington D.C., ist die US-Regierung mittlerweile so tolerant in der Zulassung von GMOs, dass genetisch veränderter Mais nicht einmal mehr kontrol-

liert wird, ebenso wenig Kartoffeln, Reis, Sojabohnen, Alfalfa, Papayas, Kürbis und Rapsamen. Die meisten dieser Nahrungsmittel wurden von Monsanto entwickelt.

Die damit befassten politischen Auseinandersetzungen in den Vereinigten Staaten haben bislang zum größten Teil in Gerichtssälen stattgefunden. Bis vor kurzem standen amerikanische Richter obendrein zumeist auf der Seite der biotechnologischen Industrie. Doch das könnte sich ändern. Im Juni 2010 hob der Oberste Gerichtshof, das höchste Gericht im Land, die Entscheidung eines untergeordneten Gerichts auf, welche Monsanto's gentechnisch veränderte Alfalfa verboten hatte – allerdings unter der Einschränkung, dass der Anbau der Pflanzen nur mit Deregulierung der Regierung stattfinden darf. Und im Dezember 2010 ordnete ein Bundesrichter in Kalifornien an, dass gentechnisch veränderte Zuckerrüben zerstört werden sollten, weil sie ohne Genehmigung angebaut worden waren und weil sie drohten, die benachbarten Landwirtschaftsbetriebe zu kontaminieren. In letzter Zeit haben Gerichtshöfe zudem Urteile gegen gentechnisch veränderten Mais und Zucker getroffen.

Es wäre eine Untertreibung zu sagen, die USA und Deutschland hätten unterschiedliche Einstellungen hinsichtlich GMOs.

liche Erörterung bis hin zu den politischen Vorgehensweisen.

Anfang Januar erreichte der Streit der Sinnbilder einen Höhepunkt, als WikiLeaks Dokumente veröffentlichte, die aufdeckten, dass amerikanische Diplomaten „einigen Schmerz in der EU“ auslösen wollten, indem sie es Ländern „vergelteten“, sollten diese GMOs ablehnen. Die an die Öffentlichkeit gelangten Dokumente verdeutlichen die aggressive Haltung der Vereinigten Staaten im Namen von Monsanto und der Biotechnologie-Industrie und versinnbildlichen zugleich die politischen und ökonomischen Risiken, die Länder eingehen, wenn sie es wagen, Handelsausdehnung in der heutigen globalisierten Welt zu bekämpfen.

Ein deutliches Zeichen wurde auch gesetzt, als am 22. Januar in Berlin mehr als 20.000 Menschen vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor marschierten, um nicht nur gegen Gentechnisch Veränderte Lebensmittel, sondern grundsätzlich gegen industrialisierte und chemiebasierte Landwirtschaft zu protestieren. Während es in Deutschland nicht

das Wissen und Verständnis davon, wie Lebensmittel angebaut, verarbeitet und in den Handel gebracht werden, deutlich geringer als in Europa.

Zwei Länder – zwei Gedankenwelten

Es wäre eine Untertreibung zu sagen, die USA und Deutschland hätten unterschiedliche Einstellungen hinsichtlich GMOs.

Fünfzig bis 75 Prozent der Amerikaner unterstützen GMOs oder sagen, sie haben kein Problem damit, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu essen. Zum größten Teil ist die amerikanische Öffentlichkeit GMOs betreffend gleichgültig oder schlecht informiert; das Vertrauen in Technologie und die Empfänglichkeit für das „Greenwashing“ der Biotechnologiefirmen und ihrer Verbündeten in Regierung und Medien sind sehr hoch.

Da nur die Hälfte aller Amerikaner sich als gut informiert über GMOs bezeichnet, waren Aufklärungskampagnen in den USA zumeist wenig erfolgreich. Dazu kommt erschwerend hinzu, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel beim Verkauf in den Verei-

Deutschland gewinnt den Krieg der Sinnbilder

In Deutschland ist die Situation eine vollkommen andere. Gemäß einer unlängst durchgeführten Eurobarometer-Umfrage unterstützen nur 21 Prozent der Deutschen GMOs. Dieser Wert hat

Die wichtigsten genetisch veränderten Kulturpflanzen in den USA

| Pflanze | % der gesamten US-Pflanzen | Wert in US-Dollar | Prozent an GMO |
|------------|----------------------------|-------------------|----------------|
| Mais | 9,2 | 22,2 Mrd. | 52 |
| Sojabohnen | 7,6 | 18,4 Mrd. | 87 |

Quelle: Center for Food Safety, Washington, DC

Gentechnisch veränderte Kulturpflanzen in Deutschland (in Hektar / Anzahl der Betriebe)

| Art des Felds | 2005 | 2010 |
|---------------|----------------------|---------------------|
| Anbau | 342 ha / 58 Betriebe | 15 ha / 1 Betrieb* |
| versuchsweise | 25 ha / 52 Betriebe | 13 ha / 25 Betriebe |

* ein Betrieb mit gentechnisch veränderten Kartoffeln in Mecklenburg-Vorpommern
Quelle: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

in Deutschland wie auch in der EU abgenommen. Zwar liefern kulturelle Faktoren ohne Frage einen Teil der Erklärung, doch trägt auch das öffentliche Bewusstsein zu diesem hohen Grad an Widerstand bei. 89 Prozent der Deutschen sagen, sie seien in der Angelegenheit gut informiert, zumal in der EU alle Gentechnisch Veränderten Lebensmittel gekennzeichnet werden müssen (ausgenommen sind Produkte von Tieren, die mit genverändertem Futter gefüttert werden). Die Auflage der Kennzeichnung ist womöglich die größte Hürde für Gentechnisch Veränderte Lebensmittel, sich auf dem Markt durchzusetzen, da die geduldigen

zu bringen: Öffentliche Aufklärung, politische Lobbyarbeit, medialer Einfluss und öffentliche Proteste und Winkelzüge sind allesamt Teil umfassender Anstrengungen, deutsche Geschäfte und Felder von GVOs zu befreien.

Dank bewussten Verbrauchern und empfänglichen Medien haben ungenehmigte oder nicht gekennzeichnete Gentechnisch Veränderte Lebensmittel in Deutschland große öffentliche Reaktionen hervorgerufen – beispielsweise als 2009 genveränderte Leinsamen in Brot und Müsli entdeckt wurden und als 2010 gentechnisch veränderter Mais und Soja in den Schokoladenriegeln „Butterfinger“ und

Bis vor kurzem standen amerikanische Richter zumeist auf der Seite der biotechnologischen Industrie.

deutschen Verbraucher Lebensmittelpackungen aufmerksam lesen.

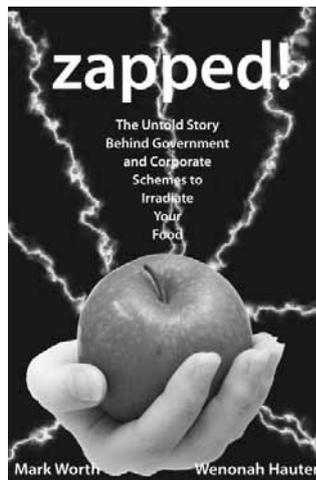
Nicht zuletzt sind deutsche Politiker und Gerichte kritischer als ihre US-amerikanischen Kollegen. Im April 2009 ließ Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner Monsanto gentechnisch veränderte Maispflanze MON810 verbieten. Und im November 2010 erhielt das Verfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit des deutschen GVO-Gesetzes aufrecht, mit der Anmerkung, die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, wo gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, und dass der Grundsatz der Vorsorge Anwendung finden müsse, da mit genveränderten Pflanzen bislang unbekannt Langzeitriskien verbunden seien.

Diese günstige öffentliche und politische Stimmung erlaubt es GVO-Gegnern in Deutschland, vielseitige Aktionen zum Einsatz

„Baby Ruth“ gefunden wurden. Weitläufig veröffentlichte Fotos von Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, wie er – im Geschäftsanzug und mit einer Schaufel in der Hand – im August 2010 mithilfe gentechnisch veränderte Kartoffeln von Amflora in Mecklenburg-Vorpommern zu ernten, sind ebenfalls zu einem schlagkräftigen Sinnbild für die GVO-Gegner geworden.

„Wir haben Glück – die Menschen stehen hinter uns. Sie können uns unterstützen, und wir können sie unterstützen“, sagte Stephanie Töwe-Rimkeit, eine Hamburger Greenpeace-Aktivistin für nachhaltige Landwirtschaft. „Über die vergangenen zehn Jahre ist die Bewegung wirklich gewachsen, und viele Leute engagieren sich. Das ist großartig für uns.“

Fürs Erste scheinen die GVO-Gegner in Deutschland sowohl die symbolischen als auch die



politischen Auseinandersetzungen für sich zu entscheiden. In den Vereinigten Staaten könnten die öffentliche Meinung und die Gerichtshöfe sich nun endlich langsam gegen genveränderte Lebensmittel wenden. Immerhin werden die Amerikaner achtsamer. Für ein Land, das für seinen geringen Grad an Ernährungsbildung berüchtigt ist, könnte das Grund zur Hoffnung bieten. ■



Mark Worth, Jahrgang 1964, ist Journalist und seit 25 Jahren Politikforscher in den USA und in Europa. Er war Direktor der Zivilgesellschaft-Organisation, arbeitete für Transparency International, Public Citizen, Food & Water Europe und New York Times. 2008 veröffentlichte er das Buch "Zapped! The Untold Story Behind Government and Corporate Schemes to Irradiate Your Food". Mark Worth lebt in Berlin und ist seit 2010 Mitglied der ÖDP.

Kontakt:
mworth168@yahoo.com

— IMPRESSUM —

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Nichtmitglieder und neue Mitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Die Online-Ausgabe ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Juni 2011.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1
97070 Würzburg
Tel. (09 31) 40 486-0
Fax (09 31) 40 486-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23
81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134
10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme
Johannes Grössl
Edgar Guhde
Paul Holmes
Urban Mangold
Mark Worth

Gastautoren

Uwe Krüger

Interviewpartner

Prof. Dr. Hartmut Rosa

Fotosatz und Anzeigenvertrieb

naturnah – Agentur und Verlag für Natur und Qualität
Inh.: Hans Amann
Brahmsstr. 25
93053 Regensburg
Tel. (09 41) 46 52 17-60
Fax (09 41) 46 52 17-79

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik,
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134
10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

VR-Bank Würzburg
BLZ 790 900 00
KtoNr. 74 080

Die Redaktion behält sich die Kürzung eingesandter Beiträge vor. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt Meinung der ÖDP oder der Redaktion.

ÖkologiePolitik wird auf 100 % Recycling-Papier gedruckt.

Anzeige



Frauen wollen in Freiheit und Würde über ihr Leben bestimmen

Frauenrechte sind Menschenrechte

Nähere Informationen erhalten Sie bei **TERRE DES FEMMES e.V.**
Postfach 2565, 72015 Tübingen, Tel. 07071/7973-0, Fax 07071/7973-22

e-mail: tdf@frauenrechte.de, www.frauenrechte.de
Spendenkonto 881999, KSK Tübingen, BLZ 64150020

Zur *ÖkologiePolitik* Nr. 1

Der Rückblick auf den Anfang verblüfft

Anlässlich der 150. Ausgabe der *ÖkologiePolitik* sollte hier vielleicht ein ausführlicher Rückblick auf 27 Jahre Heftgeschichte stehen. Wir machen lieber etwas anderes. Wir blicken nur auf unseren Anfang zurück: auf die Ausgabe Nr. 1. Wir konzentrieren uns auf sie und drucken vier von sechs Seiten nach. Beim Lesen fällt auf, wie hochaktuell der Leitartikel heute noch ist.

von Günther Hartmann

Nachdem die ÖDP am 23. und 24. Januar 1982 in Wiesbaden gegründet worden war, wählte der erste Bundesparteitag am 6. und 7. März 1982 in Bad Honnef Herbert Gruhl zum Bundesvorsitzenden. Der Publizist war dann auch der erste Chefredakteur der im Februar 1984 erschienenen „*Ökologie und Politik* – Nr. 1“. Die hatte Flugblattcharakter, war nur sechs Seiten stark und nannte sich im Untertitel „Mitteilungsblatt der Ökologisch-Demokratischen Partei“.

Das Schmökern in der „Nr. 1“ ist hochinteressant. Der Leitartikel „*Ökologie und Politik* ist eins“ besticht durch die immer noch hohe Aktualität zahlreicher Aussagen – 27 Jahren nach dem Erscheinen! Und das, obwohl – oder weil? – die B90/Grünen seither zur etablierten Partei aufgestiegen und ein fester Bestandteil unserer Parlamente sind. Es hat sich nur wenig zum Besseren verändert, stattdessen haben sich viele Probleme verschärft oder sind neu hinzugekommen.

Ökologisch Denken heißt ganzheitlich Denken

Im 5. Absatz schreibt Gruhl: „Was wir heute *Ökologie* nennen, ist kein Ausschnitt aus der Welt. Gerade ökologisches Denken ist Ganzheitsdenken! Das können die alten Parteien nicht begreifen, weil sie die Welt in Fachbereiche aufgesplittet haben. Darum bezichtigen uns diese Schubladendenker, wir hätten nur eine neue Schublade aufgetan.“

Vom Ganzheitsdenken sind wir heute noch genauso weit entfernt wie damals. Zwar gibt es einen Umweltminister, doch der hat mehr Alibifunktion. Die

wichtigen Entscheidungen darf er nicht fällen. Die sind nach wie vor ein Privileg des Finanzministers, des Wirtschaftsministers und der Kanzlerin. Und für die ist Umweltschutz vor allem eine lästige Wachstumsbremse, die den „Aufschwung“ gefährdet. Ihr Denken ist schlicht und monokausal. Ihre zeitliche Perspektive reicht nur bis zur nächsten Wahl.

Erhaltung der Erde muss zentrale Sorge sein

Im 7. Absatz lesen wir: „Nach dem Zeitalter der Ökonomie steht der

stellte, gelten beim Klimaschutz schon wenige Milliarden als Schmerzgrenze. Dabei stellen Investitionen in klimafreundliche Technologien nicht nur Kosten dar, sondern für viele Arbeitnehmer ein Einkommen.

Aggressive Exportpolitik ist unökologisch

Der vierte der von Gruhl angeführten zehn Grundsätze lautet: „Ökologische Politik muss sich zuerst auf einen überschaubaren Lebensraum richten. Dies führt zu einer zunehmenden Unabhängigkeit und Selbstversorgung,

„Was wir heute *Ökologie* nennen, ist kein Ausschnitt aus der Welt. Gerade ökologisches Denken ist Ganzheitsdenken!“

Mensch vor einem Zeitalter der *Ökologie* oder er wird die Krise nicht überleben. Darum wird jede Politik in jedem politischen System von der Sorge um die Erhaltung der Erde beherrscht sein müssen.“

Das war noch vor dem Klimawandel. Doch der gilt bei unserer Kanzlerin nicht als „systemisch“ und deshalb wird hier nicht entschlossen gehandelt, sondern nur sehr zögerlich agiert. Während die Rettung von angeschlagenen Finanzunternehmen, die selbst keinen Wohlstand erzeugen, sondern nur umverteilen, von der Kanzlerin als „alternativlos“ bezeichnet wird, schreckt sie bei der Rettung des Klimas vor hohen Investitionen zurück. Während sie bei Beginn der sog. „Finanzkrise“ sofort Hunderte von Milliarden Euros zur Verfügung

woraus sich ein höheres Maß an Freiheit ergibt. Damit werden internationale Konflikte vermeiden.“

Unsere Bundesregierungen praktizieren seit langem das Gegenteil: Sie setzen voll auf Export. Das hat nicht nur unökologisch lange Transportwege zur Folge, sondern führt zwangsläufig zu internationalen Krisen. Wir lösen durch Exporterfolge keines unserer Probleme wirklich, sondern wälzen sie nur auf andere Staaten ab. Das kann auf Dauer nicht funktionieren und verschärft die Probleme auf internationaler Ebene.

Unsere Exporterfolge sind nämlich nicht nur das Ergebnis innovativer Ideen, sondern vor allem unseres Lohndumpings. Das hat zwei Konsequenzen: Erstens sinkt in Deutschland die

Kaufkraft, was die lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe schwächt. Zweitens geraten die Volkswirtschaften der anderen Staaten zunehmend unter Druck. Wenn sie – wie innerhalb der Euro-Zone – ihre Währung nicht abwerten können, ist Lohn- und Umweltdumping oder ein gigantisches Staatsdefizit die logische Folge.

Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung muss eine globale Wirtschaftsordnung sein. Sie muss verallgemeinerbar sein und von allen Nationen gleichzeitig praktiziert werden können. Das kann nur funktionieren, wenn nicht mehr der Wettkampf der Nationen oberstes Prinzip ist, sondern ein faires und harmonisches Miteinander. Wer Exportweltmeister ist, muss auch Importweltmeister sein, sonst geraten die internationalen Handelsbeziehungen ins Ungleichgewicht. Und beide „Titel“ sind nicht erstrebenswert, da kontraproduktiv. Ziel muss es sein, die lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken und nachhaltig zu gestalten.

Ökologie gibt es nur durch ökologische Politik

„Erst wenn die Menschen begriffen haben, dass *Ökologie* gleich Politik ist und Politik ökologisch sein muss, wird uns der Durchbruch gelingen“, lautet Gruhls Schlusssatz.

Seither sind 27 Jahre vergangen. Die Grünen haben sich von einer kommunistisch unterwanderten Protestbewegung zum neoliberal angehauchten Mehrheitsbeschaffer entwickelt. Einen ökologischen Meilenstein zu setzen, ist ihnen nicht gelungen. Pragmatismus ist angesagt. Der kommt bei den Wählern gar nicht schlecht an. Allerdings sind die Wähler zunehmend unpolitisch geworden: Die Wahlbeteiligung sinkt. Dabei ist *Ökologie* als Thema durchaus in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen – beschränkt sich aber auf das Teilthema Konsum. Doch auch ein noch so ökologisch-korrektes Verhalten bleibt wirkungslos, läuft ins Leere oder verkehrt sich sogar ins Gegenteil, wenn die politischen Weichen falsch gestellt sind. Die zu korrigieren, ist die wichtigste Aufgabe unserer Zeit und nur auf der politischen Ebene möglich! ■



ÖKOLOGIE UND POLITIK

Mitteilungsblatt der Ökologisch-Demokratischen Partei

- Nr. 1 - Februar 1984 -

5300 Bonn 1, Friedrich-Ebert-Allee 120

Geleitwort

Ökologie und Politik ist eins

Ökologie ist ein Fremdwort! So hört man es oft. Aber **Ökonomie** ist auch ein Fremdwort, sogar mit gleicher Wurzel; dennoch hat es sich eingebürgert. Ökologie ist heute eine Wissenschaft: die „Lehre vom Haushalt der Natur“ oder etwas ausführlicher „die Lehre von den verbundenen Gesetzmäßigkeiten der gesamten Natur“.

„Oikos“ ist das griechische Wort für Haus und „Logos“ das griechische Wort für „das Weltgesetz“, welches sowohl den ganzen Kosmos als auch den einzelnen Menschen beherrscht. Platon spricht vom Logos als der „Grundtatsache allen Lebens“. Das heute noch gebräuchliche Wort **Ökumene** bedeutete bei den Griechen: „die Bewohnte (Erde)“.

Das **Haus**, das heißt **unser Planet Erde**, wird aber nicht nur von uns Menschen bewohnt, sondern von fünf bis zehn Millionen verschiedener Arten, die alle **nur miteinander** leben können, niemals isoliert. Nur eine einzige dieser Arten bezeichnet sich als „homo sapiens“, als „weiser Mensch“. Der Mensch ist nicht zufällig erst sehr spät in der langen Geschichte des Lebens aufgetreten, vor höchstens drei Millionen Jahren; denn die anderen Arten mußten ihm erst im wahrsten Sinne des Wortes „den Boden bereiten“, damit er darauf leben konnte. Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen mußten lange vorher dasein, wovon hätte der Mensch sonst leben können? Jede Art ist von unzähligen anderen Arten abhängig, aber keine von so vielen anderen Lebewesen wie der Mensch.

Die jüngste Geschichte des Menschen führte zu einer zunehmenden Tendenz, nur an sich selbst zu denken und nicht an die Voraussetzungen seines Daseins. „Der Mensch hat die Fähigkeit, vorzublicken und vorzusorgen, verloren. Er wird am Ende die Erde zerstören“, schrieb schon Albert Schweitzer.

Der Mensch bleibt sowohl körperlich wie geistig **ein Teil** des ökologischen Systems auf dieser Erde. Sein ganzes Denken und Tun bleibt den ökologischen Gesetzen unterworfen, er kann ihnen nie entfliehen. Was wir heute Ökologie nennen, ist kein

Ausschnitt aus der Welt. Gerade **ökologisches Denken ist Ganzheitsdenken!** Das können die alten Parteien nicht begreifen, weil sie die Welt in Fachbereiche aufgesplittet haben. Darum bezichtigen uns diese Schubladendenker, wir hätten nur eine neue Schublade aufgetan, die „Ökologie“ heißt. Nein! Wir haben das Ineinandergreifen aller Teile des ganzen Hauses entdeckt, und das Haus ist nichts Geringeres als unsere ganze Erde!

Auch die **Politik** muß oder sollte dringend alle Bedingungen und Geschehnisse auf dieser Erde in ihre Überlegungen einbeziehen, wenn sie nicht kurzfristig scheitern will. Laut Meyers Enzyklopädie ist Politik „als der Prozeß zu verstehen, in dem eine Gesellschaft die für ihre Fortexistenz und innere Organisation notwendigen Entscheidungen trifft“. Demnach dürfte die Politik gar keine Entscheidungen treffen, ohne die ökologischen Gesamtzusammenhänge der Welt zu berücksichtigen. Politiker in aller Welt werden ja auch nicht müde zu betonen, daß ihre Politik „Sorge für den Menschen“ sei. Da doch der Mensch ein Lebewesen ist, welches nur solange lebt **wie die ökologischen Voraussetzungen** seines Lebens auf dieser Erde vorhanden sind, kann es kein höheres Ziel geben, als erst einmal die Voraussetzungen zu sichern. Gerade weil über zwei Jahrhunderte eine rücksichtslose „Politik für den Menschen“ betrieben wurde, ist der Mensch in die Zwangslage geraten, jetzt vordringlich „Politik für die Natur“ betreiben zu müssen. Nur in einer schwach besiedelten Welt konnte sich die Politik damit begnügen, allein für den Menschen zu sorgen. Heute und in Zukunft wird die Sorge für die Natur weit größer sein müssen; denn die Natur ist jetzt weit gefährdeter als der Mensch — der allerdings in dem Maße tödlich gefährdet ist, als er die Natur in Todesnöte bringt.

Nach dem **Zeitalter der Ökonomie** steht der Mensch vor einem **Zeitalter der Ökologie** oder er wird die **Krise nicht überleben. Darum wird jede Politik in jedem politischen System von der Sorge um die Erhaltung der Erde beherrscht sein müssen.**

Für eine solche **ökologische Politik** habe ich 1977 folgende Grundsätze aufgestellt.

1. Ökologische Politik sorgt für die **Grundbedürfnisse** des Lebens.
2. Sie behandelt Pflanze und Tier — die gesamte Natur — als **Partner**.
3. Ökologische Politik erstrebt zeitliche **Dauer**, darum gilt ihre Vorsorge der Erhaltung der Bestände.
4. Ökologische Politik muß sich zuerst auf einen **überschaubaren Lebensraum** richten. Dies führt zu einer zunehmenden Unabhängigkeit und Selbstversorgung, woraus sich ein höheres Maß an Freiheit ergibt. Damit werden internationale Konflikte vermindert.
5. Die ökologische Politik muß eine **Stabilisierung der Bevölkerung** anstreben, da es auf diesem Planeten für die Menschen keine Ausweichräume mehr gibt.
6. Ökologische Politik muß sich am **echten Nutzen** für den Menschen orientieren und das ökologisch Vertretbare — angesichts der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen — ermitteln.
7. Der **Kreislauf der Natur** muß das Vorbild von Technik und Wirtschaft werden. Die Grundsätze der Natur, nämlich Sparsamkeit und Wiederverwendung, sind auch im technisch-industriellen Bereich anzuwenden.
8. Im Mittelpunkt der Pflege des Menschen muß das naturgegebene fruchtbare **Land** stehen, welches mit kostenloser Sonnenenergie Reichtum schafft.
9. Die **Arbeit** muß ökonomisch sinnvoll und ökologisch unschädlich sein. Sie hat der Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung zu dienen, nicht nur dem materiellen Nutzen. Daraus ergibt sich der hohe Rang für alle kulturellen und geistigen Betätigungen.
10. **Gemeinschaftsaufgaben**, soziale Sorge für die Nächsten, sind Werte an sich.

Erst wenn die Menschen begriffen haben, daß Ökologie gleich Politik ist und Politik ökologisch sein muß, wird uns der Durchbruch gelingen.

Herbert Gruhl

Gerd Bastians Brief an seine Fraktion

Liebe Freundinnen und Freunde, es tut mir leid, daß mein erster Brief an Euch in diesem Jahr keinen erfreulichen Inhalt haben kann. Aber die Erfahrungen des Vorjahres haben schwerwiegende Fehlentwicklungen sichtbar gemacht, auf die hingewiesen werden muß, weil sie die erfolgreiche Parlamentsarbeit zur Erfüllung des Wählerauftrags zunehmend erschweren und weder mit den im Wahlkampf gemachten Versprechen, noch mit den Erwartungen der Wähler unserer Partei vereinbar sind. ...

1. Die beginnende politische Fehlentwicklung innerhalb der Grünen zeigt sich insbesondere im überraschenden Erfolg der dem Kommunistischen Bund entstammenden ehemaligen „Z-Fraktion“ bei der Besetzung von Schlüsselpositionen mit teils altbewährten, teils neugewonnenen Gesinnungsfreunden in den Parteigremien, sowie beim Überstimmen der unkoordinierten Mehrheit der Andersdenkenden in der Fraktion und in den regionalen Verbänden mittels einer geschickt und diszipliniert gehandhabten Kadertaktik.

Damit wird politischen Tendenzen der Weg geebnet, die vom Grünen Politikverständnis in wesentlichen, den Bundestagswahlkampf bestimmenden Fragen wie z. B. dem Prinzip der Gewaltfreiheit, der Absage an jede Einseitigkeit und dem blockübergreifenden Bekenntnis zu den Friedensbewegungen aller Länder abweichen und sowohl gewaltorientierte, als auch stark anti-amerikanische Züge aufweisen.

Wenn z. B. Jürgen Reents im „Konkret“ — Dezemberheft fordert, die westdeutsche Friedensbewegung müsse ihre einseitig gegen die USA weisende Stoßrichtung beibehalten, wenn sein Gesinnungsfreund Rainer Trampert und andere Mitglieder des Bundesvorstandes die bekannteste Exponentin einer nicht-einseitigen Grünen Friedenspolitik, Petra Kelly, mit unzutreffenden Vorwürfen öffentlich abzuwerten versuchen, sodaß sich Prof. Gollwitzer als Freund der Grünen in einer Veröffentlichung zu der Frage veranlaßt sieht, „was steht hinter dieser bösartigen Diffamierung?“, wenn blockübergreifende Grüne Friedensinitiativen im eigenen Lager mehr hämische Kritik als solidarische Unterstützung finden und wenn bundesweit immer ungenierter versucht wird, der vom Primat der Ökologie und der Gewaltfreiheit bestimmten Grünen Politik einen an überholten Klassenkampfvorstellungen orientierten Akzent aufzuprägen, dann sind das Alarmzeichen, die nicht länger unbeachtet bleiben dürfen, von der Fraktion aber geflissentlich übersehen werden.

2. Zehn Monate Parlamentsarbeit haben zur Genüge bewiesen, daß die der Fraktion aufgezwungene Arbeitsstruktur un-

zweckmäßig ist und eine effiziente Aufbereitung und Bewältigung des politisch Notwendigen nicht zuläßt.

Das Modell einer „Bürogemeinschaft“ aus gegenwärtigen und zukünftigen Mandatsträgern, die sich gegenseitig unterstützen und zur Optimierung der Arbeitsleistung in die parlamentarischen Aufgaben teilen, hat sich als hoffnungslose Fehlkonstruktion erwiesen. Nicht Leistungssteigerung, sondern unnötige Leistungsverluste sind das Ergebnis dieser Utopie, die sich auch mit dem Rotationsprinzip nicht rechtfertigen läßt, weil für den Wechsel in der Verantwortung auch zweckmäßigere Formen der Ablösung von Mandatsträgern denkbar sind. Die Konstruktionsmängel der „Bürogemeinschaft“ zeigen sich nicht nur in den negativen psychologischen Auswirkungen einer systemimmanenten Konkurrenzsituation, in der sich augenblickliche und künftige Mandatsträger nicht als Partner, sondern eher als Kontrahenten betrachten. ... Genauso verheerend wirkt sich allerdings auch die Tatsache aus, daß die Finanzierung dieser „Bürogemeinschaft“ einen Großteil der Geldmittel erfordert, die der Fraktion vom Steuerzahler zur Erfüllung ihrer politischen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. ...

Ich bin sicher, daß viele Abgeordnete dies nicht anders beurteilen. Darum enttäuscht es mich tief, daß offenbar keine Bereitschaft besteht, sich für eine Verbesserung dieser unhaltbaren Situation einzusetzen und solche Verbesserungen gegen den zu erwartenden Widerstand der Parteigremien auch durchzusetzen, deren Urteilsvermögen bezweifelt werden muß, wie soeben erst die bedrückend inkompetente Bundesdelegiertenversammlung in Duisburg gezeigt hat. Die von solchen Gremien gern in Anspruch genommene Alleinvertretung der vielbemühten „Basis“ ist jedenfalls kein Ersatz für Urteilsfähigkeit und auch schon deshalb fragwürdig, weil die Delegierten einer Bundesversammlung nur etwa 30000 Parteimitglieder und lediglich die Mandatsträger darüber hinaus auch noch fast zwei Millionen Wähler vertreten, die ebenfalls „Basis“ sind und überwiegend kaum mit den der Fraktion aufgebürdeten Arbeiterschwernissen einverstanden sein dürfen.

3. Auch das Klima innerhalb der „Bürogemeinschaft“ ist leider nicht von jener Solidarität, auch nicht von jener Toleranz und Menschlichkeit geprägt, die nach dem Anspruch der Grünen Wesensmerkmale Grüner Politik sein sollten. Stattdessen bestimmen Intrigen und Machtkämpfe auf vielerlei Schienen das Innenverhältnis. ...

Da überrascht es nicht, daß jene, die mehr als andere von politischen Gegnern der Grünen kritisiert und attackiert wurden, sich kaum jemals eines solidarischen

Schutzes durch die Fraktion erfreuen konnten. ...

Ich möchte darauf verzichten, alle Euch wohlbekannten Mißhelligkeiten aufzuzählen, die uns 1983 beschäftigt und zum schlechten Klima in der Fraktion beigetragen haben. Stattdessen möchte ich mich auf die abschließende Feststellung beschränken, daß der innere Zustand der Grünen im Bundestag nicht dazu auffordert, sich den offenbar unvermeidlichen Querelen, Unehrllichkeiten und Unzulänglichkeiten einer Grünen Bürogemeinschaft auch dann noch auszusetzen, wenn positive Veränderungen nicht mehr zu erwarten sind.

Ich bitte Euch deshalb dringend, auf der Klausurtagung im Januar 1984 die von mir dargestellten Mißstände mit dem ernsthaften Willen zu diskutieren, baldmöglichst Abhilfe zu schaffen. Solltet Ihr dazu nicht bereit oder nicht fähig sein, werde ich es vorziehen, meine Kraft in Zukunft als fraktionsloser Abgeordneter ungeschmälert für jene politischen Ziele der Grünen- und der Friedensbewegung einzusetzen, deretwegen mir die Kandidatur für den Bundestag angetragen worden ist, deren zuverlässige Verfolgung unserer Fraktion von den herrschenden Umständen jedoch unmöglich gemacht wird.

Schlamperei bei den Grünen Baden-Württembergs

Den Termin für die Meldung der Wahlvorschläge verpasst

Die Esslinger Kreisgeschäftsstelle der Grünen hat es versäumt, fristgerecht die Wahlvorschläge dieser Partei für die baden-württembergische Landtagswahl am 25. März einzureichen. Diese Schlamperei hat für die Grünen fatale Folgen: sie können in 3 der 70 baden-württembergischen Wahlkreise nicht antreten. Das bedeutet zunächst, daß der einzige der gegenwärtigen grünen Landtagsabgeordneten, der sich erneut um ein Mandat bewirbt, Holger Heimann, genausowenig wiedergewählt werden kann wie seine anderen Kollegen, die zum Teil Opfer interner Querelen geworden sind oder die aus freien Stücken auf eine Wiederwahl verzichteten.

Überdies werden den Grünen bei der Endabrechnung die Stimmen aus drei Wahlkreisen fehlen. Das kann sie nach Angaben des Abgeordneten Winfried Kretschmann, der gegenwärtig Gruppensprecher im Landtag ist, ein halbes Prozent Stimmen kosten.

Neue Zürcher Zeitung vom 13. Februar 1984)

Bundesparteitag der ÖDP

Auf dem Bundesparteitag beschlossene Anträge

Energieprogramm

Das „Energiepolitische Programm“, welches vom Landesverband Bayern eingebracht wurde, fand große Zustimmung. Da dieses Programm zu umfangreich ist, um hier aufgenommen zu werden, bitten wir alle Interessenten, das Programm in der Bundesgeschäftsstelle anzufordern.

Professor Harald Stumpf sandte uns zu dem Programm noch eine wichtige Ergänzung: „Das wesentlichste Langzeitkonzept einer regenerativen Energieversorgung ist die **Wasserstoffherzeugung durch Solarenergie**, die vorzugsweise in den Wüstengürteln der Erde vorgenommen werden könnte und dann, analog zum Öl, mit Wasserstofftransportern in die Industrieländer gebracht werden kann. Dieses Konzept bietet nicht nur die Möglichkeit einer zeitlich unbegrenzten und ökologisch einwandfreien Energieversorgung, sondern darüber hinaus würde es auch einen Beitrag zur Lösung des Konflikts zwischen Industriestaaten und sogenannten Entwicklungsländern leisten können. Ich verweise auf das Buch „Neue Wege der Energieversorgung“ von W. Kremers, J. Thiele und F. Wahl, Vieweg Verlag 1982.“

Schärfere Maßnahmen gegen das Waldsterben gefordert

Folgender Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz wurde angenommen: Das Waldsterben nimmt auch im walddreichen Land Rheinland-Pfalz immer dramatischere Formen an. Die immer größer werdenden Schäden sind weder ökologisch noch ökonomisch länger tragbar! Es ist eine Illusion zu glauben, daß ein großflächiges Absterben des Waldes ohne Folgen für den Menschen bleiben wird. Dem Tod der Natur folgt der Tod des Menschen. Im übrigen werden auch die wirtschaftlichen Schäden immer größer — sie liegen jetzt schon in Milliardenhöhe. Die bis jetzt zur Abhilfe gedachten Maßnahmen sind vollkommen unzureichend und haben allenfalls Kosmetikcharakter als den einer wirklich grundlegenden Beseitigung der Ursachen!

Um allerschwerste Schäden noch abzuwenden, fordert die ÖDP als sofortige Maßnahmen:

- Verschärfung der Technischen Anleitung Luft und der Großfeuerungsanlagen-Verordnung
- Neue Höchstgrenzen für SO₂ — Emissionen: 90 mg/m³
- Keine Ausnahmen für Altanlagen
- Bleifreies Benzin und Zwang zum Einbau von Katalysatoren schon ab 1. 1. 1985
- Umfassende Energiesparmaßnahmen in Haushalt, Gewerbe und Industrie, um den Energieverbrauch und damit die Umweltbelastung drastisch zu drosseln
- Förderung der Nutzung alternativer Energiequellen

- Förderung neuer Technologien zur besseren Ausnutzung von Energie (z. B. Blockheizkraftwerke mit Wirbelschichtfeuerung und gasbetriebener Wärmepumpen)
- Mehr Mittel für die Umweltforschung

Die ÖDP warnt davor, Maßnahmen gegen das Waldsterben unter Hinweis auf die „ökonomische Machbarkeit“ zu verschieben, da die volkswirtschaftlichen Schäden immer größer werden, je länger gewartet wird! **Das Waldsterben gefährdet Arbeitsplätze**; denn vom Wald hängen in der Bundesrepublik Deutschland circa 850000 Arbeitsplätze ab!

Im übrigen fordert die ÖDP den Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel von seinem Amt als Vorsitzender der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“, da er durch seine Politik als Ministerpräsident als Waldschützer unglaubwürdig ist. Die ÖDP erinnert daran, daß ausgerechnet Rheinland-Pfalz in der 521. Sitzung des Bundesrates am 29. 4. 1983 gegen wesentliche Punkte zur Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung stimmte, und daß Dr. Vogel seit neuestem wieder den Bau der Autobahn A8 durch den Pfälzer Wald fordert.

Zu diesem Antrag schlug der Regionalverband Augsburg folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

1. Das Wort „Luftverschmutzung“ durch „Luftvergiftung“ zu ersetzen.
2. Energiesparmaßnahmen im Straßen und Luftverkehr zu fordern.
3. Als sofort wirksame Maßnahme die Reduzierung des Kraftfahrzeug- und des Binnenluftverkehrs einzuleiten, um u. a. die Zahl der Opfer des Straßenverkehrs zu senken.

Keine neuen Stromtrassen durch den Pfälzer Wald!

Die ÖDP protestiert energisch gegen den Bau der 110 Kilovolt Hochspannungsleitung der Pfalzwerke zwischen Homburg/Saar und Maximiliansau bei Karlsruhe, die quer durch den südlichen Pfälzer Wald führen soll. Gleichzeitig wird auch die Planung einer neuen 380 Kilovolt-Leitung des Badenwerks von Bexbach/Saar nach Karlsruhe-Daxlanden abgelehnt. Den Argumenten der Energieunternehmen wird widersprochen, die von einer Überlastung der jetzt bestehenden Leitungen reden, weil durch das Euro-Verbundnetz schon heute eine zweiseitige Einspeisung möglich ist und die von den Stromlieferern angegebenen Zuwachsraten des Stromverbrauchs längst nicht mehr zutreffen.

Problemabfälle wiederverwenden!

Die ÖDP fordert ein Gesetz, das Städte und Gemeinden dazu verpflichtet, für die Erfassung von verwertbarem Altmaterial durch Container zu sorgen. Darunter fällt

die Entsorgung von Kunststoffen, Farben/Lacken, Altmetallen, Holzabfällen, leeren Batteriezellen und anderer Problemabfälle.

Weitere Anträge wurden Kommissionen bzw. dem Bundesvorstand überwiesen. Auf diese werden wir in „Ökologie und Politik“ noch zurückkommen.

Kurzbericht

Für alle, die nicht dabei waren, will ich versuchen, einen Eindruck vom Bundesparteitag der ÖDP in Bingen zu vermitteln.

Das Erste, was auffiel, als wir am Freitagabend ankamen, war, daß alles bestens organisiert war. Mit den in der Nähe der Stadthalle gelegenen Hotels waren Unterbringungsmöglichkeiten vereinbart, so daß wir nur einen kurzen Fußweg vom Quartier zur Tagesstätte hatten.

Die Stadthalle selber war gerade so, daß sie für die circa 200 Teilnehmer des Parteitages guten Raum bot.

Das nächste Positivum war die Freude über das Wiedersehen mit alten Bekannten aus ersten „grünen“ Zeiten, die, wie wir, angesichts der Probleme nicht kapituliert haben, sondern unbeirrt weiterarbeiten. Dritter Eindruck: Die Teilnehmergemeinschaft des Parteitages war alters- und berufsmäßig gut gemischt.

Die Arbeitsatmosphäre war entspannt, auch wenn Differenzen zutage kamen, die nach meinem Empfinden eher auf der starken persönlichen Prägung der Beteiligten als auf sachlichen Problemen beruhten. Die Europawahl stand im Mittelpunkt der Tagung. „Europa“ war für viele ein neues Thema, aber man war sich einig, daß eine Partei sich bei Wahlen einfach zeigen muß. Ein Europa-Kurzprogramm wurde verabschiedet. Grundlage war ein Entwurf von Herbert Gruhl, in den dann noch einige Änderungen eingearbeitet wurden. Die Wahlen der Kandidaten gingen glatt über die Bühne.

Ein neuer Bundesvorstand wurde gewählt, der sich in Zukunft verstärkt um eine gute Pressearbeit bemühen soll. Fernsehen und Presse waren auch beim Parteitag anwesend, angesichts des immer offensichtlicher werdenden Dilemmas bei den „Grünen“ gewinnt die ÖDP an Interesse.

Zum Parteitag waren erfreulich viele Sachanträge gestellt worden. (Themen: Horrorvideo, Kabelfernsehen, Abtreibung, radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln, Cadmium, Wirtschaft, Verkehr, Energie, Abfallwirtschaft, Waldsterben, Umweltgesetzgebung, Friedenspolitik). Leider konnten die Anträge, die den Delegierten teilweise erst zum Parteitag auf den Tisch gelegt wurden, nicht gründlich behandelt werden. An guten Gedanken mangelte es jedenfalls nicht.

(Christa Peter)

Bergpredigt und Atombombe

Im Jahre 1945, kurz nach der Einnahme Berlins durch die Sowjets, bemächtigten sich die Leute des vielen damals herrenlosen Gutes. Nazis und Eigentümer waren entweder geflohen oder hielten sich verborgen. Tagelang konnten auch Ministerien und die Reichskanzlei geplündert werden. Kaum glaublich, was da unten alles an Lebensmitteln lagerte.

Auch mich trieb der Hunger um. Auf der Suche nach Fressalien geriet ich dabei, nur wenige hundert Meter von der Reichskanzlei entfernt, unterhalb einer Hausruine in einen halbdunklen Keller, wo zwischen Staub und Schutt statt der erwarteten Lebensmittel bloß ein Buch lag, das ich einsteckte, enttäuscht, weil in diesen Zeiten mein Denken hauptsächlich um Essen und Brennstoff kreiste. Bücher kann man nicht essen. So lag es noch da.

Daheim stellte ich fest, daß mir der Zusammenbruch des 3. Reiches ein Werk von Leo Tolstoi mit dem Titel „Worin besteht mein Glaube?“ beschert hatte. Im Jahre 1885 gedruckt, stellt es jetzt eine bibliophile Kostbarkeit dar. Diese Schrift, seltsamerweise nicht mehr verlegt, ist ein Schlüssel zu Tolstois Romanwerk. Gandhi muß diese Schrift gekannt haben. Alle Argumente, ob von pastoraler Seite, Franz Alt oder radikalen Pazifisten vorgebracht, auf mich wirken sie wie Neuauflagen eines Buchs, das keiner kennt. Es gibt Bücher, die sind anwesend, obwohl sie nicht mehr gedruckt werden. Dazu gehört unter anderem auch „Die Atombombe und die Zukunft der Menschheit“ von Karl Jaspers. Eines der ersten Werke, das sich mit dieser Materie befaßte. Seltsamer Verlag!

Für Tolstoi ist Kern der christlichen Botschaft jene Passage aus der Bergpredigt, wo es heißt: „Ihr habt gehört, daß da gesagt ist: „Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Ich aber sage euch, daß ihr **NICHT WIDERSTREBEN SOLLT DEM ÜBEL**“ — also „dem Bösen“. Alles, was dahinter kommt, wie zum Beispiel das Hinhalten der anderen Backe nach einem Backenstreich, sind nur polemisch überspitzte Extrembeispiele des „Nicht widerstreben dem Übel“. Tolstoi vergleicht diese seine Entdeckung mit dem Wiederauffinden der Urgestalt einer zerschlagenen Säule, deren zusammenhanglose Teile sich plötzlich zum sinnvollen Ganzen fügen. Es ist die Idee der „Gewaltlosigkeit“.

Tolstoi ist sozusagen von religiöser Diesseitigkeit. Er nimmt die einzelnen Forderungen der Evangelien wörtlich. Er schwört geradezu auf das Wort — holt das Himmelreich auf die Erde herunter. Aber an einer Stelle konnte ich ihm doch nicht mehr folgen. Das „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!“ interpretiert Tolstoi im Sinne des Verbots aller „weltlichen Gerichte“. Wohl im Bewußtsein der Angreifbarkeit sucht er gerade diese Auffassung auf vielen Seiten zu begründen.

Aber die Verfassung der Erde ist nun einmal eine andere als die des Himmels. Das Gericht soll ja gerade den rechtsfreien Zustand beenden, Faustrecht abschaffen und Schwache schützen. Um sich gegen Unrecht durchzusetzen, bedarf es freilich der physischen Gewalt in Form von Machtmitteln und Polizei. Grund, warum Recht so oft Unrecht wird. Recht und Gerechtigkeit sind selten deckungsgleich. Die Physis schlägt immer wieder durch. Das tausendjährige Reich war ausgesprochener Unrechtsstaat. Aber ohne Rechtsordnung kann der Mensch nicht leben. Ein großer Denker meinte einmal: „An sich herrscht ursprünglich die Gewalt, und das Problem des Staates ist, wie die Gewalt auf Seite des Rechts zu ziehen sei.“

Für die Urchristen war die Ordnung der irdischen Welt praktisch schon nicht mehr da. Sie lebten bereits im Gottesreich. Gott würde richten. Die Bergpredigt hebt die alte irdische Ordnung zugunsten einer besseren himmlischen Ordnung auf.

In Epochen großer Umbrüche. Beispiel Reformationszeit, werden Bibelworte, die sich aufs Endzeitliche beziehen, wieder virulent. Besonders im Neuen Testament steckt dieser Sprengstoff. Vieles ist heute von verblüffender Aktualität. — Nur, was ursprünglich spirituell gemeint war, ist heute materielle Wirklichkeit geworden. Die Explosion ist das exponentielle Symbol unserer Zeit. Die Menschheit explodiert, sie belastet wie der Krebs den Wirtskörper Erde. Es ist nicht nur die Bombe. Jedoch ist es naiv zu glauben, daß mit der Bergpredigt Politik zu machen sei. Sie kann etwas in Bewegung setzen, und moralischen Druck auf Mächtige ausüben, das ist wohl ihr bester Gewinn! Aber wo eine „Bewegung“ ist, ist Demagogie nahe. Mich machen getriebene Volksmassen mißtrauisch. Auch die Nazis nannten sich „Bewegung“. Was da am Ende herauskommt ist von Belang.

Die Bergpredigt ist regulativ, nicht konstitutiv. Ihr Ziel liegt gleichsam im Unend-

lichen. — Das Primäre jeder Politik, jetzt und hier, aber ist Macht, ohne Macht keine Politik. Darauf beruht auch das labile „Gleichgewicht des Schreckens“. Die „politischen“ Bemühungen müssen freilich dahin gehen, dies Gleichgewicht auf zivilere Grundlagen zu stellen.

Gefährlich ist ein Machtvakuum. Das Jesuswort „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“, gilt auch für Leerräume, wenn sie nämlich Sturm anziehen. Der Libanon ist zur Zeit solch ein Leerraum. Die Atombombe nennt man „politische Waffe“, eine elegante Umschreibung für Erpressung. Gegenwärtig erpressen sich die Weltmächte in einigen Regionen der Erde, wo Krieg Wahnsinn wäre, zum Frieden. In Wirklichkeit nämlich ist diese Bombe weniger Kriegs- als vielmehr **TERROR**-waffe. Und sie wird wieder einsetzbar, wie in Hiroshima und Nagasaki, sobald der eine Kontrahent der Gegenseite die Antwort auf deren Einsatz nicht mehr geben kann oder auch nur will. Die Dosis kann dann so niedrig gehalten werden, daß die Welt eben nicht untergeht. Drohung genügt!

Das Gleichgewicht des Schreckens kann aber nur Interimszustand sein. Insofern kann die Friedensbewegung psychischen Druck auf Politiker, versteinerte Institutionen und Lobbys ausüben.

Es wäre freilich ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn ausgerechnet unser Volk, sonst aus den Knobelbechern nie herausgekommen, vom „Szenario des Schreckens“ gebannt, die Politik vergrößere, und gerade das herbeiführte, was es vermeiden möchte: Nämlich jene Möglichkeit des Einsatzes der Atombombe zu Terrorzwecken. Der ehemalige Westernheld, derzeit Präsident der USA, neigt leider mehr zu Aktionen als Reflektionen. Man kann also nie wissen. Aber die echten Schüler Machiavellis sitzen wohl im Kreml. Den Sowjets traue ich solche Kalkulationen durchaus zu. — Davor habe ich Angst.

(Helmut Gruhl, Gießen)

*Die Wälder gehen
den Völkern voran,
die Wüsten folgen ihnen.*

(Chateaubriand)

Kulturkritik der 1980er-Jahre

Ursachen der ökologischen Krise

Ende der 1970er-Jahre entwickelte sich weltweit ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Bedrohtheit unserer Umwelt. Zahlreiche Intellektuelle befassten sich mit der Thematik und veröffentlichten dazu bemerkenswerte Bücher, die auch heute noch eine lohnende Lektüre darstellen.

von Günther Hartmann

Klimawandel, Finanzkrise und nuklearer GAU haben eins gemeinsam: Sie sind keine Naturkatastrophen, sondern das Ergebnis menschlichen Handelns. Natürlich spielt unser ohne Wachstum nicht funktionierendes Wirtschaftssystem eine entscheidende Rolle, aber auch ein Wirtschaftssystem ist nichts Naturgegebenes, sondern etwas Menschengemachtes. Und weil es von Menschen gemacht ist, wäre es bei entsprechendem Willen veränderbar. Doch der Wille fehlt – und das hat Gründe, die im Menschen selbst liegen. Die menschliche Psyche und Kultur sind ein Schlüssel zum Verständnis unserer ökologischen Probleme – und zu ihrer Lösung.

Erich Fromm:
Haben oder Sein, 1979

In seinem Spätwerk stellt der deutsch-amerikanische Psychoanalytiker Erich Fromm zwei konträre Persönlichkeitstypen dar: den „haben-orientierten Menschen“ und den „seins-orientierten Menschen“. Beim „Haben“ geht es um Besitz, Macht und Kontrolle. Diese Daseinshaltung spiegelt sich in allen Lebensbereichen wieder, so z.B. beim Lernen, Erinnern, Miteinander-Sprechen, Lesen, Autorität-Ausüben, Wissen, Glauben und Lieben. Das „Sein“ ist für Fromm Kreativität, Freiheit und kritische Vernunft. „Während sich der Haben-Mensch auf das verlässt, was er hat, vertraut der Seins-Mensch auf die Tatsache, dass er ist, dass er lebendig ist, und dass etwas Neues entstehen wird, wenn er nur den Mut hat, loszulassen und zu antworten.“

Während das „Sein“ für Fromm Leben bedeutet, gehört das „Haben“ in den Bereich des Toten. „In der Existenzweise des

Habens gibt es keine lebendige Beziehung zwischen mir und dem, was ich habe. Es und ich sind Dinge geworden, und ich habe es, weil ich die Möglichkeit habe, es mir anzueignen. Aber es besteht auch die umgekehrte Beziehung: Es hat mich, da mein Identitätsgefühl bzw. meine psychische Gesundheit davon abhängt, es und so viel wie möglich zu haben. Die Existenzweise des Habens wird nicht durch einen lebendigen, produktiven Prozess zwischen Subjekt und Objekt hergestellt. Sie macht Subjekt und Objekt zu Dingen. Die Beziehung ist tot, nicht lebendig.“



Fromm geht es nicht um Besitz an sich, sondern um einen aus dem Inneren kommenden Zwang: um eine Neurose. Die ist gesellschaftlich bedingt, vor allem durch unser Wirtschaftssystem. Er unterzieht deshalb die Marktwirtschaft einer radikalen Kritik, da sie das Neurotische zum Normalen erhoben hat. Sie kann ohne das krankhaft übersteigerte Haben-Wollen des Einzelnen als System nicht existieren und fördert es deshalb nach Kräften.

Unser Wirtschaftssystem verformt den Menschen und macht

ihn krank. Eine Systemveränderung ist deshalb für Fromm unumgänglich. „Wenn Menschen niemals frei werden, das heißt dem Zwang entrinnen sollen, die Industrie durch pathologisch über-

Lasch nennt sein Buch „die Beschreibung eines niedergehenden Lebensstils – der Kultur des vom Konkurrenzdenken geprägten Individualismus, der die Logik des Individualismus ins Extrem eines Krieges aller gegen alle getrieben und das Streben nach Glück in die Sackgasse einer narzisstischen Selbstbeschäftigung abgedrängt hat.“ In seiner umfangreichen Analyse der amerikanischen Gesellschaft deckt er die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Mechanismen auf, die narzisstische Störungen beim Einzelnen entstehen lassen, fördern und belohnen.

Die so entstehende Persönlichkeitsstruktur und ihr Lebensgefühl: „Sie wird nicht von Schuldgefühlen geprägt, sondern

„Unsere Aufgabe ist es, eine gesunde Wirtschaft für gesunde Menschen zu schaffen.“ Erich Fromm

steigerten Konsum auf Touren zu halten, dann ist eine radikale Änderung der Wirtschaft vonnöten: dann müssen wir der gegenwärtigen Situation ein Ende machen, in der eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis kranker Menschen möglich ist. Unsere Aufgabe ist es, eine gesunde Wirtschaft für gesunde Menschen zu schaffen.“

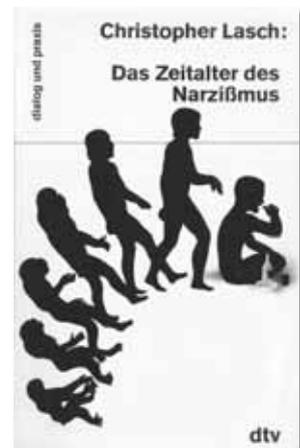
Am Ende seines Buchs entwirft Fromm in groben Zügen das Bild einer solchen Gesellschaft. Seine Hoffnung ist die „energiespendende Kraft, die von einer neuen Vision ausgeht. Diese oder jene Reform vorzuschlagen, ohne das System von Grund auf zu erneuern, ist auf lange Sicht gesehen sinnlos, denn solchen Vorschlägen fehlt die mitreisende Kraft einer starken Motivation.“

Christopher Lasch:
Das Zeitalter
des Narzissmus, 1986

Für den amerikanischen Historiker Christopher Lasch ist der Frommsche „Haben-Mensch“ schon mehr oder weniger durch einen anderen Charaktertyp verdrängt und abgelöst: den Narzissten. Der versucht nicht mehr, Halt im Leben durch Besitz und Kontrolle zu erlangen, sondern hat sich auf sich selbst zurückgezogen und dreht sich nur noch um seine eigene Ich-Achse.

von Ängsten; sie ist unfähig, politische oder soziale Bindungen einzugehen oder Verantwortung zu übernehmen; sie verlangt nach unverzüglicher Befriedigung ihrer Wünsche und lebt in einem Zustand ewig unbefriedigten Begehrens; sie ersetzt religiöses durch therapeutisches Denken und sehnt sich nicht nach der Errichtung eines Goldenen Zeitalters, sondern nach dem Empfinden, nach der momentanen Illusion von persönlichem Wohlbefinden, von Gesundheit und seelischer Geborgenheit.“

Da es der narzisstischen Persönlichkeit „an jeder wirklichen



geistigen Auseinandersetzung mit der Welt fehlt, bleibt sie von anderen abhängig, deren Bewunderung und Anerkennung sie

unentwegt braucht“. Die Folge ist auch der Verlust eines historischen Bewusstseins: „Für den Augenblick zu leben, für sich selbst, und nicht für die Vorfahren und Nachwelt, das ist die heute vorherrschende Passion. Das Gefühl einer historischen Kontinuität, das Wissen, in einer Folge von Generationen zu stehen, die aus der Vergangenheit kommen und in die Zukunft weiterführen, geht immer mehr verloren.“

„Die Werbung preist Konsum als Alternative zu Protest und Rebellion an.“ Christopher Lasch

Der heutige Mensch leidet nicht mehr an den klassischen Neurosen, wie Freud sie entdeckte und beschrieb, sondern klagt „über vage, diffuse Unzufriedenheit mit dem Leben und empfindet sein formloses Dasein als sinnlos und ohne Ziel“. Die Patienten psychotherapeutischer Behandlungen leiden oft „an Hypochondrie und klagen über ein Gefühl innerer Leere. Zugleich unterhalten sie Phantasien eigener Allmacht und die feste Überzeugung, andere ausbeuten zu dürfen und ein Recht auf die Erfüllung aller eigenen Wünsche zu haben“. Außerdem sind sie „stark geängstigt von Alter und Tod“.

Lasch schildert den Wandel der Arbeitsethik in der amerikanischen Geschichte von den Puritanern des 18. Jahrhunderts bis zum heutigen Selbstverständnis. Dale Carnegie und Norman Vincent Peale, die Väter des Positiven Denkens, „priesen die Liebe zum Geld, die sogar von den krudesten Materialisten des 19. Jahrhunderts offiziell verurteilt worden war, als nützlichen Anreiz“. Neuere Erfolgsleitfäden unterscheiden sich darin, „dass sie sich für die inhaltliche Qualität des Erfolgs überhaupt nicht mehr interessieren und unverblümt betonen, dass Äußerlichkeiten – Erfolgsmatches – mehr zählen als die eigentliche Arbeit, dass es wichtiger ist, für erfolgreich gehalten zu werden, als etwas zu leisten“.

Das hat fatale Konsequenzen: „In einer Gesellschaft, die den Erfolg jeder weiteren Bedeutung beraubt hat, haben die Menschen kein Kriterium mehr, an dem sie ihre Leistung messen könnten –

außer der Leistung der anderen. Heute wollen die Leute nicht aufgrund dessen geschätzt werden, was sie getan und geleistet haben, sondern aufgrund persönlicher Eigenschaften. Sie möchten eigentlich nicht geachtet, sondern vielmehr bewundert werden. Sie wollen keine Ehre, sie wollen beneidet werden. Stolz und Habsucht, die Sünden des frühen Kapitalismus, haben eitler Selbstgefälligkeit Platz gemacht.“

Wenn es aber nur noch darum geht, Bewunderung zu erregen, schwindet der Wirklichkeitssinn. Einer Studie über 250 Manager zeigte, dass die vor allem das aufregende Gefühl erleben wollen, Siege zu erringen. Ihre größte Befürchtung ist, als Verlierer dazustehen. Der Kampf mit Kollegen ist wichtiger als sich an einer sachbezogenen Aufgabe zu messen.

Eine entscheidende Rolle spielt die Werbeindustrie: „Werbung dient nicht so sehr dazu, für ein Produkt zu werben, als den Konsum als Lebensstil zu propagieren. Sie erzieht die Massen zum unersättlichen Hunger auf Konsumgüter wie auf neue Erfahrungen und persönliche Lebenserfüllung. Die Werbung verkündet Konsum als die Lösung für uralte Probleme wie Einsamkeit, Langeweile, Krankheit und mangelnde sexuelle Befriedigung. Zugleich schafft sie neue Formen von Unzufriedenheit. Sie treibt ein verführerisches Spiel mit dem Unbehagen an der Industriekultur.“

Die Manipulation ist subtil: „Die Gebrauchsgüterwerbung hat eine doppelte Funktion. Einmal preist sie Konsum als Alternative zu Protest und Rebellion an. Zum anderen macht die Verherrlichung des Konsums die Entfremdung selbst zur Ware. Sie wendet sich gegen die geistige Öde des modernen Lebens und legt Konsum als Heilkur nahe. Sie verspricht nicht nur, die alten Leiden zu lindern; sie schafft oder verschärft gleichzeitig neue Leiden und institutionalisiert den Neid und die ihn begleitenden Ängste.“

Lasch deckt in seinem Buch das Phänomen des Narzissmus in praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen auf: in der Politik, Literatur, Theater, Film, Sport, Esoterik und vielem mehr. Während seine Analysen brillant und messerscharf sind, gibt er seiner Hoffnung nur in vagen Andeutungen Ausdruck: „Der Wille, eine bessere Gesellschaft aufzubauen, bleibt bestehen. Nur die Vision einer neuen Gesellschaft, einer annehmbaren Gesellschaft, ist nötig, um ihm neuen Nachdruck zu verleihen.“

Hanspeter Padrutt:
Der epochale Winter,
1984

Der schweizerische Daseinsanalytiker Hanspeter Padrutt bietet einen umfassenden Rundgang durch die wichtigsten Publikationen der Umweltbewegung. Er stellt dabei immer die Frage „Kann eine solche Weltanschauung genügen?“ und untersucht die Weltbilder von Physikern, Chemikern, Biologen, Kybernetikern, Verhaltensforschern, Psychoanalytikern, Philosophen und Theologen. Er klopft sie auf ihre Lücken und Mängel ab, und kommt schließlich zum Ergebnis, dass das Verlangen nach einem festen, geschlossenen Weltbild selbst der Kern des Problems ist. Als Konsequenz fordert er eine Änderung der Grundhaltung: „Weniger Welt-Anschauung und mehr Welt-Anhörung!“

Ausgehend von Hans Jonas „Prinzip Verantwortung“ entwirft er die Grundlagen einer ökologisch orientierten Ethik. Eine Grundforderung Padrutts: Umdenken. In Anlehnung an Martin Heidegger betrachtet er Denken als Wanderschaft, als Unterwegs-Sein. Umdenken ist dann eine scharfe Kurve, eine Kehre, „weg von der verzweifelten, kurzsichtigen Hybris des perspektivisch objektivierenden Subjekts hin zur schmerzlicher-mutig-gelassenen zuvor-kommenden Zurückhaltung“.

Die hätte dann aber gewaltige Änderungen des Handelns zur Folge. Und das ist notwendig, denn „es ist nicht, wie manche Optimisten uns weismachen wollen, fünf vor zwölf, die Sturzfahrt längst im Gange, und unsere erste Frage hätte nicht die zu sein, was wir in dieser Lage anzufangen hätten, sondern die: womit

wir sofort aufzuhören hätten, auf der Stelle und um beinahe jeden Preis“.

Die Voraussetzung für Umdenken ist Denken: Nachdenken über die eigene Existenz und die Existenz der Welt. Die entscheidende Frage lautet: „Warum existiert überhaupt etwas und ist nicht nichts?“ Darauf gibt es zwar keine Antwort, doch sie



führt weiter zu einer anderen Frage: „Soll denn überhaupt etwas sein oder wäre es nicht besser, wenn nichts wäre?“ Und die lässt sich durchaus beantworten. Allerdings muss das jeder für sich selbst tun. Die bewusste Antwort jedoch verändert das Leben radikal. Der „Schrecken des Abgrundes“ verwandelt sich bei einem Ja in das „Wunder aller Wunder“. Aus der existenziellen Entscheidung, dass etwas sein solle und nicht nichts, erwächst die Liebe zum Leben, zur Welt und der Widerstand gegen ihre Zerstörung.

Trotz tiefeschürfender philosophischer Überlegungen handelt es sich hier vor allem um ein sehr poetisches Buch. Auch die Musik spielt eine wichtige Rolle: Franz Schuberts „Winterreise“ widmet Padrutt ein langes Kapitel. Sein Fazit am Ende des Buchs: „Die Wegkehre, die Revolution der Gesinnungen und Vorstellungsarten, wäre auch Einkehr, Heimkehr und Wiederkehr: die Einkehr des Menschen in die zuvorkommende Zurückhaltung des verantwortlichen Da-seins, die Heimkehr aus der Fremde des epochalen Winters in eine neue Wohngemeinschaft unter dem Himmel auf der Erde und die Wiederkehr der Stille.“ ■

Weitere Rückblicke auf kulturkritische Bücher der 1980er-Jahre erscheinen in der nächsten ÖkologiePolitik.

Interview mit Günther Hartmann

„Informieren, aufklären und Denkanstöße geben“

Normalerweise stellt immer die ÖkologiePolitik die Fragen. In der 150. Ausgabe ist es einmal umgekehrt. Die beiden Münchener ÖDP-Mitglieder Paul Holmes und Johannes Grössl befragten Günther Hartmann, seit 2006 Verantwortlicher Redakteur, über das ÖDP-Journal und dessen Rolle in der Medienlandschaft und für die Partei.

Herr Hartmann, wie sind Sie eigentlich Chefredakteur der ÖkologiePolitik geworden?

Es begann damit, dass ich im Sommerurlaub 2004 meinen ersten längeren Artikel schrieb, der dann Februar 2005 in der ÖkologiePolitik 124 erschien. Raphael Mankau, damals Chefredakteur, fragte mich bei der Gelegenheit, ob ich nicht in der Redaktion mitarbeiten und ein paar Rubriken übernehmen will. Das wollte ich und als er ein Jahr später den Chefredakteursposten wegen beruflicher Überlastung abgeben wollte, fragte er, ob er mich dem Bundesvorstand als Nachfolger vorschlagen darf. Ich hatte ein Wochenende Bedenkzeit, telefonierte mit Florence von Bodisco, die auch Redaktionsmitglied war, und wir kamen schnell zu der Lösung, uns die Aufgabe zu teilen. Da sie als Pressesprecherin eh viel mit den Parteigremien zu tun hat, lag es nahe, dass sie die parteiinternen Rubriken betreut und ich mich vor allem um die langen Artikel

Brückner zaubert ein gelungenes Layout. – Der andere und natürlich wesentlich wichtigere Aspekt ist der inhaltliche: Das Heft soll wichtige Informationen liefern,

auch die innerparteiliche Diskussion anregen und bereichern. Unser Grundgesetz nennt die Parteien ja ausdrücklich „Träger der politischen Willensbildung“



Paul Holmes (Mitte) und Johannes Grössl (rechts) interviewten Günther Hartmann (links) über das Selbstverständnis der ÖkologiePolitik.

über Zusammenhänge aufklären und Denkanstöße geben. Da gilt es, interessante und kompetente Autoren zu finden, die noch dazu

Die Stärke einer Demokratie ist ja gerade die offene Diskussionskultur. Die macht sie autoritären Gesellschaftsformen überlegen.

Warum braucht denn die ÖDP eine eigene Zeitschrift?

Zum einen gilt es, die Parteimitglieder regelmäßig über interne Vorgänge zu informieren. Zum anderen ist eine Parteizeitschrift auch so etwas wie ein Aushängeschild, eine Visitenkarte.

bendige, weltoffene Partei, die nicht nur auf der Höhe der Zeit ist, sondern der Zeit sogar voraus. Eine Partei, die mutig und ohne Tabus Probleme analysiert und Lösungswege diskutiert. Eine Partei, die deshalb am ehesten in der Lage ist, entschlossen umzusteuern. – Für ein positives Parteiimage ist mir auch wichtig, neben unseren parteiinternen Autoren immer wieder externe Experten für Artikel und Interviews zu gewinnen, denn das signalisiert: Die ÖDP wird von der Fachwelt ernstgenommen. Sie spielt in einer höheren Liga als die vielen 1-Themen-Parteien.

Mal abgesehen vom Werbeeffekt für die ÖDP – worin unter-

scheidet sich die ÖkologiePolitik von anderen Öko-Zeitschriften?

Das Heft dreht sich nicht nur um Umweltthemen, sondern auch um die politischen Kernthemen. Da spiegelt sich der Unterschied zwischen Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen und politischen Parteien wider: Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen widmen sich nur einzelnen Sachthemen, wäh-

„Eine Parteizeitschrift ist auch so etwas wie ein Aushängeschild, eine Visitenkarte.“

in der Heftmitte kümmern. Der Bundesvorstand stimmte diesem Vorschlag zu und seither machen wir beide das zusammen.

Was sind die größten Herausforderungen beim Erstellen der ÖkologiePolitik?

Zum einen der handwerkliche Aspekt: Unsere PCs sind nicht vernetzt, so dass die Feinabstimmung schwierig ist. Jedes Heft ist immer wieder ein Abenteuer und zwingt bis kurz vor Druckbeginn zur Improvisation. Trotzdem klappt es immer wieder irgendwie und unsere Grafikerin Heike

bereit sind, ohne das sonst übliche Honorar zu veröffentlichen. Die wollen zunächst immer erst ein Heftexemplar sehen. Und wenn sie eins haben, sagen fast alle relativ schnell zu. Das spricht für die ÖDP und für die ÖkologiePolitik. Darauf können wir stolz sein. – Zurück zum inhaltlichen Ziel: Das Heft soll Fakten und vor allem Zusammenhänge transportieren, mit denen sich die Parteimitglieder in den alltäglichen Diskussionen mit Freunden, Arbeits- und Vereinskolegen profilieren können, die aber

„Die ÖDP wird von der Fachwelt ernst genommen. Sie spielt in einer höheren Liga als die vielen 1-Themen-Parteien.“

Sie zeigt, dass die ÖDP keine verschrobene, weltfremde Hinterzimmerpartei ist – ein Verdacht, der auf nicht-etablierte Parteien fast zwangsläufig fällt und weit verbreitet ist –, sondern eine le-

rend von einer politischen Partei wesentlich mehr erwartet wird: idealerweise ein Menschen- und Gesellschaftsbild, den das liegt bewusst oder unbewusst politischen Entscheidungen zugrunde.

Deshalb befasste sich die ÖkologiePolitik z.B. auch einmal mit Religion. Und Dauerthemen sind Familienpolitik, Bildungspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie – leider etwas zu selten – Kommunalpolitik. Dieses Spektrum findet sich in anderen Öko-Zeitschriften sicher nicht, wäre aber auch da sinnvoll, denn wenn man genau hinsieht, hängen unsere Probleme natürlich alle irgendwie zusammen und lassen sich nur ganzheitlich lösen.

Und worin besteht der Unterschied zu den Politikteilen der Tageszeitungen, Wochenzeitschriften und Zeitschriften?

Als Vierteljahreszeitschrift müssen wir uns nicht um die Tagesaktualitäten kümmern, sondern können uns ganz auf Hintergründe und Zusammenhänge wirklich wichtiger Themengebiete konzentrieren. Das Gespür dafür geht ja immer mehr verloren. Das Problem unserer demokratischen Gesellschaft ist nicht die Informationsunterdrückung, sondern die Informationsüberflutung. Die tägliche Bombardie-

heterogen Querschnitt durch die Bevölkerung dar: durch alle Altersgruppen und Berufe. Das macht es einem Redakteur schwierig. Ein betont zielgruppenorientierter Stil, der heute bei fast allen Zeitschriften üblich ist, lässt sich so nicht entwickeln. Ich bin bestrebt, alle Texte möglichst verständlich zu halten. Ein Redakteur ist ja vor allem auch ein „Übersetzer“. Er muss einen oft schwer verständlichen Fachjargon, der allen Expertentexten mehr oder weniger innewohnt, weil jede Fachdisziplin in ihrer eigenen Begriffswelt lebt, „entschärfen“ und auf ein umgangssprachliches Niveau bringen. Ich bemühe mich immer um gute Lesbarkeit, um niemanden zu überfordern – zumindest nicht sprachlich. Inhaltlich ist es aber natürlich so, dass sich komplexe Sachverhalte nicht beliebig vereinfachen lassen. Die „große Vereinfachung“ ist ja auch eher das Kennzeichen extremistischer Gruppen. Für die Freunde schlichter Weltbilder ist die ÖkologiePolitik eher nicht kon-

unangenehm mehr sehen zu müssen, sondern im Gegenteil: dass man beide Augen weit aufmacht. Das ist anstrengend, aber notwendig, wenn man nachhaltige Lösungen finden will.

Die ÖkologiePolitik wird zum größten Teil von den ÖDP-Mitgliedern finanziert. Wie sieht es da mit der inhaltlichen Unabhängigkeit aus?

Die ÖkologiePolitik wird zu 100 % von den Parteimitgliedern finanziert. Es gab zwar immer wieder Versuche, Anzeigenkunden zu akquirieren, aber die wa-

Beides. In den parteiinternen Hefteilen ist sie ein berichtendes Organ. Im Mittelteil in den langen Artikeln und Interviews gibt sie auch Denkanstöße. Die sind in einer demokratischen Partei wichtig, damit sie nicht erstarrt, sondern lebendig bleibt und sich weiterentwickelt. Parteiprogramme sind ja nichts für die Ewigkeit Geschriebenes, sondern ein Provisorium, das ständig auf seine Richtigkeit überprüft und einer sich verändernden Welt mit immer wieder neu angepasst werden muss. Denken Sie nur an

„Als Vierteljahreszeitschrift müssen wir uns nicht um die Tagesaktualitäten kümmern“.

„Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen widmen sich nur einzelnen Sachthemen, während von einer Partei wesentlich mehr erwartet wird“.

rung mit Neuigkeiten schwächt das Unterscheidungsvermögen. Die Medienkonsumenten verlieren die Orientierung und verlieren sich im Detail. Die ÖkologiePolitik verfolgt da eine fast schon eine gegenteilige Informationsstrategie, die man mit der eines Beleuchters bei einem Theaterstück vergleichen könnten: Die grelle Überfülle an Tagesaktualitäten wird durch „Abdunkeln“ ausgeblendet, damit sich die Aufmerksamkeit ganz auf das Wichtige konzentrieren kann. Wir leuchten nicht den ganzen „Informationsraum“ gleichmäßig aus, sondern richten unsere „Scheinwerfer“ gezielt auf einzelne Themen und rücken diese so in den Mittelpunkt der Wahrnehmung.

Wie setzt sich die Leserschaft der ÖkologiePolitik zusammen? Und wie reagieren Sie darauf?

Die Leserschaft, das sind natürlich in erster Linie die Parteimitglieder. Die stellen einen sehr

zipt. Sowohl das alte Links-Rechts-Schema aus der Zeit des Kalten Kriegs als auch eine Schwarz-Weiß-Malerei à la George W. Bush, der die Welt plump in Good Guys und Bad Guys einteilte, werden der Komplexität unserer heutigen Welt nicht gerecht. Die ÖDP ist ja nicht umsonst einmal mit dem Slogan „Nicht links, nicht rechts, sondern vorn“ angetreten. Den darf man nicht so verstehen, dass man sowohl das linke als auch auf das rechte Auge schließt, um nichts

ren nicht besonders erfolgreich. Die meisten Unternehmen – auch im Umweltbereich – schrecken vor einer Parteizeitung zurück und wollen „parteilich neutral“ bleiben, was immer das auch heißen mag. Inhaltlich sind wir so aber ganz unabhängig und müssen keinen Gefälligkeitsjournalismus betreiben, wie er heute leider fast schon üblich ist. In der ÖkologiePolitik 136 veröffentlichte dazu übrigens Uwe Krüger einen tollen Artikel. – Gegenüber der Partei selbst besteht natürlich eine „Abhängigkeit“, aber die ist für mich kein Problem, da ich ja selbst seit 13 Jahren in der Partei aktiv bin. Ich empfinde es sogar als äußerst angenehm, in politischen Fragen nicht „neutral“ bleiben zu müssen wie die Journalisten der großen Zeitungen und Zeitschriften, sondern klar Stellung beziehen zu können und zu signalisieren, wie Politik auszusehen hat und welche Partei ich für die beste halte.

Will die ÖkologiePolitik Einfluss auf das Parteiprogramm ausüben oder versteht sie sich als berichtendes Organ?

den Klimawandel und die CO₂-Thematik. Oder an die Finanzkrise. Da müssen wir schlüssige Antworten suchen und finden, die die Menschen überzeugen und vielleicht sogar begeistern. Da sollten sich auch die Kreisverbände ihre Gedanken machen, denn die wählen ja die Parteitage delegierten, die über die Weiterentwicklung unserer Programme abstimmen.

Wer zahlt eigentlich freiwillig 2,30 Euro für eine Zeitung, die im Internet gratis erhältlich ist?

Es gibt immer wieder Interessenten, die irgendwo an Infoständen oder auf Veranstaltungen ein Exemplar der ÖkologiePolitik in die Hand bekommen, gut finden, mehr davon lesen möchten und sie abonnieren. – Grundsätzlich vermute ich, dass das Internet ein gedrucktes Heft nicht vollwertig ersetzen kann. Der Vorteil eines Hefts besteht ja gerade darin, dass es sich z.B. während längerer Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln entspannt lesen lässt, dort, wo man Zeit, aber keinen PC zur Verfügung hat. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigten außerdem, dass das Lesen an Computerbildschirmen um ein Vielfaches anstrengender ist als das Lesen von Gedrucktem. Man ermüdet schneller, wird schneller unkonzentriert und verliert die Lust am Lesen.

Wie stehen Sie zu den Social Media?

Mir persönlich fehlt leider etwas die Zeit, mich da intensiv einzuarbeiten. Aber grundsätz-

VERANSTALTUNGSTIPP

Dienstag, 13. September 2011, 19:30 – 21:30 Uhr

Johannes Grössl: Christliches Menschenbild, Aufklärung und Humanismus – worauf basieren die Werte unserer Gesellschaft?

Hansa-Haus, Briener Straße 39 (Rückgebäude), 80333 München
Kontakt: www.oedp-muenchen.de

lich stehe ich dem völlig offen gegenüber. Welches Gewicht das Web 2.0, Facebook und Twitter in der Partearbeit künftig haben werden, entscheidet letztlich das Nutzerverhalten. Und das ändert

Wollen Sie in der Ökologie-Politik auch einen ökologischen Lebensstil propagieren?

Eher nicht, denn das ist sehr problematisch. Es gibt ja nicht nur einen einzigen ökologischen

Baustoffs Holz statt einer negativen plötzlich eine positive CO₂-Bilanz aufweist. – Der private Lebensstil ist aber für das Lösen unserer ökologischen Probleme nicht der entscheidende An-

die Kräfte zu bündeln. Was halten Sie vom Gedanken an eine Fusion mit den B90/Grünen?

Überhaupt nichts. Im Gegenteil. Es gibt nicht nur einen Weg in eine ökologische Gesellschaft, sondern mehrere. Und je intensiver die Diskussion um den richtigen Weg geführt wird, desto mehr wird sie von der Öffentlichkeit wahrgenommen und desto mehr Selbstverständlichkeit erhält das Ziel. Ideal wäre, wenn immer eine ökologische Partei in der Regierung und eine ökologische Partei in der parlamentarischen Opposition wäre – und dabei natürlich die ÖDP in der Regierung.

Herr Hartmann, wir bedanken uns für dieses Gespräch.



Nach einer Stunde intensiver Befragung gingen die Drei zum gemütlichen Teil des Abends über und widmeten sich südländischen Rotweinen.

sich. Schon vor rund 10 Jahren wurden ja erste ÖDP-Internetforen eingerichtet, fanden damals aber noch nicht so großen Zuspruch und wurden wieder geschlossen. Aber das war auch eine andere Zeit. Web 2.0 hat

Lebensstil, sondern viele verschiedene. Der jeweilige Lebensstil – ob ökologisch oder nicht-ökologisch – hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab: von den finanziellen Möglichkeiten, von der Milieuzugehörigkeit,

satz. Die ökologische Frage ist vor allem eine systemische Frage. Der private Lebensstil kann nur den Abschluss eines sinnvollen Lösungskonzepts bilden, nicht aber den Anfang. In einer so komplexen Welt wie unserer heutigen müssen zunächst einmal die Rahmenbedingungen stimmen, sonst laufen alle privaten Bemühungen ins Leere. Unsere Marktwirtschaft besteht aus einem sich selbst regulierenden Geflecht an Regelkreisen. Privater Verzicht kann durchaus dazu führen, dass sich Angebot und Preise so verändern, dass der Gesamtverbrauch konstant bleibt oder sich sogar erhöht. Diese Erkenntnis ist natürlich ein Schlag ins Gesicht für jeden, der sich um einen ökologischen Lebensstil bemüht und dafür Opfer bringt. Sie zeigt aber auch deutlich: Wer

Paul Holmes

Jahrgang 1956, ist in England geboren und aufgewachsen. Er studierte Philosophie und Germanistik in Oxford und anschließend Bauingenieurwesen in Leicester. Seit 1992 lebt und arbeitet er in München. In die ÖDP trat er im Jahr 2000 ein und war Vorstandsmitglied im Kreisverband München-Mitte und im Landesverband Bayern. Seit 2006 ist er Mitglied des Bundesschiedsgerichts.
Kontakt: paul.holmes@gmx.de

Johannes Grössl

Jahrgang 1985, studierte Philosophie und Katholische Theologie. Zur Zeit promoviert er in Theologie und arbeitet nebenher als Computerdienstleister. Auf seiner Website veröffentlicht er Artikel über Themen aus Ethik, Metaphysik, Naturphilosophie, Wissenschaftstheorie und Theologie. In die ÖDP trat er 2005 ein und ist seither Vorstandsmitglied im Bezirksverband München.
Kontakt: www.johannes-groessler.de

Günther Hartmann

Jahrgang 1965, studierte Architektur, war dann zunächst 4 Jahre in Architektur- und Stadtplanungsbüros tätig, danach 4 Jahre in der IT-Branche und 5 Jahre im Stadtmarketing. Seit 3 Jahren ist er Redakteur bei einem Unternehmermagazin. In die ÖDP trat er 1998 ein und war Vorstandsmitglied im Kreisverband München-Mitte. Seit 2006 ist er Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.
Kontakt: www.guenther-hartmann.de

„Das Problem unserer Gesellschaft ist nicht die Informationsunterdrückung, sondern die Informationsüberflutung.“

heute eine ganz andere Selbstverständlichkeit als noch vor ein paar Jahren. Das ist auch eine Frage des Alters. Die jüngeren Generationen haben da einen ganz anderen Zugang als ältere Generationen. Von daher ist es sinnvoll, traditionelle und neue Kommunikationsformen parallel laufen zu lassen. Mit der Zeit wird sich die Nutzungsintensität langsam aber stetig verschieben. Es wird aber immer auch Mitglieder geben, die die neuen Kommunikationsformen nicht nutzen. Und auch viele Wähler.

Wann kommt das erste iPad-App der ÖkologiePolitik heraus?

Keine Ahnung. Das ist ja vor allem eine Kostenfrage und deshalb muss das der Bundesvorstand diskutieren und entscheiden. Aber vielen Dank für die Anregung. Das werden wir gleich in unsere Leserbefragung aufnehmen.

von der Persönlichkeitsstruktur und vielem anderen. Und es gehört zu den Kennzeichen freier Gesellschaften, dass jeder seinen Lebensstil selbst wählen darf. Was natürlich nicht heißt, dass jeder Lebensstil gleich gut ist. Es braucht objektive Kriterien, innerhalb derer verschiedene ökologische Lebensstile mög-

„Ich empfinde es als äußerst angenehm, nicht ‚neutral‘ bleiben zu müssen wie die Journalisten der großen Zeitungen.“

lich sind, z.B. den persönlichen CO₂-Verbrauch. Da kann dann jeder selbst entscheiden, wie er den verwirklicht: Ob er z.B. auf Flugreisen verzichtet, oder aufs Autofahren, oder auf Fleischkonsum, ob er sein Wohnhaus energetisch modernisiert oder gar durch die Verwendung des

einen ökologischen Wandel will, hat keine Alternative zum politischen Engagement. Nur durch eine entsprechende Politik lassen sich die Rahmenbedingungen so verändern, dass sich der Lauf der Dinge entscheidend korrigiert.

Da stellt sich dann natürlich die Frage, ob es nicht besser wäre,

Journalismus in der Beschleunigungsfalle

Das Wettrennen im Hamsterrad

Noch nie konnten Journalisten die Menschen so schnell informieren – aber noch nie hatten sie so wenig Zeit, um Journalismus zu machen. Paradoxien und Gefahren des medialen Beschleunigungstrips.

von Uwe Krüger

Das Velodrom in Berlin-Friedrichshain, Mai 2009: Die Grünen halten ihren Wahlprogramm-Parteitag ab und sind nervös. Wie werden sie in der Berichterstattung wegkommen? Die Medienvertreter bekommen die Redetexte zum Anfang der Rede zugemailt. Jeder zweite Grüne hängt über seinem Blackberry oder i-Phone, um zu schauen, welche Zitate die Agentur aus der Rede herausgepickt hat, die vorne gerade gehalten wird. Diese Neugier überlastet das W-Lan-Netz im Velodrom; nervöse Journalisten schimpfen, dass sie keinen Kontakt mit ihren Redaktionen bekommen, die ihre Texte ins Netz stellen wollen.

Kurz nach Parteitagbeginn brechen die ersten Online-Analysen über die Grünen herein: Es habe einen Linksrutsch gegeben. Nicht wenige wundern sich. Manche vom linken Flügel nehmen es dankbar auf und verkünden ihren Sieg, andere Linke sind nervös, weil sie befürchten, dass ab jetzt alle Journalisten nur noch mit Realos sprechen wollen.

„Ein ordentliches Gespräch war kaum möglich“, bilanziert die Taz-Korrespondentin Ulrike Winkelmann am Montag darauf in ihrem Blatt und merkt an: „Sollte allerdings die Geschwindigkeit, in der die Berichterstattung über Parteitage zum Teil der Parteitage wird, noch zunehmen, könnte man sie auch gleich als Blog ins Internet verlegen.“ (Taz 11.05.2009). Von Kollegen bekommt sie Beifall: Viele haben das Gefühl, dass das Tempo ungesund geworden ist.

Nun ist ein langsamer Journalismus per definitionem undenkbar. Nachrichten wurden schon immer so schnell übermittelt, wie es technisch möglich war. Aber infolge der digitalen Revolution haben Geschwindigkeiten im Mediensystem derart

zugenommen, dass Journalisten immer öfter an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen – und dass sich Berichte zeitlich derart mit dem Ereignis überlappen, dass sie zu Schnellschüssen ohne Kontext und Reflexion verkommen.

Verdichtung und Vermehrung der Aufgaben

Beschleunigungsprozesse im Journalismus sind nicht nur dort zu finden, wo die Zeit zwischen dem Ereignis und der Veröffentlichung des Berichtes darüber geschrumpft ist; sie verstecken sich auch an vielen anderen Stellen journalistischer Tätigkeit. Wie der Medienwissenschaftler Kay Kirchmann dargelegt hat, ist Beschleunigung nichts anderes als die Verdichtung von Ereignissen

Infolge der digitalen Revolution haben Geschwindigkeiten im Mediensystem derart zugenommen, dass Journalisten immer öfter an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen.

innerhalb einer Zeitspanne: gefahrene Kilometer pro Stunde genauso wie gelesene E-Mails pro Tag oder Kameraeinstellungen und Schnitte innerhalb einer Fernsehsendung. Blickt man mit dieser Brille auf die Entwicklungen der letzten Jahre: An welchen Stellen hat sich Journalismus beschleunigt – und welche Auswirkungen hat das?

„Als ich Anfang der 80er Jahre meine erste Hospitanz bei der Welt hatte, schrieben die Redakteure ihre Artikel noch auf der Schreibmaschine oder diktieren sie der Sekretärin“, erinnert sich Daniel Jahn, Jahrgang 1961, heute Chefredakteur der Nachrichtenagentur AFP in Deutschland. Seitdem haben der Computer, das

Internet, redaktionelle Umorganisationen und Stellenabbau die Aufgaben eines Printredakteurs deutlich erweitert; heute kümmert er sich im selben Zeitrahmen auch ums Seitenlayout und andere administrative Aufgaben und schreibt ein Zusatzstück für die Online-Ausgabe. Dass Redakteure auf Terminen gleich noch Fotos schießen oder Webfilmchen drehen, ist bei vielen Blättern inzwischen Standard.

Hinzu kommt die Informationsflut, die auf die Journalisten einströmt. Ein Redakteur bekommt im Durchschnitt täglich 80 Presseinformationen per Mail, 11 per Fax und 9 per Brief, hat eine Umfrage des Journalistenzentrums Wirtschaft und Verwaltung zusammen mit der Universität Dortmund ergeben, die

2007 unter Journalisten in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde. Redaktionell verwertet werden können nur die wenigsten, aber die meisten Befragten benötigen für das Aussortieren ein bis zwei Stunden.

Auch die Anzahl der Agenturmeldungen ist drastisch gestiegen. Die größte deutsche Nachrichtenagentur DPA hat vor 20 Jahren täglich 120 Meldungen an ihre Abonnenten – vor allem Zeitungsredaktionen – verschickt, mittlerweile sind es mehr als 600 (so der ehemalige Chefredakteur Wilm Herlyn in der Süddeutschen Zeitung vom 11.02.2009). Hinzu kommt die Beobachtung der Konkurrenz und anderer Quellen, wie etwa Twitter.

Die Folge: 25 Prozent der Journalisten leiden unter der Informationsflut, so ein Ergebnis des Medien-Trendmonitors der DPA-Tochter News aktuell, für das im Januar 2009 rund 2.300 Journalisten befragt wurden. 33,8 Prozent gaben an, überlastet zu sein, und 49,7 Prozent registrierten eine Verdichtung der Aufgaben infolge der Medienkrise.

Das Knackigste sofort an die Agentur

Was bedeutet das konkret, etwa für einen leitenden Redakteur einer Regionalzeitung? Olaf Majer ist stellvertretender Politikchef der Leipziger Volkszeitung. Wenn er um 9:30 Uhr ins Büro kommt, findet er 40 bis 60 Mails in seinem Postfach; im Laufe des Arbeitstages summieren sie sich auf 200. „Die Hälfte kann man gleich aussortieren“, sagt er. „Aber die Angst ist auch da, Nachrichten, Einladungen oder gute Texte von freien Autoren zu übersehen. Wir haben schon Spam-Filter vorschaltet, aber allzu fein dürfen sie ja auch nicht sein.“

Wenn Majer ein Telefoninterview geführt hat, schreibt er es nicht mehr wie vor einigen Jahren in Ruhe herunter und passt es ins Layout ein. Er macht zuerst eine Agenturmeldung mit dem knackigsten Statement fertig und stellt ein Häppchen auf der Website seiner Zeitung online, damit die Leute auf die morgige Zeitung neugierig werden. „Das ist keine große Mehrarbeit, aber es ist schon der Druck da, eine richtige News zu produzieren und sofort in verschiedene Vertriebskanäle zu bringen.“

Der „Agenturdruck“ habe seit etwa 2007 zugenommen, so Majer. „Früher hat man seine Zeitung gemacht und darauf vertraut, dass die Agenturleute am nächsten Morgen die Zeitung gründlich durchschauen, das agenturfähige Material selbst finden und eine Meldung daraus machen. Aber inzwischen ist erstens bei den Agenturen die Personaldecke auch dünner geworden, da rutscht sicher auch mal eine Zeitungsmeldung durch. Und zweitens schläft die Konkurrenz ja auch nicht.“

PR-Studien haben leichtes Spiel

Nicht nur die Gefahr von Falschmeldungen wächst mit dem Ak-

tualitätsdruck, auch die Gefahr, auf PR hereinzufallen. Denn das tägliche „Nachrichtenloch“ will gefüllt werden, und so finden etwa Studien und Umfragen den Weg ins Medium, bevor jemand deren Methodik und Auftraggeber überprüft hat.

So deckte etwa die Initiative LobbyControl auf, wie die dubiose Denkfabrik Berlinpolis GmbH im Auftrag der Deutschen Bahn für deren Teilprivatisierung geworben hatte. Ein beliebtes Mittel dazu waren Forsa-Umfragen, zum Beispiel eine, die gezielt nach den Vorteilen einer Privatisierung fragte, aber nicht nach deren Nachteilen. Auf Spiegel Online hieß das dann „Deutsche hoffen auf besseren Service“ (22.05.2007). Bei Bloggern hieß das nach der Aufdeckung durch LobbyControl zwei Jahre später: „Das Gequatsche vom Qualitätsjournalismus klingt angesichts solcher PR-Durchlauferhitzerei wie blanker Hohn!“

Nun weiß man es hinterher immer besser, und tatsächlich konnte man die genauen Verbindungen zwischen Berlinpolis und Bahn 2007 nicht kennen. Doch dass Berlinpolis eine sichtbare Nähe zur Bahn aufwies, konnte man damals schon durch Internet- und Archivrecherche von früheren Berlinpolis-Aktivitäten herausfinden.

Einer, der das damals gemacht hat, ist Jan Eggers vom Hessischen Rundfunk. Als eine

Forsa-Umfrage von Berlinpolis via Nachrichtenagentur in seine HR-Info-Redaktion hereinflatterte, laut der die Deutschen den Lokführerstreik allmählich satt hätten, wunderte er sich. Denn wenige Stunden vorher hatte der ARD-Deutschlandtrend das Gegenteil behauptet, nämlich dass

Nicht nur die Gefahr von Falschmeldungen wächst mit dem Aktualitätsdruck, auch die Gefahr, auf PR hereinzufallen.

die Deutschen mehrheitlich Verständnis für den Streik hätten. „Ich verglich die beiden Umfragen und ihre Vorgehensweise. Zeitaufwand: etwa eine Stunde“, erzählt Eggers. „Dann interviewte ich die beiden Verantwortlichen und machte einen Radiobeitrag über die Frage, wie zwei Umfragen zum selben Thema zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen können.“

Er schränkt allerdings ein: „Die Zeit, die ich an diesem Morgen dafür hatte, war seltener Luxus.“ Der Alltag sehe so aus, dass man „den Agenturmeldungen hilflos ausgeliefert“ sei. Auch wenn man als Redakteur wisse, dass solche Umfragen selten frei von Interessen entstanden sind, „steht man vor der Frage: Copy and paste? Oder investiert man zwei, drei Stunden in eine Recherche, die vielleicht einen

Mehrwert bringt, vielleicht aber auch überhaupt kein Resultat?“

„Aufgeregter und weniger gründlich“

Tiefenrecherche braucht Zeit, und Beschleunigung zieht also Verflachung nach sich. Ist das tatsächlich so? „Der Zusammen-

hang scheint evident zu sein, aber es ist schwer, das empirisch zu untersuchen“, gibt Siegfried Weischenberg zu, Journalistik-Professor in Hamburg. Er hat in zwei aufwendigen Repräsentativbefragungen herausgefunden, dass sich zwischen 1993 und 2005 die tägliche Recherchezeit deutscher Journalisten verringert hat.

Weischenberg beobachtet seit längerem ein typisches Muster von Berichterstattung über einen Konflikt. „Man fragt beim Kritiker die Kritikpunkte ab, später macht man ein Interview mit dem Angegriffenen, in dem er auf die Vorwürfe antwortet. Aber es wird nicht recherchiert, was wirklich an den Vorwürfen dran ist.“ So werde ein Thema oft in viele kleine Stücke zerhackt, um das Feuer am Köcheln zu halten und immer wieder nachlegen zu können. „Der Orientierung dient das wenig.“ Diese Situation sei nicht neu, so Weischenberg, „aber sie verschärft sich.“

Er liegt damit auf einer Linie mit Wilm Herlyn, dem ehemaligen DPA-Chefredakteur. Der antwortete auf die Frage, wie sich der Journalismus in seinen 18 Jahren an der DPA-Spitze verändert habe: „Er ist aufgeregter geworden, weniger gründlich. Als ich jung war, war die Zeitung jeden Tag ein Strauß voller Überraschungen. Das ist heute nicht mehr so, oft gehen Geschichten zu schnell, zu schmutzig ins Blatt.“ (Süddeutsche Zeitung vom 11.02.2009)

Die Faszination der Möglichkeiten

Aktualität ist nichts Schlechtes, sondern „eine edle journalistische Tugend“ (so Spiegel-Chefredakteur Georg Mascolo auf

der Jahrestagung des Netzwerks Recherche 2009). Problematisch wird es, wenn sie zum Selbstzweck wird und wenn Nachrichten vor allem deshalb schnell übermittelt werden, weil es die technischen Möglichkeiten dazu gibt und die Macher der Faszination ihres Mediums erliegen.

Schon mit der Einführung des Telegrafen gab es diese Kritik. 1866 klagte der Medienkritiker Heinrich Wuttke über Null-Nachrichten, die es nur aufgrund des Telegrafen gebe. Wenn der Chefredakteur des Hamburger Abendblatts für seine Online-Redaktion die Vorgabe setzt, alle 30 Minuten zwischen 9 und 17 Uhr einen neuen Aufmacher zu bringen, so geht das in die gleiche Richtung: Wir melden nicht, wenn es etwas Wichtiges gibt; wir melden irgendetwas.

Beschleunigt bis zum „Live“

Aktualität ist steigerbar bis zu einer Grenze: der Echtzeit-Berichterstattung. Es ist ein Symptom der beschleunigenden Medienwelt, dass Fernsehsender immer öfter zu einem Reporter am Ort des Geschehens schalten. Das Versprechen des Dabeiseinschwingt mit, das Versprechen der Authentizität und der absoluten Information. Doch eine Live-Schalte ist allzu oft ein ungedeckter Scheck. „Wer ein Ereignis beschreiben und bewerten muss, während es noch stattfindet, der hat kaum eine faire Chance, dieses Ereignis in Zusammenhänge einzuordnen oder Hintergründe deutlich zu machen“, sagte der Ex-NDR-Moderator Hermann Schreiber bereits 1994.

Im besten Fall hat der Reporter Erfahrung und Hintergrundwissen und kann den Mangel an Reflexionszeit mehr oder weniger abfangen. Im schlimmsten Fall gehen Aktualitätswahn und Deprofessionalisierung Hand in Hand; so wie bei jener überforderten Jungreporterin, die von RTL kurz nach dem Amoklauf von Winnenden an den Ort des Geschehens geschickt wurde: „Es ist kaum zu beschreiben, was hier vor Ort gerade abgeht. (...) Es ist Wahnsinn, hier blinken die Lichter um uns herum. (...) Es ist Wahnsinn, alles ist abgesperrt. Es heißt sogar, dass der Täter hier vor Ort noch um sich springen könnte. (...) Eine solche Größen-



Es gibt auch Gegenbewegungen. Das Slow Media Institut verfasste ein kritisches Manifest und propagiert einen anderen, besseren Journalismus: „Analog zu Slow Food geht es bei Slow Media nicht um schnelle Konsumierbarkeit, sondern um Aufmerksamkeit bei der Wahl der Zutaten und um Konzentration in der Zubereitung.“ – www.slow-media.net/manifest

ordnung, es ist unfassbar. (...) Wir bleiben weiterhin dabei.“ (RTL Punkt 12, 11.03.2009)

Themenzyklen mit kürzerem Atem

Der verdichtete Takt der Medienproduktion hat noch eine weitere Folge neben der erhöhten Gefahr von Falschmeldungen, PR-Abhängigkeiten und Verflachung: nämlich, dass Informationen schneller verbraucht werden und neue her müssen.

Taz-Parlamentskorrespondentin Ulrike Winkelmann erklärt: „Das Hauptproblem für uns Print-Dinosaurier ist, dass die Onliner unser Material vernichten: die Zitate, die Ideen, die Thesen. Ich muss in der Montagsausgabe ja weitergehen als das, was über den Grünen-

Parteitag am Samstag und am Sonntag schon online stand. Ich kann nicht die 15. sein, die den knalligsten Trittin-Satz noch einmal bringt. Und ich muss mich abgrenzen von den Kollegen, die am Samstag den Sieg beim linken Flügel der Grünen gesehen haben und auch von den Kollegen, die

am Sonntag den Sieg beim Real-Lager vermuten.“

Informationen werden von den neuen Medien förmlich weggeschrieben und sind kurz nach ihrer Veröffentlichung Schnee von gestern – zumindest in den

Augen der professionellen Informationsverarbeiter. Nachrichtenzyklen werden dadurch kürzer. „Themen wie der Amoklauf von Winnenden oder schlimme Erdbeben hätten sich früher länger auf den Titelseiten gehalten“, meint AFP-Chefredakteur Daniel Jahn, und Hans-Jürgen

Komplexität wird auf Linearität reduziert, Zusammenhänge werden ignoriert, Diskurse im Keim erstickt.

Jakobs von sueddeutsche.de ergänzt: „Ein Thema ist heutzutage schneller von allen Seiten beleuchtet, das Empörungspotenzial beim Publikum schneller abgerufen.“ Man geht weiter zum nächsten Aufreger.

Von der „hysterischen Republik“ schrieb der Spiegel schon im Jahr 2000 in einer Titelgeschichte, die die öffentlichen Erregungsmuster einer Woche zwischen einem BSE-Fall in Schleswig-Holstein, Sebnitzer Neonazi-Empörung, der Skandalshow Big Brother und dem Scheitern einer Klimakonferenz in Den Haag nachzeichnete. „Was ist richtig und was falsch? Was wichtig und unwichtig?“, fragte der Spiegel und beobachtete ein „Täumeln zwischen Hysterie und Gleichgültigkeit“.

Damals, mitten in der digitalen Revolution und in der Entstehung der neuen Medienwelt, konnte man den Anstieg des nachrichtlichen Adrenalinpegels noch registrieren, sich darüber sorgen und es zu einer Spiegel-Geschichte verarbeiten – weil es neu war, aktuell. Heute ist der schnelle Wechsel der Sensationen – und damit ihre Entwertung – vertraut und normal; seinerseits keine Erregung mehr wert.

Doch kann eine hyperventilierende Gesellschaft, die der Diskussion ihrer Probleme immer weniger Zeit einräumt, diese Probleme noch lösen – zumal diese immer komplexer werden? Oder verfängt sie sich in rasendem Stillstand?

„Die durchboulevardisierte Gesellschaft ist eine Gesellschaft in Zeitnot: Sie wird durch gewollte Impulsüberflutung am Raisonement gehindert“, konstatierte der Zeit-Autor Christian Schüle auf dem Mainzer Medien-Disput im Dezember 2008.

Auch Qualitätsmedien würden zunehmend in diesen Sog geraten: „Der Seichtigkeitsdruck wächst, und die Hochkultur reagiert: Lange Texte werden kurz, unbequeme Sendungen gestutzt, Bilder vergrößert, Komplexität auf Linearität reduziert, Zusammenhänge ignoriert, Diskurse im Keim erstickt.“ Und: „Politische Sprache ist nurmehr eine Semantik der Soundbites, deren Sinn darin besteht, wahrgenommen zu werden, aber keineswegs verstanden sein zu müssen.“

Dabei läuft der sich selbst antreibende Journalismus Gefahr, sich von einem großen Teil seines Publikums abzukoppeln: nämlich dem, der nicht den ganzen Tag über Informationen konsumiert, sondern abends die Tagesschau sieht und morgens die Zeitung liest.

„Medien und Bürger bewegen sich in zwei verschiedenen Geschwindigkeiten“, sagt etwa Tissy Bruns, Chefkorrespondentin des Berliner Tagesspiegel. Wer einem Beruf nachgehe, Familie, Kinder, Freunde und Hobbys habe, der verfolge die öffentlichen Angelegenheiten anders als professionelle Politikteilnehmer. „Viele Bürger entziehen sich dem öffentlichen Tempo.“ Zudem würden Journalisten, die den ganzen Tag das Meldungsrauschen verfolgen, bestimmte Themen tendenziell überschätzen und andere übersehen. Bruns: „Wer dieses Rauschen nicht hat, hat manchmal den besseren Überblick.“

Zeitmanagement versus Zeitbewusstsein

Einer, der bereits in der Journalistenausbildung besinnungsloser Beschleunigung entgegenwirken will, ist der Dortmunder Journalistik-Professor Claus Eurich. Seit über 15 Jahren führt er Seminare mit dem Titel „Journalismus und Zeiterfahrung“ durch. Dafür zieht er sich mit seinen Studenten, die vorher ein Vierteljahr Zeittagebuch geführt haben, für eine Woche in ein kleines abgelegenes Tagungshaus zurück.

Dann geht es etwa darum, dass Stress in Redaktionen oft hausgemacht ist. Dass sich die Hektik kurz vor Redaktionsschluss institutionalisiert hat, weil sich der Körper an Stress und die damit verbundenen hormonellen Prozesse zu bestimmten Tageszeiten gewöhnt und sie



Die Beschleunigung der Tagesschau

Seit ihrer Einführung im Jahr 1952 dauert die ARD-Tagesschau 15 Minuten. Die Konstanz ihrer Gesamtlänge macht sie zu einem idealen Untersuchungsobjekt für Beschleunigung im Fernsehjournalismus – denn was passierte innerhalb dieser 15 Minuten während der Jahrzehnte?

Die Beiträge wurden kürzer, und ihre Anzahl stieg. Eine Tagesschau im Jahr 1975 brachte im Durchschnitt 12,5 Beiträge mit einer Länge von 73 Sekunden, im Jahr 1995 waren es 14,8 Beiträge á 60 Sekunden. Auch die Schnittfrequenz erhöhte sich: Dauerte 1975 eine Kamera-Einstellung noch durchschnittlich 10,2 Sekunden, waren es 1995 noch 6,6 Sekunden. Im selben Zeitraum sank die Länge von O-Tönen von 25,9 auf 11,9 Sekunden – die Akteure mussten lernen, sich kürzer zu fassen. Dieser Trend

zur Verkürzung von Politiker-„Soundbites“ ist bis heute augenscheinlich weitergegangen.

Die Tagesschau steht damit freilich nicht allein: Einer anderen Studie zufolge, die Fernsehnachrichten generell zwischen 1986 und 1994 untersuchte, stieg die „Präsentationsdynamik“ der Politikberichte insgesamt: schnellere Schnitte, mehr und kürzere O-Töne, mehr Bewegtbilder zu gesprochenen Meldungen.

Nicht vergessen werden darf dabei, dass auch die Zuschauer ihr Fernsehverhalten beschleunigt haben: Die durchschnittliche Verweilzeit bei einem Sender sank in den Jahren 1988 bis 1994 von 27 auf 16 Minuten. Und während man 1995 noch 10 Mal pro Stunde den Kanal wechselte, zappte man 2005 schon 16 Mal. Besonders wechselwillig: die jungen Zuschauer.

nachfragt – um sie gleich wieder mit Kaffee, Zigaretten oder Alkohol zu besänftigen. Und es geht darum, den Umgang mit Zeit nicht zum üblichen Zeitmanagement zu verkürzen.

„Meist wird Zeit nur als knappes Gut gesehen, das zu verwalten und zu verplanen ist. Ich möchte jedoch Zeitbewusstsein vermitteln: Zeit ist nichts Absolutes, sondern ein Produkt der Kultur. Wenn man das verstanden hat, kann man zu einer Form des Zeitmanagements kommen, in der man nicht nur Spielball des Systems ist, sondern ein Stück weit die Regeln selbst aufstellt.“

Begleitet werden die Wissensblöcke des Kurses von Einheiten über Zeit in der Musik und in der Kunst sowie von Elementen aus autogenem Training und Medi-

tation. Eurich will bei seinen Studenten den Sinn für Selbstreflexion und innere Haltung schärfen: „Das ist die Grundvoraussetzung für journalistische Qualität: dass ich mir bewusst bin, wo ich innerhalb des journalistischen Systems stehe, innerhalb meiner Kultur und auch bezogen auf das Ereignis, über das ich berichte. Nur so ist tiefe Wahrnehmung und Verstehen eines Ereignisses oder eines Akteurs möglich.“

Dabei betont Eurich: „Ich bin niemand, der notwendige Beschleunigungsprozesse ablehnt oder Entschleunigung als Pauschalforderung für alle Medien aufstellt. Es gibt Medien, bei denen Beschleunigung im Selbstverständnis liegt.“ Der Medienmarkt werde sich jedoch weiter diversifizieren, und „bei

einem Teil des Publikums wird die Nachfrage nach Tiefenschärfe steigen, je krisenhafter unsere Weltsituation wird.“ Und dann kommt vielleicht auch bei

Journalisten die Ruhe wieder in Mode. ■

Dieser Artikel ist die gekürzte Fassung eines Artikels, der in der Medienfachzeitschrift „Message“ erschien.



Uwe Krüger, Jahrgang 1978, ist freier Journalist und promoviert an der Universität Leipzig. Nach

dem Studium der Journalistik und Politikwissenschaft war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Praktische Journalismusforschung in Leipzig und Redakteur der Medienfachzeitschrift „Message“.

Kontakt: krueger@journalismusforschung.de

Message – Internationale Zeitschrift für Journalismus, 1999 gegründet, wird von Prof. Dr. Michael Haller, Universität Leipzig, herausgegeben und erscheint vierteljährlich. Die Fachzeitschrift informiert über aktuelle Trends, außergewöhnliche Recherchen und journalistische Fehlleistungen.

Kontakt: www.message-online.de



Interview mit Prof. Dr. Hartmut Rosa

„Den Wettbewerb gewinnt nicht unbedingt der Schnellere“

Uwe Krüger: Die Arbeitstage der Journalisten verdichten sich, der Aktualitätsdruck nimmt zu. Wie sind diese Phänomene zu erklären?

Hartmut Rosa: Diese Beschleunigungsphänomene, die den Journalisten zu schaffen machen, sind nur Teil eines umfassenden Beschleunigungsprozesses, der mit Modernisierung generell zu tun hat und seit mehr als 200 Jahren läuft. In der Mitte des 18. Jahrhunderts, in den Anfangszeiten der Industrialisierung, trat plötzlich ein neues Zeitempfinden auf: Die Zeit schien schneller zu vergehen, sie wurde knapp, und die Umwelt veränderte sich spürbar.

Um diese Zeit hat sich auch die Profession des Journalisten herausgebildet.

Ja, der Journalismus ist ein Kind der Beschleunigungs- und Modernisierungsprozesse. Weil sich die Umwelt ständig veränderte, wuchs das Bedürfnis nach Orientierung und Information. Zunächst reichte es, mit der Tageszeitung einmal am Tag ein Update vorzunehmen. Später gab es stündliche Radionachrichten, und heute gibt es Laufbänder bei CNN und N-TV und einen ununter-

brochenen Strom von Online-News.

Die Verkürzung der Nachrichtenintervalle hat ja immer mit neuen technischen Möglichkeiten zu tun. Aber braucht die Welt überhaupt minutliche Updates?

Das Paradoxe ist: Weil man schnelle Nachrichten senden kann, tut man es, und damit wird es nötig, sie zu konsumieren, um auf dem Laufenden zu bleiben. Denn Akteure aus Politik und Wirtschaft müssen auf Nachrichten im Takt der Medien reagieren und schaffen so neue Nachrichten, auf die wieder reagiert werden muss. Schnelle Medien treiben also die Akteure und den Lauf der Geschehnisse an. Da sie aber gleichzeitig gezwungen sind, schnell zu berichten, weil sie sonst einen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren Konkurrenten haben, sind sie nicht nur Antrieber, sondern auch Getriebene.

Beschleunigung im Journalismus wird oft in Verbindung gebracht mit negativen Erscheinungen wie Verflachung und Boulevardisierung. Gibt es Möglichkeiten zur Entschleunigung, ohne gleich die Mechanismen des Wettbewerbs ausschalten zu müssen?

Das Wettbewerbsprinzip ist in der Tat ein zentraler Antrieb des

Beschleunigungsspiels. Leistung ist ja definiert als Arbeit durch Zeit, und die Idee des Wettbewerbs ist, dass derjenige mit der höheren Leistung gewinnt. Das kann der Schnellere sein, also der, der mehr Arbeit in derselben Zeit leistet – in diese Richtung zielen Rationalisierungsprozesse und Arbeitsplatzabbau, auch im Mediensystem. Der Schnellere hat zunächst einmal einen Vorteil. Auf lange Sicht kann aber auch ein anderer den Wettbewerb gewinnen: Wenn alle permanent ganz schnell Meldungen ins Netz stellen, könnte irgendwann eine Webseite gewinnen, die sagt: Wir machen es nicht ganz so schnell, aber solide.

Der Markt wird es richten?

Es gibt Grenzen, jenseits derer weitere Geschwindigkeitssteigerungen keinen Vorteil mehr im Wettbewerb bringen, sondern eher Nachteile. Die Hoffnung auf den Markt ist auf jeden Fall realistischer als freiwillige Selbstbeschränkungen der Branche oder politische Regulierungen – auch wenn ich in Bezug auf die gesamtgesellschaftlichen Beschleunigungsprozesse der Meinung bin, dass wir darüber eine breite Debatte brauchen, die in politisches Handeln mündet.

Leben Journalisten und ihr

Publikum in unterschiedlichen Geschwindigkeiten?

Gut möglich. Auf jeden Fall glaube ich, dass das Bedürfnis des Publikums nach Überblick in der Informationsflut wächst und damit die Filterfunktion der Medien auf lange Sicht wichtiger wird als Schnelligkeit. Deshalb werden auch gute Tages- und Wochenzeitungen nicht verschwinden, denn sie leisten eine Art Stillstellung, sie fixieren das wirklich Wichtige des gestrigen Tages oder der Woche und geben auch demjenigen Orientierung, der schon all die N-TV-Laufbänder und Online-Nachrichten konsumiert hat.



Hartmut Rosa Jahrgang 1965, ist Professor für Soziologie an der Universität Jena und hat zum Thema

„Beschleunigung – Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne“ (Suhrkamp 2005) habilitiert. Er ist außerdem Mitherausgeber des Sammelbandes „High-Speed Society – Social Acceleration, Power and Modernity“ (Penn State Press 2008).

Kontakt: www.sociologie.uni-jena.de/HartmutRosa.html

Tipps für wirkungsvolle Pressearbeit

Redakteure machen nur ihren Job

Die Medienlandschaft ist im Wandel. Stellenkürzungen und Zeitdruck prägen den Journalismus – gerade auch in Lokalredaktionen. Das muss für eine wirkungsvolle Pressearbeit kein Nachteil sein, denn Journalisten sind auch nur Menschen. Wer nicht gegen sie arbeitet, sondern ihnen zuarbeitet, hat gute Chancen, dass seine Pressemitteilungen veröffentlicht werden.

von Florence von Bodisco und Günther Hartmann

Zeitungsredakteure werden jeden Tag mit unzähligen Meldungen bombardiert. Unternehmen, Verbände, Vereine, Parteien, Politiker und sonstige VIPs wollen alle, dass über sie berichtet wird, aber aus Platzgründen kann letztlich nur ein geringer Teil der an die Redaktionen verschickten Pressemitteilungen veröffentlicht werden.

Zudem stehen Redakteure immer unter Zeitdruck. Die Zeitfenster der Arbeitsphasen sind knapp bemessen und der Druckbeginn ist einzuhalten. In kurzer Zeit gilt es, unter der Flut eingegangener Meldungen die rauszufischen, die veröffentlichungswert sind – und den Rest sofort im Mülleimer zu entsorgen. Auswahlkriterien: Was ist besonders wichtig oder aktuell? Was interessiert die Leser? Was löst bei ihnen ein Oh, Ah oder Aha aus? Und: Was macht am wenigsten Arbeit?

Trotz Stress: Redakteure lieben ihre Zeitung und pflegen einen Stil. Eine Zeitung ist keine Pinwand, sondern jede Meldung, die veröffentlicht wird, wird vorher bearbeitet. Eine „Linie“ soll spürbar sein. Die drückt sich vor allem in den Überschriften, Dachzeilen und Vortexten aus, die ein Redakteur fast immer selbst schreibt.

Im Layout füllen die ausgewählten Meldungen die Seite natürlich nie genau. Entweder ist zu wenig Text da und der Redakteur muss ihn irgendwie längen. Oder es ist zu viel Text da und er muss ihn kürzen. Die letzte Variante ist die deutlich einfachere. Am schnellsten geht das, wenn die Wichtigkeit der Informationen von vorn nach hinten abnimmt.

Pressemitteilungsschreiber sollten den Redakteur nicht als

„undurchschaubares Wesen“ oder „niederträchtigen Feind“ betrachten, sondern versuchen, ihm sein hartes Arbeitsleben zu erleichtern und die Texte so aufzubereiten, dass er kaum mehr Arbeit damit hat. Er wird dafür dankbar sein und vielleicht entsteht sogar eine wunderbare Freundschaft. Der zunehmende Zeitdruck in den Redaktionen stellt somit für die ÖDP eine große Chance dar – wenn bei der Pressearbeit gewisse Dinge beachtet werden.

Kernbotschaft in den ersten Satz

Der erste Satz ist der wichtigste. In ihm bündeln Sie Ihre Kernbotschaft möglichst kurz und knapp. Verzicht auf unnötige Details und konzentrieren Sie sich auf das Wesentliche. Sorgen Sie dafür, dass er flüssig lesbar und sofort zu verstehen ist. Ist er das nicht, wird wahrscheinlich der Rest der Meldung gar nicht erst gelesen.

Die nachfolgenden Sätze erläutern die Kernbotschaft. Vermeiden Sie komplizierte Schachtelsätze! Sie müssen dem Redakteur das Erfassen des Inhalts so leicht wie möglich machen. Orientieren Sie sich z.B. an Texten der Deutschen Presseagentur (DPA). Auf deren Website www.dpa.com finden Sie gute Beispiele. Da ein Redakteur auf alle Fälle kürzen muss und das am einfachsten von hinten nach vorne geschieht, gilt: Die Wichtigkeit der Informationen sollte von vorn nach hinten abnehmen.

Die Überschrift macht immer der Redakteur. Sie können ihm aber gute Ideen anbieten. Und vergessen Sie dabei nicht, die ÖDP zu erwähnen. Schreiben Sie

nichts, was nicht im Text steht, sonst verwirren Sie den Redakteur. Und ihr Text muss auch mit einer ganz anderen Überschrift noch funktionieren.

Abkürzungen erläutern

Erläutern Sie Abkürzungen – auch „ÖDP“. Selbst wenn Sie Ihrer Lokalredaktion schon hundert Meldungen geschickt haben, sitzt vielleicht eine neue Praktikantin am PC, die in einer ÖDP-freien Gegend aufgewachsen ist und der das Kürzel deshalb nichts sagt. Kann sie die Bedeutung Ihres tollen Textes aber nicht sofort erkennen, wandert er in den Mülleimer. Am besten schreiben Sie im Text beim ersten Auftauchen den Parteinamen aus und setzen die Abkürzung un-

mittelbar dahinter in Klammern, also: „Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)“. Anschließend verwenden Sie dann nur noch die Abkürzung „ÖDP“.

Das gilt für alle Abkürzungen. Denken Sie daran, dass Ihr Fachwissen für andere völlig neu sein kann. Das Kürzel „GVO“ z.B. sagt nicht jedem etwas, sondern nur denjenigen, die sich bereits mit dem Themengebiet beschäftigt haben.

Zitate hauchen Leben ein

Zitieren Sie eine Person mit einer Parteifunktion. Erstens lockern Zitate den Text auf. Zweitens mag niemand lesen: „Die ÖDP sagt ...“ Das hört sich nach einem unpersönlichen Apparat an. Die Partei besteht jedoch aus lebendigen

Personen mit Gesichtern. Schicken Sie deshalb immer ein Foto in druckfähiger Qualität mit.

Schreiben Sie nur über Zusammenhänge, die Sie selbst verstehen. Machen Sie sich klar, was Sie sagen möchten und wie Sie diese Gedanken jemandem nahe bringen, der überhaupt keine Ahnung hat.

Bleiben Sie aber sachlich. Vermeiden Sie Bilder, Metaphern und Übertreibungen, denn sie liefern keinen Erlebnisaufsatz. Lebendigkeit entsteht schon dadurch, dass Sie Sätze in der Aktiv- und nicht in der Passivform schreiben. Die Passivform, wo in jedem Satz das Wort „werden“ vorkommt, ist im Journalismus verpönt. Und wenn der Redakteur keine Zeit hat, Passivsätze in Aktivsätze umzuformen, nimmt er lieber eine andere Meldung, die weniger Arbeit macht.

Richtiges Timing ist wichtig

Zeitungen unterliegen einem strengen Zeitplan. Nach dem müssen Sie sich richten. Erkundigen Sie sich deshalb bei ihrer Tages- und Wochenzeitung, wer der zuständige Redakteur ist, wie seine E-Mail-Adresse und Telefonnummer lautet, und wann der beste Zeitpunkt für das Einreichen einer Pressemitteilung ist. Wenn Sie bei einer Wochen-

Fragen Sie den zuständigen Redakteur, wann Sie ihm ihre Pressemitteilungen mailen sollen und was dabei wichtig ist.

zeitung den Redaktionsschluss knapp verpassen, gilt Ihre Mitteilung eine Woche später eventuell schon als „Schnee von vorgestern“.

Wenn Sie Zeit haben, vereinbaren Sie einen Termin beim zuständigen Redakteur, bringen einen fair gehandelten Kaffee mit, ein paar ÖDP-Flyer und fragen ihn, wie sie ihm am besten zuarbeiten können. Gehen Sie davon aus, dass der Redakteur nur seinen Job macht und stets unter Zeitdruck ist. Bieten Sie Ihre Kooperation an. Fragen Sie ihn, wann Sie ihm ihre Pressemitteilungen mailen sollen und was ihm dabei wichtig ist. Es ist auch hier, wie so oft im Leben: Wie es in den Wald hineinruft, so schallt es hinaus! ■

Den Bürgern ein Dorn im Auge

ÖDP-Ratsmitglied Johannes Bombeck sammelt Kritik / Flugplatz Schwarze Heide im Fokus

KIRCHHELLEN. Alle Parteien im Stadtrat stecken derzeit in den Beratungen zum städtischen Haushalt 2011. Die ÖDP hat im Zuge ihrer Beratungen die Kirchhellenen Bürger aufgerufen, auf Steuerverschwendungen und besondere Aufreger hinzuweisen.

„Wir haben sehr große Resonanz bekommen. Und natürlich ist Kirchhellen betreffend der Flugplatz Schwarze Heide weiterhin der Kritikpunkt Nummer eins“, sagt ÖDP-Ratsmitglied Johannes Bombeck.

Dabei kritisieren die Bürger nicht einmal ökologische Gesichtspunkte, die vom Wählerklientel einer ökologisch geprägten Partei zu erwarten gewesen wären.

Musikschule

In erster Linie wird die Frage gestellt, ob der Flugplatz jemals in die schwarzen Zahlen kommen wird. Auch der Nutzen für die Region wird immer wieder hinterfragt. Viele Bürger glauben nicht, dass die Luftverkehrsbindung einen positiven Effekt für die

heimische Wirtschaft haben könnte. Oft genannter Kritikpunkt war auch der Erhalt der Musikschule sowie Theater- und Musikaufführungen. „Einige Bürger sagen, dass dieser Bereich ohnehin nur für einen kleinen Kreis aufrechterhalten wird und daher nicht der Allgemeinheit dient. Sie fordern die Abschaffung“, sagt Johannes Bombeck.

Der Verwaltungsapparat der Stadt Bottrop ist ebenfalls vielen Bürgern ein Dorn im Auge. Deutlich zu hohe Ausgaben im Personalbereich

wurden immer wieder angesprochen. Auch die Pensionshöhen der Beamten wurden stark kritisiert. „Es muss die Frage gestellt werden, ob nach der Pensionierung der Verwaltungsmitarbeiter die Stellen unbedingt wieder besetzt werden müssen beziehungsweise ob wir uns das noch leisten können“, regt Bombeck an.

Auch im öffentlich Nahverkehr sehen viele Bürger Einsparungsbedarf. Besonders in den Abendstunden würden Busse meist leer ihre Routen

fahren. Mehr Geld wird dagegen für Schulen gefordert. Gerade die Bildung der Kinder ist vielen Kirchhellenen ein großes Anliegen.

Große Resonanz

Johannes Bombeck verspricht, alle Anregungen mit in die Beratungen zu nehmen und freut sich über die große Resonanz.

Allerdings schränkt er auch ein: „Da, wo es rechtliche Vorgaben gibt, sind uns natürlich die Hände gebunden.“

Jan-Henning Janowitz

Dunstener Zeitung, 24.01.2011

Mission: ÖDP prangert Entmündigung an

Vorsitzender Frankenberger bricht in Ravensburg eine Lanze für mehr Bürgerbeteiligung

RAVENSBURG (was) - Vom Obermünistranten und Ortsvorsitzenden der Schüler-Union in der niederbayerischen Bischofsstadt Passau hat sich der 29-jährige Sebastian Frankenberger innerhalb weniger Jahre zu einem bundesweit bekannten Schreckgespenst für die einst in Bayern übermächtige CSU gemauert. Dabei kommt der in Regensburg im vergangenen Herbst zum Bundesvorsitzenden der ÖDP gewählte Polit-Rebell bei seinem Wahlkampfauftritt im Gasthof Engel in Ravensburg keineswegs wie ein Bürgerschreck daher.

Der abgebrochene Lehramts- und Theologiestudent machte im vergangenen Jahr bundesweit Furore, weil er im weiß-blauen Freistaat ein Volksbegehren auf die Beine gestellt hat, das dank großer Wählermehrheit dafür sorgte, dass in Bayern heute das schärfste Nichtraucherschutzgesetz aller Bundesländer gilt. Es war nicht der erste derartige Streich der christlich orientierten Ökopartei und wird es nach den Worten ihres Vorsitzenden auch nicht der letzte bleiben.

Lehrer wollte Frankenberger nicht werden, weil ihm das Studium zu praxisfern erschien. Sein Theolo-



ÖDP-Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger erklärte, wie Demokratie funktioniert und verbessert werden kann. FOTO: ANTON WASSERMANN

giestudium habe er hingeschmissen, weil er seine Kirche nicht als Arbeitgeber haben wollte. Aber bei seinen Wahlkampf-Auftritten verrät Sebastian Frankenberger didaktisches Geschick ebenso wie missionarischen Eifer. In Rollenspielen zeigt er auf, wie die in Deutschland praktizierte

Form der repräsentativen Demokratie funktioniert und prangert eine weitgehende Entmündigung der Bürger an.

Die Schweiz zeige, wie man es besser machen kann. Mit einfachen Regeln lasse sich verhindern, dass rechtspopulistische Gesetze wie das Minarettverbot und die automatische Ausweisung straffällig gewordener Ausländer beschlossen werden. Das Argument, mit Volksentscheidungen gebe es in Zukunft keine wichtigen Großprojekte mehr, lässt Frankenberger nicht gelten: „Ist der Bau des Gotthard-Basistunnells etwa kein Großprojekt? Anders als bei ‚Stuttgart 21‘ konnten hier die Bürger von Anfang der Planung an mitreden und mitentscheiden. Die Bürger sind viel klüger und weitsichtiger als die meisten Politiker meinen. Und sie machen sich auch die Mühe, sich in komplexe Sachverhalte zu vertiefen, wenn sie wissen, dass ihre Meinung etwas zählt“, betonte der ÖDP-Vorsitzende. Er glaube nicht an die Unfehlbarkeit der Experten. Deren Urteil sei aber ausschlaggebend, wenn in den Parlamenten über Gesetzestexte entschieden wird.

Eine Stellungnahme zu „Stuttgart 21“ ließ sich Sebastian Frankenberger allerdings nicht entlocken. Die verfahrenere Situation zeige aber deutlich, dass die gängigen Instrumente für eine Entscheidungsfindung in die Sackgasse führen.

Basisdemokratie sei ein notwendiges Korrektiv für den politischen Einfluss mächtiger Wirtschaftsverbände, betonte zu Beginn der Versammlung die örtliche Landtagskandidatin Christa Gnann. Die fünffache Mutter steht ferner vorbehaltlos hinter dem ÖDP-Parteiprogramm, wozu Eltern ein staatliches Erziehungsgehalt bekommen sollen, das sie in die Lage versetzt, Kleinkinder selbst zu versorgen oder wahlweise gar eine andere Betreuungsform in Anspruch zu nehmen.



Schwäbische Zeitung, 03.03.2011

Unfaire Kostenverteilung

ÖDP-Sprecher Adrian Heim kritisiert das Kultusministerium

Dachau - Der Dachauer ÖDP-Kreisvorsitzende Adrian Heim legt sich mit dem bayerischen Kultusministerium an. Er findet es gerade zu absurd, dass Lehrkräfte in Landkreis-Schulen an den Kopierern gezwungen werden, um die umfangreichen Unterlagen für den landesweiten Schul-Vergleichstest (Vera) zu vervielfältigen. Das zumindest moniert er in einer Presseerklärung. Weil das Kultusministerium Druckkosten sparen wolle, heißt es in der Mitteilung weiter, zahlten die Kommunen. Heim hat sich nun an den

Kultusstaatssekretär gewandt, um zu erfahren, ob das nicht ein Fall für das Konnexitätsprinzip nach dem Motto „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ sei.

„Wenn Aufgaben vom Staat auf die Kommunen verlagert werden, muss nach diesem Prinzip der Staat wenigstens einen Kostenausgleich leisten“, findet der ÖDP-Politiker aus Karlsfeld. Er verlangt Auskunft darüber, wie hoch die Ersparnis des Freistaats ist und ob es einen Kostenvergleich zwischen einem zentralen Druck der Unterlagen und den dezentralen Kopieraktionen gibt. „Wahrscheinlich handelt es sich um vergleichsweise geringe Beträge, die durch vergebene Arbeitszeit von Lehrkräften und Verwaltungsmitarbeitern unterm Strich wieder aufgezehrt werden“, vermutet Heim.

Er fordert die Bürgermeister der betroffenen Dachauer Gemeinden und

Landrat Hansjörg Christmann (CSU) auf, die Kosten für die Durchführung des Vera-Tests zu ermitteln und dem Kultusministerium die Druck- oder Kopierkosten in Rechnung zu stellen. Der Vera-8-Test wird verpflichtend an Hauptschulen, Realschulen und Wirtschaftsschulen sowie freiwillig an Gymnasien und Förderschulen gemacht. Wie der ÖDP-Politiker weiter mitteilt, hatte das Kultusministerium bereits geklagt, der bislang regelmäßig stattfindende Leistungstest würde „hohe Kosten“ verursachen. „Nur, die ‚hohen Kosten‘ für Druck und Versand der umfangreichen Aufgabenhefte an die Schulen werden eingespart.“ Stattdessen würden wohl auch im Landkreis Dachau Lehrkräfte an Kopiergeräten stehen, um die Testarbeiten für jeden Schüler zu erstellen. „Die entstehenden Kosten werden damit letztend-

lich den Kommunen und dem Landkreis als Sachaufwandsträgern aufgebürdet“, schreibt Heim.

heu



Adrian Heim, Kreisvorsitzender der ÖDP in Dachau. Foto: Heigl

Süddeutsche Zeitung, 12.03.2011

Die Landtagswahl als Fernziel

ÖDP-Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger schwört bei einem Besuch in Erding seine Partei auf Bürgernähe ein

Von Kamil Kowalcze

Erding – Er wird bewundert und bejubelt, für die einen ist er Hoffnungsträger, für die anderen ein eitler Selbstdarsteller. Doch egal, was man von Sebastian Frankenberger hält, mit seinem entschlossenen Einsatz für die Initiative „Für echten Nichtraucherschutz!“ hat er sich einen Namen gemacht. Seit November 2010 ist Frankenberger Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Am Samstag besuchte er den Landkreis, aus diesem Anlass lud die ÖDP zu einem Pressegespräch in den Mayr-Wirt in Erding.

Über das Rauchverbot wollte Frankenberger nicht sprechen, sondern die Schwerpunkte seiner Partei kommunizieren und den Startschuss für die Bayerische Landtagswahl 2013 geben. Auch wenn er das nicht so verstanden wissen wollte: „Wir wollen nicht nur für Wahlkämpfe fit werden, sondern es muss konstante Aufklärungsarbeit geben. Wir verstehen den Auftrag der Parteien in der Willensbildung und politischen Bildung des Volkes. Es muss eine Rückbindung geben: Was interessiert den Bürger eigentlich?“ Auf die Frage, was das konkrete Programm der ÖDP im Landkreis sei, verwies Frankenberger lediglich auf die für

ihn bundespolitisch relevanten Themen „Familiengehalt, Erziehungsgehalt, Pflegegehalt“, mit dem Nachsatz: „Es muss aber auch umsetzbar sein, damit die Leute das vor Ort verstehen und sich selber einbringen können.“

Oberstes Ziel des ÖDP-Vorsitzenden ist es, die Organisation der Partei zu straffen

und das Auftreten in der Öffentlichkeit zu verbessern. In diesem Sinne war im Anschluss an die Pressekonferenz ein Workshop für alle ÖDP-Mitglieder geplant. So wurde an einer besseren Gestaltung und Präsentation von Infoständen gearbeitet. Die aktiven Mitglieder, die oft auf der Straße stehen und für die Par-

tei werben, gaben Kollegen ihre Erfahrungen weiter. Die Attraktivität des Werbeposters soll durch Umfragen und einen eigenen „Wahl-O-Mat“ direkt am Stand gesteigert werden: „Vielleicht kommt man ja auch darauf, man will die ÖDP gar nicht wählen“, so der erst 29-jährige Parteivorsitzende. Stefan Grabrucker, stellvertretender ÖDP-Kreisvorsitzender, gab der Motivation für den Workshop ein Bild: „Wenn vor einer Wahl acht Parteien am Schranneplatz mit ihren Infoständen stehen und die Leute Umwege gehen, damit sie sich nicht irgendwas in die Hand drücken lassen müssen, wollen wir Ideen entwickeln, wie diese Leute zu unseren Stand kommen und das Gespräch suchen.“

Der Bundesvorsitzende streute bei der Gelegenheit Rosen: „Wir sind deswegen in Erding, weil die Erdinger unser Muster-Kreisverband für kreative Ideen sind. Das haben sie zum Beispiel mit Schaufensterpuppen an den Infoständen bewiesen. Da haben wir gesagt: Hier starten wir!“ Nächste Woche ist eine ÖDP-Finanzkonferenz geplant. Dann soll überlegt werden, wie die Partei zu mehr finanziellen Mitteln kommen kann. „Alles ist auf 2013 ausgerichtet, um bei der Landtagswahl richtig durchzustarten“, gab Frankenberger die Ziele vor.



Der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger (Bildmitte) läuft in Erding den Landtags-Wahlkampf ein.
 maz/Foto: pba

Erdinger SZ, 22.02.2011



Auch in Wertheim Protest gegen »Stuttgart 21«

WERTHEIM. In knapp 40 Städten in ganz Baden-Württemberg spielte sich am Samstag ähnliches ab wie am Wertheimer Bahnhof. Gegen 17 Uhr fanden sich hier rund 50 Gegner des geplanten Bahnprojekts »Stuttgart 21« ein, um gegen das ihrer Ansicht nach unnötige Mammutvorhaben zu demonstrieren. Es war ein parteiübergreifendes Aktionsbündnis, angefan-

gen beim Ortsverband »Bündnis 90/Die Grünen« über die ÖDP und die Piratenpartei bis zu den Linken, das sich einhellig mit Spruchbändern und Plakaten gegen das Projekt aussprach. Um ihren Protest kreativ zum Ausdruck zu bringen, hatten die Wertheimer Grünen eine mehrere Meter lange Zugattrappe »Stuttgart 21 brems den Nahverkehr aus« gebaut, in dem

ein Teil der Demonstranten »mitfahren« konnte. Andere hatten sich Masken mit dem Konterfei von Stefan Mappus oder Umweltministerin Tanja Gönner aufgesetzt. Sie waren es auch, die den Grünen-Verkehrsexperten Winfried Hermann begrüßten, als er von Lauda kommend in Wertheim einfuhr. Gemeinsam zog man Parolen wie »Mappus raus« oder »Oben bleiben«

skandierend vom Bahnhof durch die Unterführung über den Tauberparkplatz und durch die Brückengasse zum Marktplatz. Dort drehte der »Zug« eine Runde um den Brunnen und durch die Maingasse ging es weiter zum Restaurant »La Mamma«, wo Hermann zum Thema Bahnpolitik sprach (siehe separaten Artikel).

riff/Foto: Peter Riffenach

Nürnberger Nachrichten, 22.01.2011

Protest hatte Erfolg: Viele Bäume können stehen bleiben

ÖDP sah sich vor Ort an der Osterfelder Straße um

„Der vereinte Protest von Bürgern, den Grünen und der ÖDP gegen den geplanten, kompletten Kahlschlag auf der Osterfelder Straße hat gewirkt: nach dem erstellten Gutachten, wonach die meisten der fast 100 Bäume kerngesund sind, wird die Verwaltung nun eine neue Planung vorlegen, bei der bis zu 67 Bäume bei der Umgestaltung der Straße stehen bleiben können. Mit dieser wird die Stadt dann auch wohl in die bevorstehenden Bürgerbeteiligung und Offenlegung gehen“, freut sich die ÖDP.

Wegen des Kanalbaus müsse nur ein einziger Baum gefällt werden – „das bestätigt das, was wir immer gesagt haben“, so Willi Urban, Vertreter der ÖDP im Bau und Verkehrsausschuss. Der die Planung zunächst beraten wird. „Allerdings werden im Zuge der Kanal- und Straßensanierung, bei der Einrichtung von ordnungsgemäß breiten Radfahrstreifen und neuen Bushaltestellen einige Bäume im Weg stehen und entfernt werden müssen“. Der Plan sehe dafür zumindest 12 Neuanpflanzungen vor.

Das Überleben von 17 Bäumen sei allerdings noch un-

klar: sie stehen zur Disposition, weil sie Zufahrten zu Häusern an der Osterfelder Straße verengen und werden bei der Offenlegung sicherlich kontrovers diskutiert werden.

Um sich hier ein eigenes Bild zu machen, war die ÖDP-Fraktion vor Ort, sah sich den Ist-Zustand der Straße und der einzelnen Bäume an und kam auch mit Anwohnern ins Gespräch.

„Hier kann man nicht pauschal über die 17 Bäume entscheiden, sondern es muss im Einzelfall abgewogen werden“, so Johannes Bombeck, Fraktionssprecher der ÖDP.

„Deswegen haben wir uns jeden betroffenen Baum angesehen und können jetzt abwägen, in welchem Fall eine Fällung von uns zu vertreten ist und in welchen wir uns für die Erhaltung einsetzen wollen“



Willi Urban, Johannes Bombeck, Marianne Domiras und Stefan Krix (v.li.) beim Plan-Studium. Foto: privat

Nach Zugunglück in Hordorf / ödp fordert:

Auskunft über Sicherheit des Bahnnetzes im Harz

Hallerstadt (pib/je). Der Kreisverband der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) im Harzkreis fordert in einem Schreiben an das Eisenbahn-Bundesamt Auskunft darüber, wie es um die Sicherheitsstandards entlang der Bahnstrecken im Harzkreis steht.

Auch wenn die Unglücksursache noch nicht endgültig feststeht, das tragische Zugunglück in Hordorf mache schon jetzt Sicherheitsdefizite an deutschen Bahnstrecken sichtbar. Das Verkehrsministerium würde die Deutsche Bahn in Schutz nehmen und behaupten: „Es bei Geschwindigkeiten von mehr als 100 Stundenkilometern seien magnetische Abbrennsysteme vorgeschrieben. Auf dem Streckenabschnitt Magdeburg-Hallerstadt seien diese Notbremssysteme bei überfahrenen Haltesignalen noch nicht fächendekend nachgerüstet worden, weil hier nur ein Tempo von 80 Stundenkilometern

erlaubt sei.“

Die ödp-Kreisvorsitzende Janett Rehmann findet diese Aussage zynisch: „In Hordorf kann man sehen, welche fatalen Folgen es hat, wenn zwei Züge mit Tempo 80 frontal zusammenstoßen. Ich halte daher auf allen Strecken mit Personenverkehr die genannten magnetischen Notbremssysteme für unverzichtbar, unabhängig von der zulässigen Höchstgeschwindigkeit.“ Die ödp fordert daher schriftlich vom Eisenbahn-Bundesamt Auskunft über die Sicherheitsstandards an Bahnstrecken im Harzkreis. „Sollte es hier Bahnstrecken geben, die noch auf einem veralteten Sicherheitsniveau ohne Notbremssysteme sind, müssen diese umgehend nachgerüstet werden. Statt Milliarden in Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 zu investieren, muss zunächst für die Sicherheit auf den bestehenden Bahnstrecken gesorgt werden“, fordert Janett Rehmann.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Lokaltitel Bottrop, 02.02.2011

Volksstimme, 10.02.2011

ÖDP-Mitglieder aus Leer bei Demo in Berlin

LEER/BERLIN - An der „Wir haben es satt“-Demo am Sonnabend in Berlin beteiligten sich auch Mitglieder des Kreisverbandes Leer/Papenburg der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Der Protest richtete sich gegen die Massentierhaltung und die Gentechnik in der Landwirtschaft.

Ostfriesenzeitung, 27.01.2011

Winnetou macht Wahlkampf

Lebenskünstler, Menschenfänger, Asket: Eine Begegnung mit dem Nichtraucher-Papst Sebastian Frankenberger

VON RAINER WEHAUS

STUTTGART. Was ist das denn für einer? Sieht aus wie ein Indianer, lächelt wie Mona Lisa und redet daher wie ein Prophet. Wenn er einen anschaut, kommt einem diese zuckersüße Melodie aus den Winnetou-Filmen in den Kopf, die immer erklang, wenn Old Shatterhand und der Apachenhäuptling sich trafen. Lala! Lalalaaa! Mein Bruder!

Bevor wir uns aber hier in den Räumen der Redaktion verbrüdernd, muss gesagt werden: Der Mann ist der meistgehasste Mann Bayerns. Sebastian Frankenberger (29) heißt er. Er hat den Bayern das Rauchen in der Gastronomie verboten. Per Volksbegehren. Mit seinem Charme hat er das strengste Nichtrauchergesetz der Republik durchgesetzt. Der Mann ist ein Menschenfänger.

Vor wenigen Tagen ist er aus dem Stadtrat seiner Heimatstadt Passau ausgeschieden. Winnetou hat dafür keine Zeit mehr. Er ist jetzt ÖDP-Chef. „Ich bin jetzt euer Indianerhäuptling“, hat er den Delegierten der ÖDP nach seiner Wahl im November zugerufen. Weil die Indianer sich immer darum bemüht, dass auch ihre Nachfahren noch eine lebenswerte Welt vorfinden. Nun macht er Wahlkampf in Baden-Württemberg. Jeden Tag eine andere Stadt. Er sei

ganz begeistert von diesem Land. „Des ist so scheee!“, ruft er.

Das Erstaunlichste an diesem Mann ist seine Fröhlichkeit. Obwohl er noch immer bedroht wird, obwohl er noch immer einmal die Woche ein Paket mit Zigarettenstumpen zugeschickt bekommt – „ich lasse mir mein positives Menschenbild nicht nehmen“, sagt er. Die, die ihn anonym bedrohen, die ihn aus ihrer Kneipe rauswerfen oder ein Kopfgeld auf ihn aussetzen – die sieht er als Opfer eines falschen Bildungssystems. Auch das würde er gerne umkrempeln. Aber eines nach dem anderen.

„Ich will was bewegen“, sagt er. Das sei der rote Faden, der sich durch sein Leben ziehe. Beim Blick in seinen Lebenslauf wird einem schwindlig: Frankenberger hat hier und da studiert, ist ausgebildeter Notfallseelsorger, Fremdenführer und ehrenamtlicher Politiker. Bei allem, was er schon erreicht hat, wirkt er wie ein großer Junge, der noch nicht weiß, was er mal werden will. Berufspolitiker? Auf keinen Fall! Nebenher wolle er immer ein berufliches Standbein haben.

Frankenberger kokettiert damit, sich nicht festzulegen und öfter mal was Neues

anzukündigen. 2020 wolle er OB seiner Heimatstadt Passau werden, hat er mal gesagt. Er hatte schon das Kennzeichen für seinen Dienstwagen: PA – O 2020. Inzwischen aber musste er Auto und Kennzeichen wechseln. Jetzt will er in 24 Jahren Bundespräsident werden. Der erste direkt gewählte in Deutschland. Er lacht. Sein neues Kennzeichen? PA – B 2035. Spaß muss sein. Aber immer mit Tiefgang, betont er.



„Ich glaube an das Positive im Menschen, und ich glaub' net, dass mir was passiert“

Sebastian Frankenberger
ÖDP-Bundesvorsitzender

Mehr direkte Demokratie will er. Damit ließen sich viele Konflikte lösen, meint er. Längst hätten er und seine Freunde auch in Baden-Württemberg eine landesweite Volksabstimmung für mehr Nichtraucher-schutz auf den Weg gebracht. Aber das gehe hier nicht, sagt er, die Hürden seien zu hoch. Achtung, Bayern! Frankenberger ist schon am nächsten Volksbegehren in seinem Hei-

matland dran. Anfang nächsten Jahres soll es losgehen. Um was es genau gehen wird, will er noch nicht verraten. Aber es gehe in die Richtung mehr direkte Demokratie. Die Bayern müssten keine Angst haben, dass er ihnen nach der Zigarette nun auch noch den Alkohol im Festzelt verbieten will. Er selbst trinke zwar kein Bier, aber er wolle auch nicht ganz aus Bayern rausgemobbt werden, sagt er lachend. „Dafür liebe ich dieses Land zu sehr.“

Ach, am liebsten würde man mit Winnetou jetzt eine Friedenspfeife rauchen, so entspannt verlief das Gespräch. Nur das kleine Pfefferspray an seinem Schlüsselbund erinnert einen daran, dass sein Leben nicht immer nur spaßig ist. Das Pfefferspray habe er stets in der Hand, wenn er zu einem angekündigten Vortrag gehe, sagt er. An ihn gerichtete Pakete mache er nur noch alleine und im Freien auf. Die Drohungen und Belästigungen reißen nicht ab, aber das müsse man ganz entspannt sehen. „Ich glaube an das Positive im Menschen, und ich glaub' net, dass mir was passiert.“ Howgh, Frankenberger hat gesprochen. Zum Abschied geben wir uns die Hand. Eine Visitenkarte gibt Winnetou uns nicht. Vielleicht hat er gar keine. Wer weiß auch schon, in welcher Rolle man ihn demnächst wiedertrifft.

Stuttgarter Nachrichten, 21.03.2011

Die Bunten sind nur Zweckbündnis

Thomas Schrollinger spricht über seine Unabhängigkeit als ÖDP-Stadtrat

Was denkt ein Architekt über Kitsch? Wie geht ein Gebärdolmetscher mit Sprachlosigkeit um? An dieser Stelle steht jeden Samstag ein Nürnberger Rede und Antwort. Der ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger – er ist in der Ausschussgemeinschaft „Die Bunten“ mit anderen Parteien vereint, sieht darin aber nur ein „Zweckbündnis“ – spricht über Eigenständigkeit und Unabhängigkeit im Rat.

Haben Sie heute schon einer Pressemitteilung der Bunten widersprochen?

Schrollinger (lacht): Nein. Ist irgendein was rausgegangen, was ich hätte wissen müssen?

Nein. Aber Sie stimmen auffällig oft nicht mit der Linie Ihrer Ausschussgemeinschaft überein. Zuletzt widersprechen Sie bei dem Wunsch der FDP, eine Privatisierung der städtischen Altenheime überprüfen zu lassen. Der Kostenabrechnung des Bunten-Sprechers Utz W. Ulrich (FDP) verweigern Sie jüngst die Unterschrift. Harmonie ist etwas anderes.

Schrollinger: Wir haben offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, was eine Ausschussgemeinschaft ist. Ich habe nicht den Anspruch, dass in allen Punkten Harmonie herrschen muss. Das wollen auch die Bürgerinnen und Bürger nicht, die uns gewählt haben. Ich möchte die ÖDP-Politik, der ich mich verpflichtet fühle, zur Geltung bringen.

Können Sie ein Beispiel nennen?
Schrollinger: Ja. Eine Privatisierung der städtischen Seniorenheime ist nicht meine Linie. Da gibt es einen öffentlichen Auftrag der Kommune. Wenn dann unter dem Namen der Bun-

ten eine Pressemitteilung herausgeht, die so etwas anregt, muss ich widersprechen. Die Vielfalt in solch einer Ausschussgemeinschaft muss schon zur Geltung kommen. Das ist der Unterschied zur „Fraktion“.

Das sieht der Sprecher der Bunten, Utz W. Ulrich, wohl ganz anders. Sorgen Sie sich nicht um Ihre Unabhängigkeit und Eigenständigkeit in solch einer Gemeinschaft?

Schrollinger: Ich betone bei jeder Gelegenheit intern und extern, dass ich ÖDP-Stadtrat bin. Die Bunten als politische Kraft gibt es so nicht, auch

IM GESPRÄCH

wenn das Herr Ulrich sicher anders sieht. Für mich ist das ein reines Zweckbündnis, weil wir so unsere politische Arbeit im Stadtrat und in den Ausschüssen machen können. Ich habe auch nicht die Befürchtung, dass ich als Bunter wahrgenommen werde, sondern als ÖDP-Vertreter. Ich vermute, mein politisches Gewicht als solcher in die Waagschale zu werfen. Ich stelle auch als Stadtrat der ÖDP eigene Anträge, etwa zur Atompolitik, zu den Tropenholz-Parkbänken oder zur Delfinlagune. Die Kollegen der anderen Parteien sollen ruhig auch ihre eigene Flagge hochhalten.

In den letzten Monaten hatte es Abwärtsversuche im Stadtrat gegeben. Die Grünen wollten Sie zu sich herüberholen, auch die Linke Liste hatte bei Ihnen angefragt.

Schrollinger: Ich fand die Idee der Grünen schon charmant. Die Nähe zu ihnen ist ja zum größten Teil auch da,

es gibt mit keiner Partei so viele Schnittmengen. Ich bewerte das Angebot als positiv, weil es mir zeigt, dass wir keine Konkurrenten mehr sind. Das war vorher anders. Da hieß es, die ÖDP hat uns einen Sitz im Stadtrat weggenommen. Nun arbeiten wir im Verkehrs-, Umwelt- und im Sozialausschuss gut zusammen. Ich halte es aber für besser, wenn die Grünen und die ÖDP weiter mit zwei Stimmen sprechen, um unser ökologisches Anliegen voranbringen zu können. Das ist doppelte Kraft, Mehr Köpfe, mehr Ideen. Daher bleibe ich zunächst, wo ich bin. Mit der Linken Liste tue ich mich aus ideellen Gründen etwas schwer, auch wenn ich manche Vorstöße durchaus unterstütze.

Im Mai über, ehmen Sie bei den Bunten die Sprecher-Rolle von Utz W. Ulrich. Was wird sich verändern?

Schrollinger: Ein Sprecher ist nicht mehr als ein Sprecher, er ist kein Fraktionsvorsitzender. Mein Ziel ist es, die interne Kommunikation zu verbessern und die Kultur der Unterschiedlichkeit stärker herauszustellen.

Sie sitzen als erster ÖDP-Vertreter im Nürnberger Rat. In anderen Stadtparlamenten war Ihre Partei eher vertreten. Ist Nürnberg ein schwieriges Pflaster für die Ökodemokraten?

Schrollinger: Nürnberg war lange ein schwieriges Pflaster für ökologische Themen. Das hat sicher auch mit der industriellen Historie der Stadt zu tun. Ich glaube aber, dass sich das gerade ändert. Unser Sitz im Rat zeigt mir das. Die ÖDP stellt in Bayern 324 Mandate. Da lässt sich schon etwas bewegen, auch als einzelner Stadtrat.

Was konnten Sie als Einzelkämpfer bisher bewegen?



Thomas Schrollinger (ÖDP) übernimmt das Sprecher-Amt der Bunten. F.: Hippel

Schrollinger: Als Einzelstadtrat ist man kein Entscheidungsträger. Aber man kann Impulse geben. Ich habe bislang 40 Anträge gestellt. Auch wenn viele abgelehnt wurden, finde ich doch bei den anderen Gehör. Da kann man schon etwas in Bewegung setzen, wenn andere Parteien ähnlicher Überzeugung sind und es eben den Impuls braucht, auf den sie aufspringen können. Etwa bei der Resolution des Stadtrats gegen längere Laufzeiten der Atomkraftwerke, beim Bündnis

„Gentechnikaufreie Region Nürnberg“, beim Fahrradwegenetz oder bei der Erweiterung der Eintragungs-

zeiten bei Volksbegehren. Es gibt durchaus Spielräume.

Wollen Sie erneut kandidieren?

Schrollinger: Das werde ich häufiger gefragt. Derzeit kann ich weder Ja noch Nein sagen. Ich bin beruflich als Klinikseelsorger 30 Stunden in der Woche beschäftigt, hinzu kommen 15 bis 20 Stunden für die Stadtratsarbeit. Ich habe aber auch eine Familie und Kinder, die mich brauchen. Mir macht es Spaß, als Stadtrat die Gesellschaft mitgestalten zu können. Ich lege mich da heute noch nicht fest, ob ich noch einmal antreten werde.

Interview: ANDREAS FRANKE

ÖDP gegen ECE in Leer

LEER. „Es ist für Leer unsinnig, sich am gegenseitigen Wettstreit der Städte mit Shoppingcentern zu beteiligen. Aufgrund der Ursprünglichkeit des Stadtbildes besitzt Leer eine Ausnahmestellung und ist ohne Center besser für den Wettbewerb gerüstet als mit einer Shopping Mall.“ Das meint Carsten Molitor, Kreisvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) Leer/Papenburg.

Der Kreisverband der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) spricht sich gegen das von der ECE geplante Einkaufscenter in Leer aus. Die überdimensionierte Planung, sei für die Ablehnung allerdings nicht entscheidend. Vielmehr gehe es um Grundsatzfragen und die ÖDP-Philosophie, welche ein Einkaufen mit regionalem Charakter favorisiere. Ein Center wirkt wie ein Fremdkörper, der die ursprünglich gewachsene Struktur der Stadt zerstört. Zusätzliche Verkaufsflächen werden nicht benötigt, denn schon jetzt gebe es den einen oder anderen Leerstand.

Mit einem großen Einkaufscenter, welches die Kundenströme zentriert, werden sich die Geschäftszonen im Rest der Fußgängerzone deutlich verschlechtern. Es ist nicht abwegig, dass ein Innenstadt-Einkaufscenter einige auswärtige Verbraucher anlockt. Allerdings wird der Wandel des Stadtbildes andere Kunden davon abhalten, durch die Fußgängerzone zu schlendern.

Neue Zeitung, 25.02.2011

Liebe ÖDP-lerinnen und ÖDP-ler!

Bitte beachten Sie bei Zusendungen für den Pressespiegel die folgenden Punkte:

1. Am besten sind Originalausschnitte (speziell wenn Bilder enthalten sind).
 2. Wenn Sie Ihre Originale nicht schicken möchten, machen Sie bitte gute Kopien auf weißem Papier!
 3. Vermerken Sie den vollen Namen und Erscheinungsort der Zeitung, nicht die Abkürzung. Geben Sie außerdem an, ob der Beitrag im Lokal-, Landes- oder im überregionalen Teil stand. Artikel, die wir nicht zuordnen können, werden nicht berücksichtigt.
 4. Bitte unterstreichen Sie nicht. Schreiben Sie auch den Namen der Zeitung nicht mitten durch den Text.
 5. Keine Artikel faxen, sie werden häufig unleserlich oder zumindest nicht reprofähig.
- Sie ersparen uns viel Arbeit, wenn Sie die Hinweise beachten.

Vielen Dank!

Wertheimer Zeitung, 07.02.2011

Zur ÖkologiePolitik und ihrem Jubiläum

150 Ausgaben ÖkologiePolitik, dazu möchte ich allen, die daran mitgewirkt haben gratulieren! Die ÖkologiePolitik ist für mich unverzichtbar, vor allem, wenn ich einen Job habe, wo ich mit dem Bus hin muss. Dann kann ich nämlich im Bus vieles lesen. Und da ist Papier besser, als ein Laptop, weil das beim Runterfallen nicht kaputt geht oder auch nicht aus dem Spint geklaut wird.

Aber ich wünsche mir trotzdem für die Zukunft eine Internetausgabe der ÖkologiePolitik, die als Zeitung betrieben wird und von der Google-Presseschau erfasst wird. Für die 7.000 Mitglieder der ÖDP dürfte die Papierausgabe unverzichtbar sein, aber im Internet kann man viele zusätzliche Leser erreichen, die wir weder durch Infostände (weil ÖDP-Loch) noch durch Wahlwerbesspots (da viele Privatfernsehen sehen) erreichen, die aber bei der Themensuche durch das Internet auf unseren Artikeln landen könnten.

Beispiel: Das Kryo-Recycling-Buch der Bürgerbewegung hat eine Auflage von 2.000 Stück und wird an einigen Infoständen verkauft. Die Kryo-Themen auf Deutsch und Englisch haben im Forum von www.buendnis-zukunft.de schon 45.000 Aufrufe gehabt, womit beide Themen mit weitem Abstand die meistgelesenen Beiträge in diesem Forum sind. Und meine Homepage dazu hat immerhin 1982 Aufrufe gehabt. Das Internet kann also einmal erstellte Texte in ihrer Wirkung weiter tragen.

Ich bin jetzt Blogger und übernehme gerne auch Gastbeiträge. Wenn Autoren der ÖkologiePolitik dazu bereit sind, sollten deren Beiträge auch an ÖDP-Blogger weiter geleitet werden. Gerne würde ich das Grußwort von Dr. Görres in meinem Blog stellen: <http://viertuerme.blogspot.com>

Wünschenswert wäre eine Rubrik „ÖDP-ler im Netz“, auf dem Blogs, Internetseiten und Twitterkonten von ÖDP-Mitgliedern aufgelistet werden und auf besondere Artikel hingewiesen wird. So können sich die Netzaktivisten besser vernetzen.

Ich würde mich ferner über Links zu guten Nachrichten zu den Themen Öko-Wirtschaft, Kreislauf-Wirtschaft und naturinspiriert Wirtschaften ... freuen, da ich den Twitter für den Kryo-Recycling-Verein betreibe: <http://twitter.com/NaturWirtschaft>. Obwohl Twitterfolger aus der ÖDP, als auch gute Hinweise für gute Tweets können mir da helfen.

Da ich aktiver ÖDP-ler bin, will ich jedoch nicht direkt ÖDP-Seiten folgen und mich der Parteiseiten hier generell enthalten, um die Botschaften leichter an Mitglieder anderer Parteien tragen zu können. Aber keiner hindert die ÖDP, diesem Twitterkonto zu folgen. Einzelne gute ÖDP-Tweets kann ich aber dort auch weiterleiten, wenn diese inhaltlich zum Thema passen. Aber die Redaktion bekommt bestimmt immer mal wieder Hinweise auf Internetthemen, die auch für dieses Twitterkonto interessant wären.

*Felix Staratschek,
42477 Radevormwald*

Gratulation zu 150 Ausgaben ÖkologiePolitik! Und noch immer stimmt die Mischung von aktuellen Meldungen, parteiinternen Infos und fachwissenschaftlichen Essays. Schön auch, dass weiterhin ÖDP-Aktive wie parteiexterne Experten ihre Beiträge jenseits parteiprogrammatischer Telleränder darstellen können. Die ÖDP kann so aus der Not (des Status als Kleinpartei) eine Tugend machen. Sie braucht (noch) keine PR- oder Marketing-Abteilung, die Hochglanz-Mitgliedermagazine ganz auf Parteilinie bringt. Das macht die Hefte erfrischend. Und durch die regelmäßigen Schwerpunktthemen hat man nach einigen Jahren eine schöne Sammlung von Fachtexten aus allen ökologisch-politischen Themenbereichen. Weiter so!

*Patrick Brehm,
42105 Wuppertal*

Im Herbst 2009 habe ich die Zeitschrift ÖkologiePolitik kennen gelernt und bin positiv überrascht davon, wie grundlegend, umfassend und vielschichtig die Behandlung der verschiedenen Themenschwerpunkte erfolgt. Toll finde ich, dass es nicht nur

um eine Darstellung parteipolitischer Standpunkte geht, sondern um die ernsthafte Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansätzen und Lösungsmöglichkeiten. Eine solch offene Behandlung der Themen ohne vorzeitige bewertende Einengung halte ich – gerade in Zeiten eines Umbruchs oder Wertewandels – für dringend notwendig um wirklich neue Lösungen finden zu können, und diese Haltung vermisse ich ansonsten in vielen öffentlichen Diskussionen.

Mit Freude habe ich auch der ÖkologiePolitik entnommen, dass die ÖDP entgegen dem „Mainstream“ in der Parteienlandschaft mir persönlich wichtige Bereiche wie Umweltverantwortung und die Bedeutung von Familienarbeit und Bildung zusammen bringt, dass sie Bürgerbeteiligung in die Tat umsetzt und neue Bewegungen wie Transition Towns aufgreift. Insgesamt ein zukunftsstarkes Konzept Ihrer Zeitschrift, dem ich viel, viel Erfolg wünsche!

*Susanne Wiegel,
45219 Essen*

Wann immer ich reingeschaut habe, war ich sehr begeistert. Vor allem freute ich mich darüber, dass Ihr so viele kompetente Menschen von außerhalb der ÖDP zu Wort kommen lasst. Das erweitert unseren Horizont erheblich. Und das ist gute Vernetzungsarbeit nach außen!

*Mechthild von Walther,
80638 München*

„It's the economy, stupid.“ Es ist sehr erfreulich zu sehen, dass dieser wichtige Kerngedanke aus dem Wahlkampf Bill Clintons 1992 jetzt immer öfter in der ÖkologiePolitik bearbeitet wird. Unser großes Ziel der Nachhaltigkeit werden wir niemals erreichen, wenn wir nur an den Symptomen der vielen Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft herum kurieren. Wir kritisieren den Wachstums-„Wahn“ ohne sehen zu wollen, dass er kein Wahn ist, sondern systemimmanent. Ohne Lösung der ökonomischen Grundprobleme werden wir auch die vielen ökologischen Probleme nicht in den Griff bekommen, stattdessen wird weiterhin eine Katastrophe

die andere ablösen. Ich hoffe, dass der Mut zur Erkenntnisfindung der ÖkologiePolitik auch auf die gesamte ÖDP ausstrahlt. Auf zum dritten Weg zwischen Heuschreckenkapitalismus und Sozialismus! Auf zur radikalen Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft!

*Renate Geißler,
63928 Eichenbühl*

Zur ÖkologiePolitik 149 „Eliten“

Zum Grußwort von
Dr. Anselm Görres
auf dem BPT

In der letzten ÖkologiePolitik habe ich mit Begeisterung das Grußwort von Dr. Anselm Görres auf dem Bundesparteitag gelesen. Daher möchte ich Ihr Angebot annehmen, die ungekürzte Originalfassung zugesendet zu bekommen, gerne per Mail. Zusätzlich möchte ich noch großes Lob aussprechen für die sehr aufschlussreichen Artikel zum Titelthema „Eliten“. Vielen Dank!

*Mario Kunz,
90616 Neuhof*

Zum neuen
Grundsatzpapier
„Mut zum Wandel“

Zum neuen Grundsatzpapier „Mut zum Wandel“ wäre anzumerken, dass der Wandel sowohl positiv wie auch negativ sein kann. Noch scheinen die politischen Parteien, die Religionen, wie auch die meisten Menschen nicht erkannt zu haben, dass durch immer mehr Menschen bei gleichzeitig immer höheren materiellen Ansprüchen immer mehr Ressourcen verbraucht und immer mehr Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich ausgerottet werden. Wir Menschen zerstören in egoistischer Weise rücksichtslos jene Artenvielfalt, wozu die Evolution Milliarden Jahre gebraucht hat.

Bewahrung der Schöpfung – Fehlanzeige, denn alle wollen mehr: die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer, die Studenten, die Rentner, die Hartz-IV-Empfänger, die kinderreichen Familien und nicht zuletzt auch die Aktio-

näre und Jongleure an den Finanzmärkten.

Darum hat der ÖDP-Leitspruch „weniger ist mehr“ schon vor Jahren nur ein sehr schwaches Echo gefunden. Wie aber werden wir alle uns ändern müssen, wenn statt derzeit 6,5 Mrd. Menschen in weniger als vier Jahrzehnten 9 Mrd. Menschen die Erde bevölkern werden? Unbegrenztes Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum ist wie Krebs, der am Ende den gesamten Organismus zerstört. Dazu Max Born, Nobelpreisträger von 1954: „Es scheint mir, dass der Versuch der Natur, auf dieser Erde ein denkendes Wesen hervorbringen, gescheitert ist.“

Lasst uns deshalb das schon tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde. Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn die Worte schon wie Asche in unserem Mund sind. Wir sollten auf gar keinen Fall, nur um mehr Wählerstimmen zu gewinnen, wesentliche Erkenntnisse über ökologische Zusammenhänge preisgeben, denn nicht nur der Menschheit, sondern dem Leben auf dieser Erde insgesamt drohen Gefahren, die alles bisher erlebte in den Schatten stellen werden.

Erich Fromm, der wie auch noch andere schon vor Jahrzehnten die derzeitige Lage realistisch einschätzte, sagte: „Vielleicht sind die Würfel bereits gefallen, weil sowohl Führer als auch Geführte, angetrieben von ihrer Gier, ihrem Ehrgeiz, ihrer Blindheit und geistigen Unbeweglichkeit entschlossen sind, auf dem Weg zur Katastrophe weiterzugehen, so dass die Minderheit, die sieht was kommt, dem Chor der griechischen Tragödie gleicht: Sie kann den unheilvollen Verlauf kommentieren, besitzt aber nicht die Macht ihn aufzuhalten.“

Aber die Hoffnung stirbt zuletzt! Und so sollten wir trotz allem nicht aufgeben. Und das nicht nur zum Wohl von uns Menschen, sondern auch zum Wohl unserer gesamten Mitwelt, von der unabhängig nicht nur wir Menschen, sondern auch alle anderen Lebewesen keine einzige Sekunde überleben könnten.

Helmut Friedrich,
50129 Bergheim

Zum Artikel „Wer lebt über seine Verhältnisse?“ und zum Interview mit Prof. Michael Hartmann

Das Interview mit Prof. Hartmann stellt ein wichtiges Thema zur Erörterung. Da ist nicht in erster Linie die Fragestellung des Soziologen interessant, aus welchen Bevölkerungsschichten die sog. Elite kommt. Interessant ist vielmehr, dass eine undefinierbare Schicht bestimmt, was Elite ist, und wie es ihr gelingt, unsere Gesellschaft zu beherrschen. Dieses Problem spricht mit einem anderen Begriff auch von Armin an, der von der „politischen Klasse“ spricht. In beiden Fällen wird ein Phänomen aufgezeigt, dem man ratlos gegenübersteht: Wie gelingt es einer nicht definierbaren Gruppe, ungeheure Macht auszuüben? Wie gelingt es ihr, der Gesellschaft Grundsätze als alternativlos aufzudrängen?

So gibt es keine logisch nachvollziehbare Erklärung, warum ständiges Wirtschaftswachstum erforderlich ist, wobei unbestritten ist, dass dies eine Ausbeutung der endlichen natürlichen Ressourcen bedeutet. Selbst die Tatsache, dass um diese Ressourcen Kriege geführt werden, was die Kriege zur Zeit zweifellos zeigen, lässt eine Diskussion über den Sinn des ständigen Wirtschaftswachstum zu. So gibt es auch keine aus gesellschaftlicher Sicht nachvollziehbare Erklärung, warum wir Atomenergie brauchen. Nicht nur das „Restrisiko“, sondern auch die Tatsache, dass es keine sichere Endlagerung für den Atommüll gibt und dass nach Stilllegung von Atommeilern Jahrhunderte lang „Industrieruinen“ mit unglaublicher Strahlungsgefährdung zurückbleiben, findet keiner Erörterung seitens der meinungsbestimmenden Eliten.

Unsere Gesellschaft muss umdenken und sich damit beschäftigen, wieso es einer selbsternannten Elite gelingt, der Gesellschaft teilweise total unlogische Behauptungen als alternativlos aufzuoktroieren. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, in die wir möglichst viele politisch Interessierte einbinden sollten. Die Ökologie-Politik dient damit einer Aufgabe, zu der das Grundgesetz die Parteien eigentlich verpflichtet:

zur Meinungsbildung des Volkes beizutragen.

Hermann Striedl,
93049 Regensburg

Wieder einmal ist Euch eine gute Ausgabe der ÖkologiePolitik gelungen. Vielen Dank dafür! Zum Artikel ab Seite 17 „Wer lebt über seine Verhältnisse?“ habe ich allerdings eine Anmerkung. Es heißt dort wörtlich: „Die Summe aller Vermögen und Schulden ergibt Null. Denn die Schulden der einen sind immer die Vermögen der anderen.“

Diese Aussage ist so natürlich nicht richtig. Allen Schulden steht auf der anderen Seite ein entsprechendes Vermögen gegenüber. Es gibt aber auch Vermögen, dem keine Schulden entsprechen, nämlich das gesamte Kapital einer Volkswirtschaft. Hier wären beispielhaft zu nennen: Immobilien, sämtliche Konsumgüter oder auch Unternehmensbeteiligungen.

Michael Krapp,
48153 Münster

Danke für den Hinweis. Sie haben Recht. Es entstehen durch Arbeit und Naturausbeutung ständig neue Vermögen, die in den erwähnten Finanzierungssalden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht auftauchen. Die zeigen die Geldvermögen und Schulden. Der Umlauf des Geldes bringt ja erst die Wirtschaft zum Laufe. Wichtig wäre aber, dass auch tatsächlich ein Kreislauf zwischen den „fünf Säulen“ vorhanden ist. Die Finanzierungssalden zeigen aber, dass wir eine Aufwärts- und Abwärtsspirale haben. Die Liquidität der „fünf Säulen“ veränderte sich in dem dargestellten Zeitraum deutlich – und damit auch deren Handlungsfähigkeit. – Die Begriffe, die ich bei meiner Recherche so vorfand und übernahm, sind zugegeben etwas unscharf. Ich werde mich bemühen, in Zukunft für mehr Klarheit zu sorgen. Der Autor

Eine ausgewogene Aufklärung über das Finanzsystem ist dringend nötig. Da sie weder von den etablierten Parteien noch von den Massenmedien kommt, während andererseits Verschwörungstheoretiker über das Internet Zulauf haben, ist es gut, wenn

die ÖDP hier aufklärt. Warum finden Lobbyisten so viele lobbyhörige Entscheidungsträger? Wer profitiert von steigenden Staatsschulden? Warum hat ausgerechnet Rot-Grün einerseits Hartz IV und andererseits große Steuererleichterungen für Reiche geschaffen und so die Mittelschicht ausgedünnt? Warum greift der Staat nicht z.B. die Initiative Vermögensabgabe (S. 19) auf?

Die Grafik von Prof. Moewes, in der der Normalsparer Millimeter oder Zentimeter an Rücklagen hat, aber der Superreiche nicht ein paar Meter Vermögen, sondern einen Alpengipfel hoch, habe ich schon öfters an Infoständen mitverteilt. Staatsschulden als Vorwand, um Bildungs- und Sozialsysteme und öffentliche Güter kaputtzusparen, hängen mir zum Hals heraus. Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt. Wenn sich die Massenmedien dafür hergeben, stattdessen Arbeitslose zu Sündenböcken zu machen, dann muss ihnen jemand Paroli bieten.

Prof. Hartmann gibt Denkanstöße dafür, warum sich unsere Machthaber nicht in die Lage einkommensschwacher Leute hineinversetzen können. Immer seltener hat sich jemand aus einfachen Verhältnissen zum Entscheidungsträger hochgearbeitet. Er entlarvt vermeintliche Leistungseliten als Eliten der leistungslosen Geldvermehrung. Latenter Feudalismus kommt vor, während der nachwachsenden Generation tragfähige Vorbilder fehlen.

Dr. Larissa Dloczik,
14471 Potsdam

Wieder interessante Artikel zum Thema fehlende soziale Nachhaltigkeit in unserem Land. Das neoliberale Treten nach unten entpuppt sich als Ablenkungsmanöver zu einer Politik, die gar nicht vorhat, gegen das Problem der Dauerverschuldung des Staates wirksam etwas zu unternehmen. Mit der Folge, dass unsere „Leistungsträger“ weiterhin Leistungsempfänger des dummen Otto-Normalverbraucher-Steuerzahlers bleiben dürfen, der die Hauptlast aus der Bewältigung der Finanzkrise zu schultern hat. Und das, obwohl diese Leistungsträger schon selbst eine Initiative gegründet haben, die ihre ange-

messene Beteiligung an der Last fordert!

Die ÖDP sollte klarstellen, dass sie als einzige Partei die Voraussetzung besitzt, die Interessengeflechte zu vermeiden, durch die eine derart einseitige Politik entsteht. Nämlich durch ihr Prinzip der Vermeidung der gängigen (noch) legalen Korruptionspraktiken unseres Politikbetriebes.

*Martin Lell,
85540 Haar*

Die ÖkologiePolitik krankt schon immer daran, dass viele Artikel vor allem zum Leitthema viel zu kompliziert sind, um die meisten Leser anzusprechen, da tut sich sogar ein Akademiker schwer. Begeisterung für Politik wecken wir damit nicht und zur Mitglieder-Werbung ist dies auch untauglich. Nun scheint mir aber, dass die Artikel in der letzten Zeit deutlich von der Parteilinie abweichen, insbesondere betrifft dies Beiträge von Prof. Hartmann zum Thema „Eliten“, was auch kein Wunder ist, versteht sich Prof. Hartmann doch – laut Wikipedia – als Sozialist! Ich frage, warum unsere Partei ihr Magazin einem Sozialisten als Podium zur Verfügung stellt und damit einen völlig falschen Eindruck von ihrer eigenen Welt-sicht liefert.

Es ist hier nicht der Platz, auf die Thesen von Prof. Hartmann einzugehen; was die Selbstverständlichkeit von „Eliten“ betrifft, rückt der Beitrag von Frau Dr. Hoffmann-Lange einiges zurecht. Die Bildung von Eliten ist nun einmal durch die Individualität der Menschen bedingt. Was geschieht, wenn man dies nicht anerkennt und einem „Gleichmacher“-Wahn unterliegt, hat der real existierende Sozialismus wohl zur Genüge gezeigt, und selbst dort waren die Herrschenden „gleicher“.

Nur eine Bemerkung zu dem Satz: „Kinder aus bildungsfernen Schichten haben natürlich deutlich schlechtere Voraussetzungen, um lesen und rechnen zu lernen“, wofür der Herr Professor natürlich unser Bildungssystem verantwortlich macht. Nach meiner Erinnerung haben früher auch die Kinder der untersten Schichten in diesem System ordentlich Lesen, Rechnen und andere Grundfertigkeiten gelernt. Wenn

dies heute nicht mehr funktioniert, liegt es wohl eher an den Eltern, aber damit bin ich bei Sarrazin und wer so etwas sagt wird ja sofort in die rechte Ecke gestellt und diffamiert.

Ich rufe die Redaktion unseres Magazins dazu auf, künftig darauf zu achten, dass die Beiträge sich an der Weltanschauung der ÖDP orientieren, für abweichende Meinungen ist der Platz bei Leserbriefen und „Pro und Contra“. Außerdem sollten die Artikel für die breite Masse lesbar und interessant sein, auch wenn man hierdurch nicht so sehr in die Tiefe gehen kann. Für genauere Analysen könnte man ja ein Podium im Internet schaffen. Vielleicht wäre es hierzu nützlich, wenn mehr Beiträge aus dem Kreis der Mitglieder kämen. Viele wären sicher bereit, etwas zu schreiben, wenn sie hierfür Orientierungspunkte hätten und sich sicher wären, dass ihre Mühe auch mit einem Abdruck belohnt wird.

*Werner Rother,
92237 Sulzbach-Rosenberg*

Das Interview mit Prof. Hartmann über das Wirken der Eliten liefert fundierte Hinweise, warum die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland zu derart drastischen Defiziten bei der Verteilungsgerechtigkeit geführt haben könnte. Eine von Sarkozy eingesetzte „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ unter der Leitung der Nobelpreisträger Stiglitz und Sen definierte kürzlich auf der Basis repräsentativer Untersuchungen 8 Dimensionen für ein glückliches Leben: materieller Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, Zufriedenheit mit der eigenen Beschäftigung, politische Mitbestimmung, Wahrung der Bürgerrechte, der Beziehungen und des sozialen Umfeldes, gegebene und zukünftige Umweltbedingungen und wirtschaftlich und physische Sicherheit.

Die ÖDP, die für wertorientierte Zukunftsperspektiven für die Menschen einsteht, ist gut beraten, ihr Programm auch an diesen Kriterien für ein glückliches Leben zu messen und ggf. weiterzuentwickeln. Priorität sollten Aussagen haben, wie die ÖDP eine gerechtere und umweltverträgliche Weiterentwick-

lung der Freien- und Sozialen Marktwirtschaft erreichen bzw. die heutigen Fehlentwicklungen umkehren will.

Die ÖkologiePolitik liefert zum Thema „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ viel Basiswissen und damit gute Grundlagen für die Fortschreibung des Parteiprogramms oder für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Sehr lobenswert, dass es ihr immer wieder gelingt, bedeutende Vertreter ihrer Zunft für Interviews und Beiträge zu gewinnen. Wir sollten diese Quelle deshalb auch eifrig nutzen, denn solides Wissen ist die eigentliche Währung in der Politik.

*Manfred Eckelt,
55130 Mainz*

Zur ÖkologiePolitik 148 „Bildung und Bildungspolitik“

Zum Artikel
„Bauen mit Holz ist
aktiver Klimaschutz“

Der Artikel über die Holzhäuser hat mich verstimmt. Generell finde ich es sehr gut, dass wir für Holzhäuser Reklame machen – aber doch bitte nicht für Einfamilienhäuser! Grund und Boden brauchen wir dringend für den Anbau unserer Nahrungsmittel. Und dann auch noch der Hinweis, dass man für das eingesparte CO₂ 20 Jahre lang mit dem Auto fahren kann. Und das dann auch noch groß gedruckt! So ein Heft kann ich keinem Interessenten in die Hand drücken, wenn wir Anspruch auf stadt- und regional-planerische Kompetenz erheben wollen.

*Mechthild von Walther,
80638 München*

Allgemeines

Häufig frage ich mich wie denn die Zukunft der ÖDP aussieht. Wenn ich gleichzeitig sehe, wie unfähig unsere aktuellen Politiker sind (sowohl Regierung als auch Opposition), dann verstehe ich nicht, warum die Wähler die vernünftige Alternative ÖDP nicht wählen. Beispiele für die Unfähigkeit und nicht vorhandene Wählernähe gibt es ja zuhauf: Genkartoffel Amflora, Kernenergie und Endlagerdiskussion, Finanzkrise und Folgen, Lobby-Politik, Steuergeldverschwendung und Spenden.

Schon der gesunde Menschenverstand müsste den mündigen Wähler in Massen zur ÖDP oder auch zu anderen kleinen Parteien treiben. Das Erstarken der Linken ist da ein Beweis dafür, der aber wohl nur funktioniert hat, weil dort bekannte Personen Zugpferde waren und der Frust über die SPD viele dort hingetrieben hat. Die ÖDP hat diese Köpfe leider nicht, obwohl mir einige geeignete Kandidaten in den Sinn kommen – z. B. Richard David Precht.

Wie kann man also eine Wende herbeiführen? Ich denke das ist nur möglich, wenn alle kleinen demokratischen Parteien sich zusammenschließen und in der Partei der Nichtwähler fischen gehen. Es müsste eine ‚Nichtwähler-Initiative‘ entstehen, die den Leuten klarmacht, dass die Verweigerung des Wahlgangs kein wirksamer Denkmittel für die Politik ist, sondern genau das Gegenteil. Wie Max Frisch schon meinte: Wer sich nicht mit Politik befasst, hat die politische Parteinahme, die er sich ersparen möchte, bereits vollzogen – er dient der herrschenden Partei.

Einige Rechenbeispiele. Szenario 1: Wahlbeteiligung 60–40% der Wähler stimmen für Partei A, die dann die Regierung bildet mit Partei B, die knapp über 10% liegt. Szenario 2: Fünf demokratische außerparlamentarische Parteien erreichen zusammen 10% der Stimmen der Nichtwähler, dazu muss nicht mal eine der Parteien über die bekannt unsinnige 5-Prozent-Hürde kommen. Wahlbeteiligung diesmal also 70%. Die Parteien A und B bekommen dieselbe Anzahl Stimmen wie vorher, das wären dann aber nur 34% für Partei A und 8% für Partei B. Ergo: Eine Regierungsbildung ist nicht mehr auf diese Weise möglich.

Dieser Szenarien-Vergleich beachtet nicht, dass ggf. noch zusätzliche positive Effekte durch so eine Aufklärungskampagne folgen könnten. Was will die ÖDP also? Etwas Großes erreichen? Oder weiterhin nur in Kommunalpolitik glänzen? Quo vadis, ÖDP?

*Dr. Robin Stierkat,
88471 Laupheim*

Ökologie *Politik*

intern

**Liebe Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP,**

in den nächsten Tagen jährt sich der tragische Atomunfall von Tschernobyl zum 25. Mal. Für viele Menschen, die diese Zeit bewusst erlebt haben, war Tschernobyl die Initialzündung, sich politisch zu engagieren. Hunderttausende Opfer kostete diese Tragödie, noch heute kommen in der Gegend rund um Tschernobyl viele missgebildete Kinder zur Welt, die verstrahlten Gebiete sind noch Jahrhunderte lang unbewohnbar. Nach dem Unglück und der damit einhergehenden katastrophalen Informationspolitik der Verantwortlichen, wurde vielen Bürgerinnen und Bürgern bewusst, dass auch in Deutschland oder in Europa ein Super-Gau eintreten kann. So konnten in dieser Zeit die grünen Parteien, aber auch viele Umweltschutzorganisationen großen Zuspruch verzeichnen.

Ein viertel Jahrhundert nach der größten Atomkatastrophe der Welt haben wir uns in Deutschland immer noch nicht von der

Atomenergie verabschieden können. Wie falsch das war, zeigte uns in diesen Tagen das schreckliche Atomunglück in Japan. Wieder ist ein Fall eingetreten, der vorher unwahrscheinlich schien, wieder werden Menschen ihr Leben lassen, nur damit die Katastrophe für ihre Mitmenschen nicht noch größer wird und wieder behaupten andere Atom-Staaten, dass die eigenen Atomkraftwerke sicher sind. Der Schnellschuss von Bundeskanzlerin Angela Merkel, vorerst acht AKW vom Netz zu nehmen, um drei Monate lang die Sicherheit zu testen, ist reine Wahlkampfkosmetik. Ich bin mir absolut sicher, dass der Wähler dieses taktische Verhalten nicht belohnt. Es ist Zeit, endlich bundesweite Volksentscheide einzuführen, um alle Bürger über die Atomkraft in Deutschland abstimmen zu lassen.

Vorerst aber nutzen wir ein anderes Mittel der demokratischen Mitbestimmung: Wir haben eine Petition auf den

Weg gebracht, die den Ausstieg Deutschlands aus dem Euratom-Vertrag vorsieht. Denn nichts ist so unsinnig, wie eine völlig veraltete und gefährliche Technik zu unterstützen. Bitte unterstützen auch Sie diese Petition und unterschreiben für Sicherheit und Erneuerbare Energien. Wir freuen uns auch, wenn Sie unserer Facebook-Gruppe beitreten.

Nach dem Unmut der Menschen in Baden-Württemberg über Stuttgart 21 sieht es so aus, also ob sich sogar die CDU in Richtung mehr Demokratie bewegt: Die Spitzenkandidatin der CDU, Julia Klöckner, und Alt-CDU'ler Heiner Geißler haben ein Konzept für mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten erarbeitet.

Wenn sich sogar die Konservativen für mehr Demokratie aussprechen, scheint sich das politische Klima in Deutschland wirklich zu wandeln. Wir als ÖDP dürfen aber deshalb nicht aufhören, uns für direkte Demo-



kratie, für eine gerechte Familienpolitik und für nachhaltigen Klimaschutz einzusetzen. Helfen auch Sie mit, für das gute Programm der ÖDP zu werben.

Es grüßt Sie herzlich

Sebastian Frankenberger

Neues aus dem Bundesverband

**Liebe Mitglieder der ÖDP,
sehr geehrte Damen und Herren,**

während ich diese Zeilen schreibe, sind es noch knapp 6 Tage bis zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Die Atomkatastrophe von Fukushima beherrscht nahezu alle politischen Debatten und wird weitreichende politische Konsequenzen haben.

In Sachsen-Anhalt hat die ÖDP bei der Landtagswahl ohne nennenswerten Wahlkampf 0,2% (etwa 1.500 Stimmen) erhalten. Im Landtagswahlkreis Halberstadt konnte Jens Rehmann als ÖDP-Direktkandidat

immerhin 1,8% der Stimmen bekommen. Vielen Dank für den Einsatz, wenn es auch mit den wenigen Mitgliedern im dortigen Landesverband sicherlich trotzdem ein Kraftakt war, z. B. bei der Sammlung der Unterstützungsunterschriften. Den Kommentar zu den Ergebnissen der anderen beiden Wahlen kann ich natürlich aufgrund des frühen Redaktionsschlusses natürlich hier noch nicht abgeben.

Mittlerweile laufen – zunächst in Bayern – die Schulungsseminare für das neue ÖDP-Internet-

system und den neuen Webseiten an. Mittlerweile ist auch der Landesverband Rheinland-Pfalz umgezogen. Unter www.oedp-rlp.de können Sie das Ergebnis begutachten. Hier werden wir alle Aktiven rechtzeitig über die weitere Entwicklung sowie über Schulungen informieren.

Die ÖDP hat eine Petition an den Deutschen Bundestag zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag erstellt – zeitlich schon weit vor der Atomkatastrophe in Fukushima. Diese Petition, die nun ungeahnte Aktualität hat,

Dr. Claudius Moseler,

ÖDP-Generalsekretär

Kontakt:
Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27-29,
55118 Mainz,

Tel. (06131) 6798-20,
Fax (06131) 6798-15,
claudius.moseler@oedp.de,
www.oedp.de

wird auf der Webseite des Bundestages freigeschaltet. Wir informieren, wenn es soweit ist. Wir bitten alle ÖDP-Mitglieder sehr herzlich sich an dieser Unterschriftensammlung intensiv zu beteiligen. Weitere Infos: www.euratom-ausstieg.de

Für Rückfragen und Anregungen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Landesverband Hamburg

Optimistisch
in die Zukunft

Am 28.11.2010 erreichte uns die Nachricht, dass die GAL in Hamburg die schwarz-grüne Koalition aufgekündigt hat und dass es nun Neuwahlen geben wird. Der Garant dieses Senats, Ole von Beust, war kurz zuvor zurückgetreten und ein konservativerer Christoph Ahlhaus Bürgermeister geworden. Der Bruch war sicher auch ein gutes Stück politisches Kalkül der Grünen, denn die Umfrageergebnisse waren gut und eine Koalition mit der SPD wahrscheinlich. Jetzt haben wir in Hamburg eine absolute Mehrheit für die SPD und die Grünen damit eine Oppositionsrolle. So ist das mit politischem Kalkül.

Für die Hamburger ÖDP bedeuteten die Neuwahlen eine große Herausforderung. Die Anzahl der Unterstützungsunterschriften wurden trotz der extrem verkürzten Fristen (von ca. einem Jahr auf wenige Wochen) nicht reduziert, obwohl dies in anderen Bundesländern gängige Praxis ist.

Zwei Tage vor Weihnachten wurden eine Landesliste, zwei Direktkandidaten und eine Direktkandidatin für die Bezirksversammlungswahlen aufgestellt. Das letzte Mal wurden in Hamburg Bürgerschaft und Bezirksversammlungen zusammen gewählt. Ab 2014 werden in Hamburg die kommunalen Bezirksversammlungswahlen mit der EU-Wahl zusammengelegt. Am 23.12.2010 lagen die Unterschriftenformblätter vor.

In einer punktgenauen Aktion haben wir mit zahlreichen Helfern aus ganz (!) Deutschland die benötigten 1250 Unterstützungsunterschriften in 10 Tagen gesammelt. Trotz Winterwetter, Feiertagen und knapper Finanzen.

Der Landesvorstand dankt allen UU-Sammlern!!!! Ihr seid die Größten!

Der Wahlkampfsschwerpunkt lang im Wahlkreis 3 (Altona). Weitere Aktionschwerpunkte waren aber auch in Bramfeld (Bezirk Wands-

bek) und Neu Allermöhe (Bezirk Bergedorf). Über 300 Plakate mit verschiedenen Motiven wurden aufgestellt. Auch das erste Großplakat in der Geschichte der ÖDP! Insgesamt 50.000 Flyer wurden verteilt, Infostände, Podiumsdiskussionen, Wahlmat... – ein Wahlkampf mit großem Engagement aller Beteiligten.

Durch ein neues, demokratischeres Wahlsystem, welches nun auch für die Landeslisten die Möglichkeit bietet einzelne Kandidaten zu wählen, lagen die Ergebnisse erst später als gewohnt vor.

Die ÖDP konnte auf allen Ebenen deutlich Zugewinne im Vergleich zu 2008 verzeichnen.

■ Landesliste: 0,3% (10.442 Stimmen) – das ist mehr als eine Verdoppelung! Davon in WK 3 Altona: 1.659 (0,6%).

■ Bürgerschaftsdirektkandidaturen: Altona (Verena Häggberg) 0,9%, Bramfeld (David Perteck) 0,7%.

■ Bezirksdirektkandidatur Altona (WK3): 1,3% (3.904 Stimmen) (2008: 1093 Stimmen)

Detailergnisse gibt es hier: <http://www.oedp-hamburg.de/wahlen/buergerschaftswahl-2011>

Leider hat es nicht für ein Mandat gereicht, aber die guten Zugewinne lassen uns optimistisch in die Zukunft schauen. Inhaltlich konnte die Hamburger ÖDP sich weiter als „grüne Alternative“ etablieren. Konsequente Ökologie ohne faule Kompromisse, von Konzernspenden unabhängige Politiker, sowie kostenfreie Bildung und faire Familienpolitik waren und werden

die Schwerpunkte der Öko-Demokraten an der Elbe sein.

Darüber hinaus konnten wir einige neue Mitglieder gewinnen, die ich an dieser Stelle besonders grüße! Auf eine gute Zusammenarbeit!

Herzlichst Eure
Ex-Spitzenkandidatin

Verena Häggberg
Kontakt: verena.haeggberg@oedp-hamburg.de

Landesverband Bayern

Aktion: Wie radioaktiv
ist meine Bank?

Der ÖDP-Landesvorstand Bayern empfiehlt allen Kreisverbänden die neue Aktion „Wie radio-

aktiv ist meine Bank?“, die in Passau bereits mit Erfolg getestet wurde. Die Initiative Urgewald e.V. (www.urgewald.de) hat genau recherchiert, welche Banken mit der Atomindustrie durch Finanzdienstleistungen verstrickt sind und dies in einer Broschüre dokumentiert. An der Spitze ist die Deutsche Bank, aber auch die Commerzbank, Hypovereinsbank, Postbank und – wie könnte es anders sein – die BayernLB. In der Studie werden auch die Banken vorgestellt, die nicht mit der Atomwirtschaft verstrickt sind.

Wir empfehlen allen Kreisverbänden, die Broschüre den Lokalredaktionen vor der Filiale der Deutschen Bank oder vor einer Filiale der anderen genannten Banken zu präsentieren. Weitere Informationen erhalten Sie unter Tel. (0851) 93 11 31 oder bayern@oedp.de. Für alle Mitglieder bieten wir Protestbriefe an die Banken an. Die Broschüre kann direkt bestellt werden unter www.urgewald.de



Die Studie der Umweltinitiative "Urgewald" über die Verstrickung der Banken mit der Atomwirtschaft präsentierten vor der Passauer Filiale der Deutschen Bank mit einem Josef-Ackermann-Victory-Zeichen: Landesgeschäftsführer Urban Mangold, der Passauer Stadtratsfraktionschef Paul Kastner und die beiden Kreisvorsitzenden Jörn Rütther und Agnes Becker (v.l.n.r.)

Foto: Landesverband Bayern

JÖ – volle Kraft voraus!

von Martin Eichler



Leider findet unsere Hauptversammlung genau zwischen Redaktionsschluss und Erscheinen der ÖP statt. Über den Verlauf informieren wir in der nächsten Ausgabe. Soviel vorweg: wir nehmen an unserer neuen Satzung den letzten Schliff vor, gründen einen neuen Kreisverband und beleben möglicher-

weise den Landesverband Bayern neu. Hauptpunkt ist aber die Planung von Aktionen und unserem JÖ-Beitrag zum ÖDP-Sommercamp.

Nachdem wir viele Mitglieder aus Altersgründen verabschieden mussten, gelang es uns nun die Mitgliederzahl wieder zu stabilisieren. Allein in den letz-

ten beiden Jahren, 2009 und 2010, konnten wir den Anteil an Neumitgliedern auf fast 50% steigern. Hier zeigt sich der Erfolg kontinuierlicher Arbeit.

Da nun die „Wiederbelebungsphase“ als erfolgreich abgeschlossen gelten kann, richten wir alle Energie auf inhaltliche Arbeit und die Werbung wei-

terer Mitglieder. Ich bin schon gespannt, welche Ergebnisse ich in der nächsten ÖP berichten kann!

Martin Eichler,



Geschäftsführer der Jungen Ökologen

Kontakt:
JÖ-Bundesgeschäftsstelle
Kalteneggelsfeld

6, 91332 Heiligenstadt,
Tel. (091 98) 99 76 88,
Fax (091 98) 99 76 89,
info@jungeoekologen.de

Programmatischer Schwerpunkt der Jungen Ökologen: Neue Medien

von Christian Tischler

Die Jungen Ökologen möchten sich künftig wieder aktiv in die inhaltliche Arbeit der ÖDP einbringen. Für den nächsten Bundesparteitag wurden drei Anträge eingereicht, die eine große Lücke im ÖDP-Programm schließen sollen: die neuen Medien. An dieser Stelle möchten wir unsere Positionen zu diesem Thema knapp darstellen:

Jugendschutz

Jugendschutz bedeutet für uns als Junge Ökologen zunächst einmal: Aufklärung statt Verbote. Aufklärung bei Kindern und Jugendlichen, um ihnen den Nutzen aber auch die Gefahren der neuen Medien aufzuzeigen. Aufklärung bei den Eltern und Erwachsenen, damit sie sich bewusst werden, was sie sinnvoll zum Schutz der heranwachsenden Generationen tun können. Aufklärung aber auch in der Politik, damit Vorurteile und Populismus keinen Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen können.

Datenschutz

Dezentrale Speicherung, ein „weniger ist mehr“ auch bei



der Sammlung von Daten und die Vorrangstellung des Datenschutzes gegenüber wirtschaftlicher Interessen sind aus rechtstaatlicher Sicht unerlässlich, um Datenmissbrauch einzuschränken. Terrorbekämpfung darf kein Argument sein, verdachtsunabhängig Kommunikationsdaten zu erfassen und zu verarbeiten.

Daher fordern wir die Aufnahme der informationellen Selbstbestimmung als Grundrecht in das Grundgesetz.

Urheberrecht

Beim Urheberrecht sehen wir dringenden Reformbedarf: Urheber müssen einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit erhalten,

die Rechte ehrlicher Verbraucher dürfen nicht durch unzumutbare Kopierschutzsysteme eingeschränkt werden.

Netzsperrern

Virtuelle Stopp-Schilder sind eine wirkungslose Maßnahme im Kampf gegen Kinderpornographie. Sie können leicht umgangen werden, des Weiteren spielt sich der Austausch dieser menschenverachtenden Inhalte in den seltensten Fällen in öffentlich zugänglichen Bereichen des Internets ab. Diese Mittel sollten aus unserer Sicht für die direkte Bekämpfung der Kinderpornographie (Löschung und strafrechtliche Verfolgung) verwandt werden.

Demokratie im Netz, gläserne Behörden

Die Jungen Ökologen fordern gläserne Behörden statt gläserner Bürger. Politische Partizipation setzt voraus, dass Bürger jederzeit ohne große Hürden Informationen über politische Prozesse wie anstehende Großprojekte einholen können.

Christian Tischler,



Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Ökologen

Kontakt:
christian.tischler@oedp-
ingolstadt.de

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstellen der ÖDP stellen sich vor:



Claudia Joßberger

Die Aufgaben: Finanzbuchhaltung, Rechenschaftsbericht, Schatzmeisterbetreuung
Arbeitszeiten (zur Zeit): Dienstag – Freitag 8.00 – 16.00 Uhr
Arbeitsort: Würzburg
Telefon: (09 31) 4 04 86 15
eMail: buchhaltung@oedp.de



Walter Konrad

Die Aufgaben: Referent für Kommunalpolitik, Erstellen des kommunalpolitischen Infodienstes, Bearbeitung von Anfragen aus den Kreisverbänden oder von Mandatsträgern
Arbeitszeiten: Montag 08.00 – 13.00 Uhr
 Dienstag und Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr
 Donnerstag 13.00 – 17.00 Uhr
 Freitag 08.00 – 11.00 Uhr
Arbeitsort: Mainz
Telefon: (0 61 31) 27 55 64
eMail: walter.konrad@oedp.de



Doris Hüben-Holomos

Die Aufgaben: Mitgliederbetreuung, Beitrags-/ Spendenangelegenheiten, Veranstaltungsorganisation
Arbeitszeiten: Montag, Mittwoch und Donnerstag 10 – 18 Uhr
 Dienstag 8.30 – 15.30 Uhr
Arbeitsort: Würzburg
Telefon: (09 31) 4 04 86 13
eMail: mitgliederverwaltung@oedp.de



Martin Eichler

Die Aufgaben: Info- und Werbematerial (Erstellung/ Beschaffung/ Vertrieb), Interessentenbetreuung, Beratung von Untergliederungen
Arbeitszeiten: Dienstag, Mittwoch, Freitag 10 – 18 Uhr
Arbeitsort: Würzburg
Telefon: (09 31) 4 04 86 11
eMail: martin.eichler@oedp.de



Dr. Claudius Moseler

Die Aufgaben: Generalsekretär, Zuständig für die politische, strategische und programmatische Unterstützung des Bundesvorstandes, Leitung des kommunalpolitischen Büros
Arbeitszeiten: Montag – Donnerstag: 9.00 – 17.00
 Freitag: 9.00 – 15.30 Uhr
Arbeitsort: Mainz
Telefon: (061 31) 67 98 20
eMail: claudius.moseler@oedp.de



Florence von Bodisco

Die Aufgaben: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Ghostwriting, Redakteurin ÖkologiePolitik
Arbeitszeiten: Montag bis Freitag von 9 – 15 Uhr
Arbeitsort: Berlin
Telefon: (0 30) 49 85 40 50
eMail: presse@oedp.de

Ältere ÖPs: Preisgünstig bestellbar

Für die Mitgliederwerbung ist das ÖDP-Journal ideal. Es gibt einen authentischen Blick ins Innenleben der Partei und nimmt so Interessenten die Hemmschwelle. Die Bundesgeschäftsstelle bietet Restbestände älterer Ausgaben zum Sonderpreis an:

- ÖP 147 „Bildung und Bildungspolitik“, Teil 1
- ÖP 144-146 „Neoliberalismus“, Teile 1-3“
- ÖP 141 „Europa“
- ÖP 139 „Angriff auf die Mitte, Teil 1“
- ÖP 137 „Albert Schweitzer“
- ÖP 135 „Politikmarketing“

Bestellungen an:
 ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
 Martin Eichler
 Pommergasse 1, 97070 Würzburg
 Tel. (09 31) 4 04 86-11
 materialversand@oedp.de



ÖkologiePolitik auch im Online-Abo

Möchten Sie die Umwelt schonen? Liegen bei Ihnen schon zu viele Zeitungen und Zeitschriften in der Wohnung rum? Lesen Sie sowieso lieber am Computer?

Dann ist das Online-Abo unserer Mitgliederzeitschrift ÖkologiePolitik genau das Richtige für Sie! Ohne Zusatzkosten und mindestens genauso schnell in Ihrem elektronischen Briefkasten wie die Printausgabe. Richten Sie Ihre Bestellung bitte an Doris Hüben, die in der Bundesgeschäftsstelle für die Mitgliederverwaltung zuständig ist. Kontakt:

mitgliederverwaltung@oedp.de

www.oedp.de

VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im August 2011

Risikotechnologien

Fukushima zeigt deutlich: Es gibt keine absolute Sicherheit. Es bleibt immer ein Restrisiko übrig, das zusammen mit den möglichen Schäden betrachtet und abgewogen werden muss. Bei der Atomkraft sind die möglichen Schäden so hoch, dass sie ethisch nicht mehr vertretbar ist. Doch es gibt auch andere Technologien, die auf ihre jeweils spezifische Art eine ernsthafte Gefahr darstellen, die bisher noch ignoriert wird: Nanotechnik und Genmanipulation. Allen Risikotechnologien ist gemeinsam, dass große Konzerne große Gewinne damit machen – und Schäden die Allgemeinheit zu tragen hat.

IN KÜRZE

... von Ulrich Brehme

Neue Ölbohrungen im Golf von Mexiko

Der scharfe Protest der Ölmultis gegen die neuen Umweltauflagen der Obama-Regierung für Tiefseebohrungen im Golf von Mexiko zeigt Wirkungen: Man wolle von den Konzernen, deren Arbeiten auf den Bohrrinseln durch das fünfmonatige Moratorium der Regierung zum Erliegen gekommen sei, keine komplett neue Sicherheitsüberprüfung zumuten, heißt es in einer Mitteilung der zuständigen US-Aufsichtsbehörde für Energiemanagement in den Ozeanen. 13 Ölkonzerne, die bereits vor dem Bohrstopp gearbeitet hatten, können mit den Tiefseebohrungen fortfahren, ohne dass das Genehmigungsverfahren neu aufgerollt wird. Der BP-Konzern hatte gedroht, eine Bohrrinsel aus dem Golf von Mexiko nach Libyen zu verlegen. Chevron und Shell rechneten vor, dass wegen der Unterbrechung der Tiefseebohrungen bis zu 12.000 Arbeiter ihren Job verlieren.

Quelle: tagesschau.de, 04.01.2011

Broschüre: Wie radioaktiv ist meine Bank?

Die Umweltorganisation Urgewald hat die Verbraucherbrochure „Wie radioaktiv ist meine Bank?“ herausgegeben. Darin sind die Finanzdienstleistungen von elf deutschen Banken für die Atomindustrie dokumen-

tiert: von der Kreditvergabe bis zur Ausgabe und dem Besitz von Anleihen und Aktien. Während viele Banken gerne mit ihrem Engagement für Erneuerbare Energien werben, schweigen sie über ihrer Finanzierung der Atomindustrie. Gemeinsam mit internationalen Umweltorganisationen ließ Urgewald bei den 80 wichtigsten Atomunternehmen untersuchen, von welchen Banken sie Geld erhalten. Platz 1 belegt die Deutsche Bank mit 7,8 Mrd. Euro, gefolgt von der Commerzbank mit 3,9 Mrd. Euro und der UniCredit/Hypovereinsbank mit 2,3 Mrd. Euro.

Quelle: urgewald.de, 21.12.2010

US-Diplomaten unterstützen Gentechnik

Wikileaks-Enthüllungen zeigen, wie Gentechnik-Befürworter versuchen, der Agro-Gentechnik in der EU zum Durchbruch zu verhelfen. US-Diplomaten empfehlen z.B. der amerikanischen Regierung, den Papst zu einer gentechnikfreundlichen Haltung zu bringen, um damit über eine Milliarde Anhänger der römisch-katholischen Kirche zu beeinflussen. Ende November 2010 versuchte die Gentechnik-Lobby, dem Papst eine gentechnikfreundliche Meinung zu unterstellen. In einer Pressemitteilung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften war zu lesen, dass der Papst sich für den Anbau von Gentechnik-Pflanzen ausspreche.

Ökologisch-Demokratische Partei – Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1 – 97070 Würzburg
Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt – B 46795
Bei Unzustellbarkeit, Mängel in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

B 46795



Karikatur: Christiane Pföhlmann

Ein Papstsprecher dementierte kurz darauf die Aussage.

Quelle: taz, 28.12.2010

Weltmeere verkümmern zu Fischfarmen

Die Weltmeere haben im letzten Jahrhundert zwei Drittel ihrer Raubfische verloren. Ohne Thunfisch, Kabeljau und Barsch geht die Balance verloren und die Ozeane entwickeln sich zu Fischfarmen. Die Nachfrage nach hochwertigem Speisefisch stieg seit Ende der 1960er-Jahre global. Allein China hat seinen Fischkonsum um 42 Prozent erhöht. Jacqueline Alder vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) plädiert dafür, die globalen Fangquoten umgehend zu drosseln, um den überfischten Arten eine Chance zu geben, sich zu regenerieren. Sollten sich die

Ozeane durch den Klimawandel weiter erwärmen, seien noch weit drastischere Maßnahmen angesagt. Dann reiche ein Fangstopp allein nicht mehr.

Quelle: dpa, 18.02.2011

Nulltoleranz gegen genmanipuliertes Saatgut

Mit überwältigender Mehrheit hat der Bundesrat einen Antrag der Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Aufweichung der Nulltoleranz bei der Verunreinigung von Saatgut mit Gentechnik abgelehnt. Die Organisation „Save Our Seeds“ (SOS) hatte 65.000 Unterschriften gegen den zwei Wochen vorher vom Agrar-Ausschuss angenommenen Antrag gesammelt.

Quelle: saveourseeds.org, 19.03.2011

BITTE PROTESTIEREN

Legebatterien

Seit zwölf Jahren wissen die europäischen Hühnerbarone, dass ab dem 01.01.2012 Schluss ist mit dem Betrieb herkömmlicher Legebatterien. Mit dem Argument, die Eier-Industrie brauche noch mehr Zeit, um sich vorzubereiten, versuchen jedoch Abgeordnete aus Polen, das Verbot um weitere Jahre zu verzögern. Protestieren Sie bitte dagegen beim polnischen Landwirtschaftsminister:

Marek Sawicki, Minister of Agriculture and Rural Development,
Wspólna 30, 00950 Warszawa, Poland